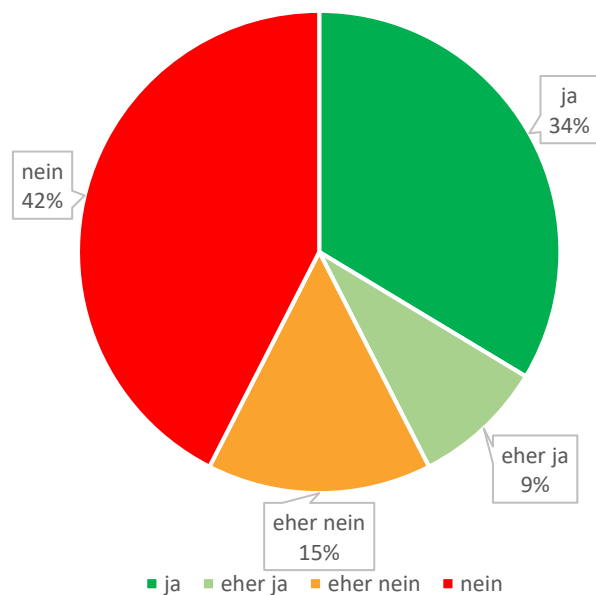


Einsparungen

Diagramm Fragen 1

Finanzen: Alle Haushalte erhalten die Lokalzeitung «Pöschli». Die Kosten pro Jahr von CHF 50'000 übernimmt die Gemeinde Thusis. Diese Kosten könnten eingespart werden. Anmerkung: Die jährlichen Kosten je Abonnement von CHF 139 wären dann von den Abonentinnen und Abonneten zu übernehmen. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Und das Amtsblatt dann in el. Form? Reicht das? 139 für ein Abonnement würden die wenigsten auf sich nehmen.

"Ich finde es grossartig, dass die Gemeinde den Bürgerinnen und Bürgern bisher die Möglichkeit geboten hat, sich über regionale Themen und Ereignisse durch das «Pöschli» zu informieren. In Anbetracht der hohen Verschuldung der Gemeinde ist es jedoch verständlich, dass diese Ausgaben nicht mehr länger tragbar sind. Hinzu kommt, dass ein grosser Teil der Zeitungen ungenutzt bleibt und im Altpapier landet.

Daher halte ich es für sinnvoll, dass künftig diejenigen, die weiterhin Interesse an der Zeitung haben, selbst ein Abonnement abschliessen. Um jedoch auch denjenigen den Zugang zu ermöglichen, die sich ein Abonnement finanziell nicht leisten können, könnte die Gemeinde in Erwägung ziehen, diese Bürgerinnen und Bürger durch eine Teilsubvention zu unterstützen. Ich gehe davon aus, dass sich dafür weniger als 30 Personen melden würden, was es ermöglichen würde, die wirklichen Zeitungleser weiterhin zu fördern und gleichzeitig die Gemeindegkosten erheblich zu reduzieren."

Würde die obligatorische Publikation der Gemeinde Thusis keine Mehrkosten auslösen und die Ersparnisse verringern?

Die Gemeinde muss den Einwohnern keine Zeitung sponsern. Wer die Zeitung möchte, soll diese selbst abonnieren.

Es soll nicht obligatorisch werden. Wer es nicht will, landet gleich im Altpapier. So wäre auch weniger Abfall.

Sofern es kein müssen ist! So sollte jeder der das Pöschli haben möchte dieses auch gewollt abonnieren und nicht abmelden müssen!

Die Qualität der Zeitung rechtfertigt diesen Betrag nicht. Die Entscheidung, ob man die Zeitung abonnieren will, soll jeder selber entscheiden und bezahlen.

eher ja

Das "Pöschli" als informative, regionale Wochenzeitung darf dadurch nicht in seiner Existenz gefährdet werden. Der VERLAG ist dann gefordert, hat Verantwortung zu übernehmen.

Wie wird das dann aber mit dem Amtsblatt und Publikationen gemacht? Muss die Gemeinde dann ein separates Amtsblatt zirkulieren und wenn ja, was kostet das dann?

eher nein

Das Pöschkli ist gleichzeitig auch unser Amtsblatt. Eine gewisse Publikation muss ja stattfinden- wie ist dies rechtlich? Zudem ist es aus unserer Sicht eine Zeitung, welche die Region verbindet - wichtig für Infos und Meinungsbildung. Wichtiges Instrument in einer gelebten Demokratie.

"Diese Informationsquelle ist die einzige die noch ""frei Haus"" zugestellt wird. Für ältere Generationen ist das Handy und Internet nicht zugänglich oder umständlich.
Gibt es Alternativen zu einem Veranstaltungskalender und Zugang zu öffentlichen Informationsausschreibungen?"

Das Pöschkli ist ein Bindeglied in der Bevölkerung. Neben den amtlichen Informationen sind auch die vielen Mitteilungen von Vereinen, Aktivitäten oder öffentlichen Meinungsäusserungen von Leuten in der Region ein wichtiger Teil für den Zusammenhalt der Menschen in der Gemeinde. Der Verlust, wenn nicht mehr alle das Pöschkli jede Woche im Briefkasten vorfinden und darin lesen, ist grösser als die eingesparten CHF.

Das Pöschkli ist das Amts- und Mitteilungsblatt der Region. Mit dieser Lokalzeitung können sämtliche Einwohnerinnen und Einwohner von Thusis erreicht werden.

Würde so das Pöschkli aussterben? Wie sieht der Zugang zum Amtsblatt aus?

Das würde wahrscheinlich dazu führen, dass die Abozahlen stark zurückgingen, was mittelfristig zum Ende des Pöschkli führen würde. Aber eine lineare Kürzung der Kosten von z.B. 10% müsste auch hier möglich sein.

Das Pöschkli ist das Amtsblatt und erhält Informationen der Gemeinde. Es wird damit gewährleistet, dass Publikationen mindestens jeden Haushalt erreichen. Ich denke, eine andere Lösung könnte zu Mehrkosten führen.

Das enthaltene Amtsblatt muss für jeden Einwohner kostenlos zur Verfügung stehen. Dass dies im Pöschkli erscheint, macht Sinn und würde ich beibehalten.

Die regionalen Nachrichten und die amtlichen Mitteilungen sind zu wichtig, um hier radikal einzusparen.

man könnte jeden Haushalt das Pöschkli wünscht einen Teil bezahlen lassen und einen Teil übernimmt die Gemeinde

Bei einem regulären Pöschtli-Abo besteht die Möglichkeit, die Zeitung in digitaler Form (sowohl als e-Paper wie auch als pdf) zu abonnieren. Ich selber habe ein solches Abonnement, damit ich die Zeitung auch im Ausland lesen kann. Der Vorteil ist zusätzlich, dass die Zeitung dann schon am Mittwochabend kommt. Ich bin überzeugt, dass eine Bedürfnisabklärung bei den Einwohnerinnen und Einwohnern folgendes zu Tage fördern würde: 50% würden auf das Pöschtli verzichten, 30 % hätten es lieber digital, 20 % möchten es weiterhin. Hier liegt somit Einsparpotenzial, wenn auch nicht 50'000, wären es vielleicht aber sicher 20-30'000.

nein

Es wäre zu testen, ob Einwohnende ab höheren Einkommen die Abos selber bezahlen sollen. Es ist aber wichtig, dass die Zeitung in alle Haushalte gelangt.

"Das Pöschtli ist ein wichtiges, regionales Sprachrohr und Informationsplattform für regionale politische, kulturelle und andere Belange. Auf Basis privater Abonnemente würde das Pöschtli kaum bestehen bleiben. Es ist ein freundliches, ansprechendes Informationsblatt für Bewohnende von Thusis und Einzugsgebiet! Wichtige Dienstleistung soll durch Gemeinde mitfinanziert sein!"

Das Pöschtli ist in meinen Augen ein wichtiges Fenster über die Geschehnisse in unserer Region Viamala. Wenn wir z.B. das Spital erhalten möchten sind wir auf die Solidarität aller Gemeinden angewiesen. Das Pöschtli leistet dazu einen wichtigen Beitrag!

Am Anfang jedes Jahres könnte den Haushalten die Möglichkeit eingeräumt werden, zu entscheiden, ob sie das Abonnement bezahlen oder auf ein gratis Abonnement verzichten möchten.

Das wäre der Untergang des Pöschtli

Nein da das Pöschtli ja unser Amtsblatt ist. Da es aber vermutlich einige Haushalte in der Gemeinde gibt, die das Pöschtli gar nie lesen, könnte man eine schriftliche Anfrage bei allen Haushalten durchführen. Nur bei denjenigen, welche explizit ein Abo wünschen, übernimmt die Gemeinde die Kosten. Bei allen anderen könnte das Abo eingespart werden.

Das Pöschtli ist für die ganze Region das wichtigste Informationsmedium und öffentliches Amtsblatt. Daher sollten es alle bekommen. Um Kosten einzusparen könnte man aber bei den einzelnen Haushalten nachfragen, ob sie das Pöschtli wirklich brauchen oder nicht und dadurch diejenigen Abonnementskosten einsparen, die nicht gebraucht werden.

Wobei auf die regelmässig publizierte Doppelseite der Gemeinde Thusis verzichtet werden könnte und damit ebenfalls Einsparungen gemacht werden könnten.

Wichtig für den Zusammenhalt, Kultur, Gemeinschaft

Für die politische Meinungsbildung und das Streuen/Bewerben von lokalen Anlässen ist das Pöschtli überaus wichtig. Gerade jüngere Einwohner/innen werden kein Abo bezahlen.

Damit fällt ein allgemein zugängliches Informationsorgan der Behörden weg. Teile der Bevölkerung werden so von der Teilhabe an wichtigen Informationen betreffend dem Leben in Thusis ausgeschlossen.

Immer mehr Menschen abonnieren keine Print oder E-Paper Zeitungen. Das Pöschtli vermittelt und informiert über wichtige Ereignisse in der Region. Wenn sie das Pöschtli nicht mehr erhalten, schrumpft der Kreis der Informierten noch stärker

Das Pöschtli auf keinen Fall einsparen!

Die bessere Option wäre wenn man alle Haushalte anschreibt und nachfragt wer das Pöschtli benötigt und wer nicht. Die Gemeinde hat den Auftrag über das Amtsblatt die Bevölkerung zu informieren, aus diesem Grund ist das Pöschtli auch kostenlos.

Das Pöschtli ist ein unverzichtbares Informationsblatt für die Gemeinde Thusis, aber auch für die ganze Region Viamala. Es ist auch Amtsblatt der Gemeinde Thusis und aller Regionsgemeinden und somit unverzichtbar!

"Dies gehört zur Gemeinde. Wie wollen Sie die Bewohner betr. Amtliche Mitteilungen orientieren?
Mittels Brief und dadurch höhere Kosten?"

Falls die Einwohner die Zeitungskosten übernehmen müssen, erhoffe ich mir wenigstens, dass es keine Pflicht ist, die Zeitung zu abonnieren!

Das Pöschtli liefert interessante und aktuelle Artikel zu lokalen Themen und es wäre schade, wenn diese Zeitung nicht mehr für alle Haushalte frei zugänglich wäre. Diese Einsparung finde ich nicht sinnvoll.

Die Lokalzeitung "Pöschtli" ist das amtliche Publikationsorgan (Schwarzes Brett) auch der politischen Gemeinde Thusis. Somit sind die Kosten durch die Gemeinde zu tragen.

Das Pöschtli ist eine Lokalzeitung, welche von der Bevölkerung genutzt wird und ist gleichzeitig angewiesen auf die Unterstützung der Gemeinden. Ein Streichen der Finanzierung würde ein Medium der Kommunikation, Information und Meinungsfreiheit in der Region schwächen.

"Das Pöschtli ist das offizielle Information von Thusis und der Region.
Wie soll man sonst etwas aus der Gemeinde erfahren?"

Es betrifft das offizielle Amtsblatt der Gemeinde Thusis und das sollte die Bürger und Bürgerinnen nichts kosten.

Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

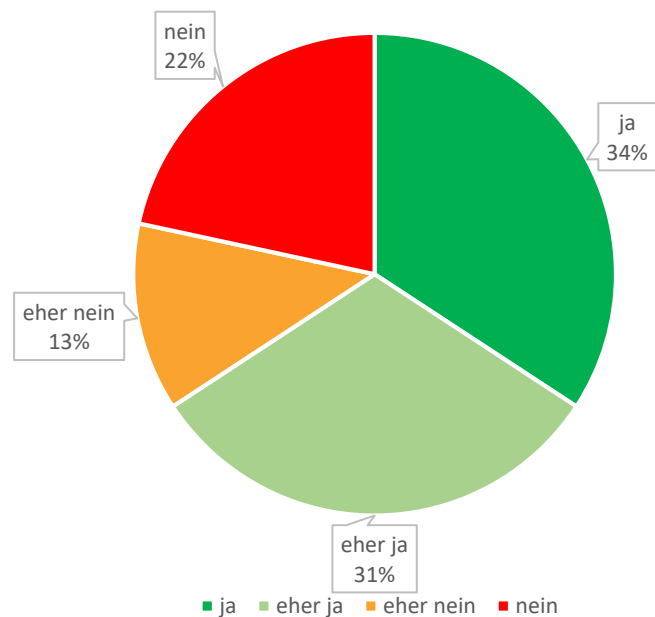
Das Amtsblatt Pöschtli ist unverzichtbar für die politische Meinungsbildung und die regionale Informationsvermittlung und ist deshalb zwingend weiterhin durch die Gemeinde zu finanzieren

FDP Die Liberalen, Thusis

Wir finden es richtig, dass in allen Bereichen die Ausgaben auf ihre Wirkung und Notwendigkeit überprüft werden. So ist in der Tat zu hinterfragen, ob es die Aufgabe der Gemeinde ist, ein Zeitungsabo zu finanzieren. Hingegen sind vor allem Angebote mit gesellschaftlicher Bedeutung mit Sorgfalt zu behandeln.

Diagramm Fragen 2

Finanzen: Beim Verwaltungs- und Werkpersonal könnten Gehaltskosten von jährlich CHF 100'000 eingespart werden.
Anmerkung: Damit verbunden wäre ein Leistungsabbau. Beispielsweise würden die Schalteröffnungszeiten und im Werkdienst Unterhaltsarbeiten reduziert. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Schalteröffnungszeiten reduzieren und Termine telefonisch vereinbaren.

"Schalteröffnungszeiten können angepasst werden.
Bei der Werkgruppe sollte man wissen was deren Einsparungen sein könnten."

"Effizienz ist heute in der Privatwirtschaft grossgeschrieben. Dies sollte auch für die öffentliche Hand gelten.
Aus eigenen Erfahrungen!"

Bei den Dienstleistungen kann man sparen. Der qualitative Unterhalt bei z.B. Strassenbau und Reinigung sollte aber nicht noch weiter reduziert werden.

Einbezug von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern und Asylbewerbern für Arbeiten im Werkdienst prüfen.

Es wird viel online gemacht.

Schalter digitalisieren, Öffnungszeiten reduzieren.

Schalteröffnungszeiten könnten reduziert werden.

Es können Sozial-Hilfe-Bezüger die z.Z. Sozialhilfe beziehen und Arbeitslos sind angestellt werden um die reduzierte Zeit Kostenreduzierend aufzustocken.

"Öffnung Werkhof / Deponie kann meiner Meinung nach noch reduziert werden. Wichtig scheint mir, mindestens einmal eine längere Öffnungszeit pro Woche.
Gleiches gilt für Schalteröffnung der Gemeinde"

eher ja

Schalteröffnungszeiten und Leistungsabbau mit marginalen Auswirkungen "JA"; es dürfen jedoch keine mittel-/langfristige Mehrkosten entstehen.

Schalteröffnungszeiten abbauen ok. Reduzierte Unterhaltsarbeiten eher nein.

Einsparungen beim Unterhalt dürfen nicht langfristig grössere Schäden und damit Mehrkosten auslösen

Ich bin grundsätzlich damit einverstanden, Gehaltskosten einzusparen, jedoch nicht ohne Vorbehalte. Insbesondere bei den Unterhaltsarbeiten des Werkdienstes wäre ich vorsichtig, da eine Reduzierung schnell zu Unmut in der Bevölkerung führen könnte. Es könnte der Eindruck entstehen, dass die Gemeinde ihre Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang wahrnimmt, was das Vertrauen der Bürger beeinträchtigen könnte.
Eine bessere Alternative wäre, die Schalteröffnungszeiten zu reduzieren, jedoch nur in Kombination mit dem Ausbau einer modernen, benutzerfreundlichen Gemeindehomepage. Wenn es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht wird, viele Dienstleistungen online zu beantragen und einzureichen, könnten die Schalteröffnungszeiten deutlich reduziert und somit Kosten eingespart werden, ohne dass es zu einem spürbaren Leistungsabbau kommt."

Gerade im Werkhofbereich müsste wieder mehr auf die Verantwortung der Bürger gesetzt werden, wie z.B. Strasse kehren, Schneeräumung

Leistungsabbau in der Verwaltung (Schalteröffnungszeiten) ok, Intervall Strassenreinigung vergrössern. Kein Leistungsabbau im Unterhalt der Liegenschaften und Anlagen sowie im baulichen Unterhalt der Strassen

Man müsste aber ganz genau darüber diskutieren was für Schalteröffnungszeiten das Währen und welche Dienste eingeschränkt würden.

Bemerkung: Einsparungen nur bei der Verwaltung, nicht beim Werkdienst.

Reduktion Schalteröffnungszeiten ja, Reduktion Unterhaltsarbeiten im Werkdienst nein

Effizienzsteigerungen sind immer gut!

Dieser Posten ist zu analysieren resp. zu prüfen, um allenfalls Einsparungen zu generieren. Es ist aber Mass zu halten, denn die Einwohnerschaft und Steuerzahler haben Anrecht auf gut funktionierenden Service Public auf Gemeindeebene.

"Schalteröffnung: Ja (resp. prüfen über Personal, wie dieser besucht wird. Gibt es Tag/Zeiten, welche mehr frequentiert sind als andere)? So die neuen Öffnungsfenster definieren.

Werkdienst: Nein (könnte man da nicht mehr Personen anbinden, welche von der Gemeinde Sozialhilfe beziehen?) Als Arbeitseinsatz..."

Diese Sparmassnahme sollte nicht nur der Verwaltungs- und das Werkpersonal betreffen, sondern auf den Gemeinderat selbst.

eher nein

Letzte Woche an der Spital Info für die Region. Diese war meiner Meinung nach sehr interessant. Eine Möglichkeit besteht darin, dass man die Mitarbeitenden nach Sparpotential befragt - sie kennen die Arbeit an der Front. Unterhaltsarbeiten reduzieren und dann hat man in Zukunft die grösseren Schäden? Das wäre aus meiner Sicht nicht sinnvoll.

Schalteröffnungszeiten könnten reduziert werden, der Schalter sollte aber mind. einmal/Woche am späteren Abend offen sein, für alle, die 100% arbeiten. Leistungsabbau nur, wenn dadurch langfristig keine Schäden entstehen.

Beim Werkpersonal und deren Leistungen erachte ich Kürzungen als nicht angezeigt.

Schalteröffnungszeiten können gekürzt werden, Unterhaltsarbeiten jedoch nicht

Bei vielen Arbeiten könnte man Sozialhilfeempfänger einbeziehen.

"Ist das wirklich sinnvoll auf Kosten der Mitarbeiter zu sparen.

Service an Bewohner der Gemeinde soll große geschrieben werden denn die Gemeinde unterstützt eh nicht überall. z.B. musste beim Thusner Fest einen eigenen Reinigungsdienst organisiert werden, obwohl die Gemeinde eine Kehrmachine hat, wie Bürgernah....."

nein

Das jetzige Angebot durch das Verwaltungs- und Werkpersonal gehört zu den Dienstleistungen die eine Gemeinde zu vollbringen hat.

"Schalteröffnungszeiten können massvoll reduziert werden.
Unterhaltsarbeiten an der Infrastruktur sind nicht zu reduzieren"

Es könnte auch bei den Gehältern die über 10'000 CHF/Monat sind gedrosselt werden. (Einsparnis über 100'000 CHF/Jahr)

Das kann so global nicht befürwortet werden. Vor allem das Sparen bei Unterhaltsarbeiten bringt längerfristig grössere Kosten bei der Wiederherstellung der Anlagen und Infrastrukturen, weil deren Lebensdauer verkürzt wird.

"Wir sind zufrieden z. B. mit dem Winterdienst. Ein Abbau hat zu schmerzhaften Folgen.
Die Schalteröffnungszeiten sind jetzt schon eine Herausforderung für Erwerbstätige."

Denke, für den heutigen Standard sollten Sorge tragen

Die Unterhaltsarbeiten lassen vielerorts zu wünschen übrig..... deshalb nicht nicht weniger

Unterhalt minimieren ergibt doch frühere Investitionskosten?!

Diese Betrachtung ist nicht nachhaltig. Durch Digitalisierung lassen sich Verwaltungsprozesse effizienter gestalten und später Pensen einsparen. Im Werkdienst einzusparen bedeutet längerfristig höhere Investitionskosten infolge reduziertem Unterhalt.

Keine Antwort

Ich würde gerne wissen, was das konkret bedeutet. Daher ist es schwierig eine Antwort zu geben. Einige Beispiele würden Sinn machen!!

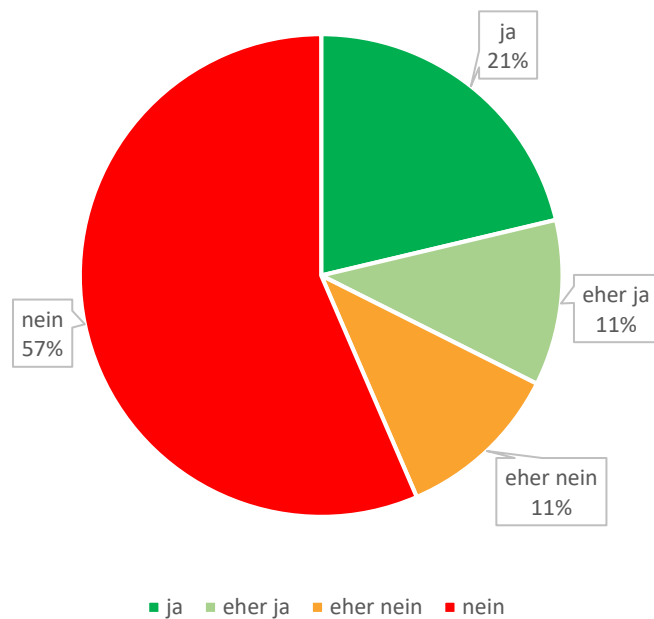
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Einer Reduktion der Schalteröffnungszeiten stehen wir positiv gegenüber. Hingegen stellen wir uns kritisch gegenüber dem Abbau von Unterhaltsarbeiten im Werkhof und bei den Schulhäusern, da dadurch in Zukunft höhere Instandsetzungskosten entstehen können.

Diagramm Fragen 3

Bildung: Es wäre möglich, die Planstunden von 31 auf 29 Lektionen pro Woche zu reduzieren. Damit würden jährlich Gehaltskosten von CHF 28'000 bei Lehrpersonen eingespart. Anmerkung: Die Häufigkeit von Halbklassenunterricht würde reduziert und damit die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Wir müssen keine Vorzeigeschule betreiben.

Die Entwicklung in der Schule geht für mich in die verkehrte Richtung. Das Angebot wird immer weiter ausgebaut ohne dass ein wirklicher Nutzen bei den SuS festzustellen ist. Weniger SHP und sonstige Betreuung, dafür mehr gezielte Stärkung von schwachen SuS. Erst fordern, dann fördern.

Wir haben heute das Problem, das in unseren Schulen zu viele fremdsprachige Kinder unterrichtet werden, deren Eltern kein Deutsch sprechen und sich auch nicht darum bemühen. Zwang dazu ansetzen und ggf. büssen und Verwaltungskosten verrechnen.

Bildung ist wichtig. Allerdings wurde das Schulwesen in Thusis (natürlich auf Druck des Kantons) in den letzten Jahren bereits extrem aufgebläht. Nicht immer ist die maximale "Luxuslösung" notwendig.

Wer lernen will kann es auch selber

Man sollte auf 27 Lektionen reduzieren somit würde man nochmals 28`000 sparen.

eher ja

Halbklassenunterricht soll von der Klassengrösse abhängig sein.

Als Aussenstehender ist es schwierig ein Urteil zu diesem Fachbereich abzugeben. Gefühlsmässig nehme ich an, dass Einsparungen möglich sind.

Für Aussenstehende ist es schwierig, solche Detailfragen zu beantworten. Ich wäre der Meinung, dass die Arbeit mit Globalbudgets idealer wären. Bei einer allgemeinen Kürzung könnten die Fachpersonen entscheiden, wo die Einsparungen getätigt werden sollen. Parallel müsste aber auch der Leistungsauftrag definiert werden.

Das Bildungssystem der Volksschule und damit Lehrplan 21 und integrativer Unterricht ist grundsätzlich zu hinterfragen.

eher nein

"Ich bin gegen die Reduktion der Planstunden von 31 auf 29 Lektionen pro Woche. Besonders in der Unterstufe stellt der Halbklassenunterricht eine wertvolle Chance dar, um die Grundlage für die weitere Bildung zu legen und die Kinder individuell zu fördern. Diese Basis ist entscheidend für den Erfolg auf allen späteren Bildungsstufen. Eine Beibehaltung der Klassenteilung, wenn möglich, würde sich daher positiv auf die Bildungsqualität auswirken.

Am wichtigsten sind jedoch die Planungsstunden zwischen Lehrperson und Schulischer Heilpädagogin, da sie die gezielte Unterstützung von Schülerinnen und Schülern ermöglicht. An zweiter Stelle steht die Aufrechterhaltung des Halbklassenunterrichts.

Eine Möglichkeit, dennoch Kosten zu sparen, sehe ich in einem flexiblen Ansatz: In Kindergarten und schlimmstenfalls in der ersten und zweiten Klasse könnte man den Einsatz von Assistenzpersonen statt Heilpädagoginnen prüfen, vorausgesetzt, die Assistenzen würden angemessen entlohnt. Zusätzlich könnte man in der ersten und zweiten Klasse auf das System des Teamteachings setzen, da der Lohn einer Lehrperson geringer ist als der einer Heilpädagogin, was ebenfalls zu Einsparungen führen würde."

Zu geringer Nutzen, Bildung ist wichtig.

nein

Bei der Bildung sparen ist falsch.

Der Abbau der individuellen Förderung beeinträchtigt die Chancengleichheit und das Lernniveau der Thusner Kinder erheblich. Der Fremdsprachenanteil ist bekannter Weise sehr hoch, zudem fehlen vielen Kindern basale Grundfertigkeiten. Hier sind zusätzliche Fördermöglichkeiten unerlässlich. Andernfalls entstehen langfristig Mehrkosten, durch später notwendige Interventionen, etwa im Sozialbereich. Auch die Begabtenförderung leidet, da weniger Zeit bleibt, um talentierte Schüler individuell zu fördern.

in den verschiedenen Klassen benötigen einige Kinder individuelle Förderung. Erlebe, dass das Augenmerk eher auf den schwächeren Schüler liegt. Schon jetzt bekommen aus Zeit/Kapazitätsgründen sehr gute Schüler wenig bis keine individuelle Förderung. Der mittelmässige Schüler, der durchaus mehr leisten könnte geht ganz unter.

Die Heterogenität, Unterschiedlichkeit ist in der Schule Thusis mit ihrem hohen Migrationsanteil sehr gross. Alle Schülerinnen und Schüler in einer Klasse profitieren in den wenig geteilten Lektionen, in der die halbe Klasse anwesend ist, von dieser individuelleren Förderung, diesbezüglich kann hier sogar von einer günstigen Förderung für alle gesprochen werden. Dieser Förderunterricht ist keineswegs übertrieben, profitieren können insbesondere auch stärkere Schülerinnen und Schüler. Allgemein zu den Sparmassnahmen

<p>in der Bildung: ich war letzte Woche an der Spitalinfo in der Bündnerarena - dies war eine sehr gute und spannende Infoveranstaltung. Unter anderem wurde erwähnt, dass die Mitarbeitenden des Spitals Thusis selbst Sparvorschläge gemacht haben - sie kennen den Betrieb von der Front, von der täglichen Arbeit her. Sparpotential wird von den Mitarbeitenden selber erkannt - Betrieb kann dadurch noch etwas optimiert werden - Sparmassnahmen werden dann auch von den Mitarbeitenden eher mitgetragen. Vielleicht wäre dies auch ein spannender Prozess für die Schule Thusis.</p>
<p>Die SuS profitieren enorm vom Halbklassenunterricht. Da weniger Kinder in der Klasse sind, hat die LP viel mehr Zeit auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder einzugehen, sodass alle auf ihrem Niveau gefördert und gefordert werden. Der Halbklassenunterricht bietet auch die Möglichkeit, die sozialen und emotionalen Fähigkeiten der Kinder intensiver zu fördern.</p>
<p>Eine Einsparung würde bedeuten, dass die Kinder weniger gut beschult werden könnten. Bildung ist nicht nur ein Menschenrecht und die Schweiz hat sich für Chancengerechtigkeit entschieden.</p>
<p>Sparen bei Halbklassenlektionen vermindert die Förderung der Kinder</p>
<p>Die Reduktion dieser Lektionen betrifft die Unterstufe. In der Unterstufe werden wichtige Grundlagen gelegt. Wenn diese fehlen, wirkt sich das auf die gesamte schulische Laufbahn aus. Besonders in Thusis haben viele Kinder einen hohen Förderbedarf. Wenn man diesem schon zu Beginn nicht gerecht werden kann, wirkt sich das in allen höheren Stufen negativ aus.</p>
<p>Die überaus sinnvollen Massnahmen in der Bildung wurden vor nicht so langer Zeit eingeführt. Eine Reduktion bedeutet in Zukunft klar Mehrausgaben für die Gemeinde!</p>
<p>In der Bildung darf nicht gespart werden.</p>
<p>Die Folgekosten wären enorm grösser wenn Kinder nicht erfolgreich integriert werden können! Ein Aufenthalt in einer Sonderschule kostet bis zu 10'000 CHF pro Monat. Das muss dann von der Gemeinde bezahlt werden ob wir es wollen oder nicht. Ich finde es darum nicht redlich, nur über die Einsparungen zu informieren und die anfallenden Folgekosten zu unterschlagen!</p>
<p>Einsparungen bei der Förderung von Kindern finde ich gefährlich.</p>
<p>Gerade in Thusis, mit vielen Kindern nicht deutscher Muttersprache, spielt der Halbklassenunterricht und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler eine zentrale Rolle.</p>
<p>Einsparungen bei der Bildung sind inakzeptabel.</p>

In Thusis ist die Schülerschar sehr heterogen und die individuelle Förderung umso wichtiger!
Sparen bei der Bildung verursacht höhere Kosten in der Zukunft
Kürzungen in der Schule sind ein absolutes No-Go! Dies ganz besonders in Gemeinden wie Thusis, welche eine sehr herausfordernde schulische Ausgangslage mitbringen. Von Einsparungen in der Bildung wären besonders leistungsstarke und besonders leistungsschwache Schulkinder am stärksten betroffen. Das birgt für unsere zukünftige Gesellschaft grosse Risiken!
Auf gar keinen Fall! Bei der Bildung zu sparen ist ein grosser Trugschluss. Junge Menschen mit unzureichender (Schul-) Bildung haben es sehr schwer auf dem Lehrstellenmarkt und ohne Ausbildung wird es schwierig, seinen eigenen Lebensunterhalt verdienen zu können. Und das bezahlt im Endeffekt wieder die Gemeinde.
Bildung ist das Wichtigste. Die Kinder sollten nicht an Sparmassnahmen leiden müssen.
An Bildung darf nicht gespart werden.
Diversität an der Schule von Thusis ist hoch -> hohe Anzahl Schüler/innen mit Migrationshintergrund. Damit diese optimal gefördert werden können, sollen sie auch öfters in Halbklassen individueller unterrichtet werden.
"Bildung und Gesundheit sollten absolute Tabubereiche für Sparmassnahmen sein. Gerade in Klassen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist es essenziell, die Anzahl der Unterrichtsstunden beizubehalten, um eine bestmögliche individuelle Förderung zu gewährleisten. Einsparungen in diesem Bereich würden langfristig negative Auswirkungen auf die Bildungsqualität und die Chancengleichheit haben, was wir uns nicht leisten können. Zudem könnte eine Reduzierung der Unterrichtsstunden Bürgerinnen und Bürger dazu veranlassen, in andere Gemeinden zu ziehen, die ihren Kindern bessere Bildungsmöglichkeiten bieten. Dies würde nicht nur den Bildungsstandard in unserer Gemeinde schwächen, sondern auch langfristig die Attraktivität unseres Wohnorts gefährden."
An der Bildung zu sparen, ist nicht zukunftsweisend. In Thusis mit vielen fremdsprachigen Kindern ist der Halbklassenunterricht wichtig und nötig.
Darunter leiden sowohl schwächere, wie auch überdurchschnittlich begabte Schülerinnen und Schüler.
Bei der Bildung darf nicht gespart werden. Die Konsequenzen werden uns mehr kosten.

Nicht bei der Bildung sparen
Die Bildung ist unsere wichtigste Ressource, da dürfen wir nicht sparen.
Bei der Bildung sollte nicht gespart werden, aber das heutige Schulsystem ist mit den vielen Zugewanderten qualitativ sehr fragwürdig und man sollte sich schon die Frage stellen, ob es nicht sinnvoll wäre Kinder, die nicht deutsch sprechen in gesonderten Klassen zu unterrichten, damit nicht die Ausbildungsqualität aller anderen Schüler gestört wird.
Die Schulklassen pro Jahrgang sind in Thusis jeweils gut gefüllt/Hoch. Die Reduktion von Halbklassen wäre für den einzelnen Schüler nicht ideal, da die Individuelle Förderung weniger Platz hätte.
Die Schüler der Gemeinde Thusis brauchen die Stunden und auch die individuelle Förderung. Einsparungen in diesem Gebiet sind am falschen Ort gespart!
Auf gar keinen Fall, solche Einsparungen finde ich nicht sinnvoll.
"Der Lehrplan 21 hat ja sowieso versagt und jede Gemeinde macht was sie will. Es soll eher auf die integrative Schule verzichtet werden und auf individuelle Förderung Wert gelegt werden mit unterschiedlichen Klassen-Niveaus."
Bei der Bildung sollte generell nicht gespart werden. Ansonsten ergeben sich andere Kosten.
Anstelle der Planstunden einsparen könnten an den Leasingraten, z.B. I-Pads (Rechnung 2023 ca. 8000) und weiteren Leasingraten (Betrag wäre zu bestimmen) massiv gespart werden, wenn die Gerätschaften einmalig zu Spezial Konditionen bei den Herstellern direkt angeschafft werden (Einsparungen voraussichtlich über 30kCHF/Jahr).

Keine Antwort

Die Fragen 3 - 6, die müssen im Gesamtkontext angeschaut werden. Es ist wichtig, dass Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenzen erscheint mir als sinnvoll.
Die Fragen 3 -6 die müssen im Gesamtkontext angeschaut werden. Es ist wichtig, dass die Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenzen erscheint mir als sinnvoll.

Fragen 3 - 6: Die Grundhaltung der Partei ist, dass die gestellten im Gesamtkontext angeschaut werden müssen. Es ist wichtig, dass die Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenz erscheint für uns als sinnvoll.

Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Als Spar-Massnahmen zu Thema Bildung (3-8) sind für uns inakzeptabel, da eine hohe Qualität und eine früh einsetzende und optimale Beschulung zukünftige Kosten und Probleme vermeidet.

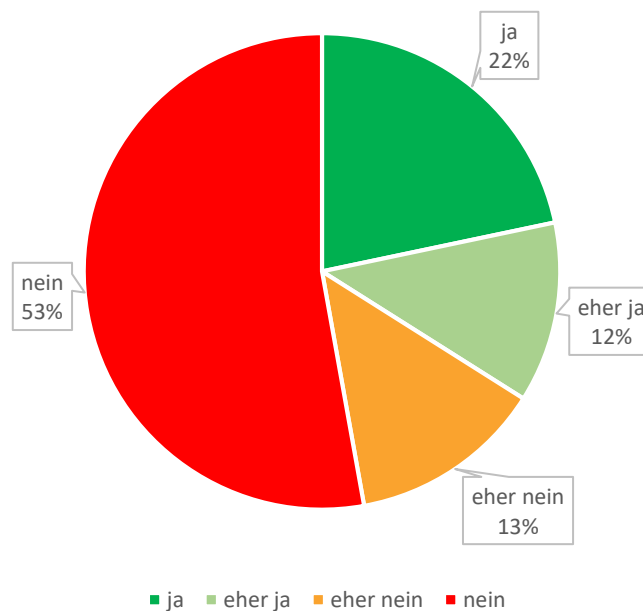
FDP Die Liberalen, Thusis

Mit Sorge beobachten wir die Kostenentwicklung im Gesundheits- und Bildungswesen. Das sind die relevanten Kostenfaktoren, die eine Gemeinde in die Knie zwingen können. In der aktuellen Diskussion um die Gesundheit Mittelbünden möchten wir den Gemeinderat aufmuntern, eine Lösung anzustreben, die die Grund- und Notfallversorgung im Ort und der Region sicherstellt. Das zukünftige Angebot muss die Grundbedürfnisse der grossen Mehrheit in der Bevölkerung abdecken und nicht einzelne Interessen bedienen. Nur so sind die Kosten für die Gemeinde auch langfristig tragbar. Das Gleiche gilt für das Bildungswesen. Hier dürfte der Gemeinderat kritischer gegenüber den Auswüchsen betreffend Schulraum, Integration und Sonderlösungen für Lehrpersonen sein. Störend ist, im Bildungs- wie im Gesundheitswesen, dass die fiskalische Äquivalenz verletzt wird. Wer befiehlt soll auch Zahlen! Der Gemeinderat muss bei der Restrukturierung der Gesundheit Mittelbünden eine Lösung anstreben, die so gut wie nötig (Notfall- und Grundversorgung) und nicht so gut wie möglich ausgestaltet vorsieht. Die Kosten sind unbedingt massiv und nachhaltig zu reduzieren. Im Bildungswesen soll die gleiche Maxime angewendet werden: Nur so gut wie nötig und nicht so gut wie möglich. Hier sehen wir Einsparpotenzial. Aus unserer Sicht ist der Gemeinderat auf dem richtigen Weg, wenn er mit Augenmass und unter Berücksichtigung der allgemeinen Attraktivität der Gemeinde Leistungen reduziert und Ausgaben kritisch hinterfragt.

Sparen bei den Investitionen ist ein zweiseitiges Schwert. Irgendwann holt dich die Realität ein. Und diese Tatsache ereilt nun die Gemeinde Thusis.

Diagramm Fragen 4

Bildung: Die Pensenanpassung bei grossen Klassen mit vielen fremdsprachigen oder förderungsbedürftigen Schülerinnen und Schüler könnte aufgehoben werden. Damit würden jährlich Gehaltskosten von CHF 28'000 bei Lehrpersonen eingespart. Anmerkung: Diese Massnahme würde einen vermehrten Einsatz von Unterrichtsassistenten mit tieferen Gehaltskosten bedingen, um die Förderung für Schülerinnen und Schüler weiterhin zu gewährleisten. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Wichtig ist, dass die Leistung der Unterrichtserteilenden den Anforderungen entsprechen (wenn Unterrichtsassistenzen ausreichen braucht es keine teuren Lehrpersonen) und nicht die Ausbildung/Gehaltsstufe.

Wir haben heute das Problem, das in unseren Schulen zu viele fremdsprachige Kinder unterrichtet werden, deren Eltern kein Deutsch sprechen und sich auch nicht darum bemühen. Zwang dazu ansetzen und ggf. büssen und Verwaltungskosten verrechnen.

In diesem Bereich sind Einsparungen nach meiner Meinung möglich und gerechtfertigt.

Bei Klassen mit vielen fremdsprachigen oder förderungsbedürftigen Schülerinnen und Schüler muss bei Bund und Kanton sowie den weiteren Institutionen um eine Erhöhung des hier getätigten Sparbetrages angefragt werden um die gleichen Leistungen weiterhin zu erbringen. Andernfalls wie vorgeschlagen kürzen/streichen.

eher ja

Das Bildungssystem der Volksschule und damit Lehrplan 21 und integrativer Unterricht ist grundsätzlich zu hinterfragen.

eher nein

Ich verstehe den Wunsch, Kosten zu sparen, aber ich denke, es wäre besser, wenn man eine Lösung findet, die die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt. Es wäre sinnvoll, stärkere und schwächere Schüler getrennt zu unterrichten oder in verschiedene Leistungsgruppen zu unterteilen, um sicherzustellen, dass jedes Kind optimal gefördert wird, ohne die Bildung der anderen zu beeinträchtigen. Zusätzlich sollten auch die Eltern fremdsprachiger Kinder stärker in die Pflicht genommen werden, um ihre Kinder beim Spracherwerb und in ihrer schulischen Entwicklung aktiv zu unterstützen. Dadurch könnte vermieden werden, dass schwächere Kinder die Entwicklung der anderen bremsen, während sie selbst gezieltere Unterstützung erhalten. Eine solche Differenzierung könnte langfristig sowohl die Bildungsqualität als auch die Chancengleichheit verbessern, wenn sie durch die aktive Mithilfe der Eltern ergänzt wird.

Siehe Antwort vorher, falscher Ort zum Sparen

Der Lehrplan 21 hat ja sowieso versagt und jede Gemeinde macht was sie will.
Es soll eher auf die integrative Schule verzichtet werden und auf individuelle Förderung Wert gelegt werden mit unterschiedlichen Klassen-Niveaus.

nein

Gerade bei grossen Klassen mit vielen fremdsprachigen oder förderungsbedürftigen Kindern sind Fachpersonen gefragt, hier zu sparen ergibt keinen Sinn (auch hier: auch Kinder, die überdurchschnittliche Leistungen erbringen, sind auf Fachpersonen angewiesen, die ihnen eine angemessene Förderung und das Lernen auf ihrem Niveau ermöglichen).

die Qualität würde leiden und das schulische Niveau deutlich sinken

Ob der Einsatz von Unterrichtsassistenz, Lehrperson oder schulischer Heilpädagoge, Heilpädagogin sinnvoll ist, bedarf eine pädagogische Entscheidung und muss im Einzelfall sorgfältig abgeklärt werden und entschieden werden. Die Unterrichtsassistenzen müssten durch die Lehrperson, was auch wiederum Kosten oder sogar höhere Kosten verursachen würde, zudem kann dies zu einem Abbau der Schulqualität führen. Die Förderung der Schülerinnen und Schüler steht an oberster Stelle, diesbezüglich sind Einsparungen nicht sinnvoll und können in späteren Klassen zu hohen Folgekosten führen.

Um förderbedürftigen SuS gerecht zu werden und diese individuell zu fördern, ist eine Förderung durch geschultes Personal (z.B. SHP) unabdingbar. Sie bieten spezifische Kompetenzen und Unterstützung, die auf die individuellen Bedürfnisse der SuS mit besonderen Lern- oder Entwicklungsherausforderungen zugeschnitten sind.

Damit würden diejenigen Kinder, die am meisten professionelles Wissen seitens der Erwachsenen benötigen, von denjenigen unterrichtet, die am wenigsten professionelles Know-How haben. Wenn schon, dann müsste man es umgekehrt machen: Die Schüler:innen ohne Förderbedarf werden von Assistent:innen unterrichtet, diejenigen Kinder mit erhöhtem Förderbedarf von den Fachpersonen.

Schulische Assistenzpersonen haben keine vergleichbare pädagogische Ausbildung wie eine Lehrperson. Diese Personen müssen entweder von Lehrpersonen intensiv unterstützt werden oder die Wirkung ist sehr gering. Der Einsatz von Assistenzpersonen macht vor allem Sinn, wenn ein:e einzelne:r Schüler:in eine 1:1-Betreuung braucht, nicht wenn die ganze Klasse einen hohen Förderbedarf hat.

<p>Jetzt schon ist das Unterrichten an unserer Schule eine grosse Herausforderung für die Lehrer:innen. Mit solchen Vorschlägen erreicht die Gemeinde bloss, dass engagierte Lehrer:innen unsere Schule verlassen und eine hohe Fluktuation eintritt, das hat dann wiederum Folgekosten!</p>
<p>Unterrichtsassistenzen betreuen, sie fördern nicht. Dafür fehlt ihnen die nötige Ausbildung.</p>
<p>Ohne allen Menschen gute Chancen und eine gute Bildung zu gewährleisten, kommen wir nicht weiter, sondern wir entwickeln uns zurück.</p>
<p>Für die individuelle Förderung ist ein grosses Know-How unerlässlich. Es sollte auf gar keinen Fall an der Qualität der Lehrpersonen gespart werden. Eine fundierte Ausbildung ist sehr wichtig!!!</p>
<p>Nein, auch hier sehe ich grosse Risiken für die Zukunft unserer Kinder und Gesellschaft.</p>
<p>Auf gar keinen Fall! Dadurch werden die (Klassen-) Lehrpersonen noch stärker belastet. Wir gefährden dadurch die Gesundheit der Lehrpersonen. Lehrpersonen fallen dann krankheitshalber aus oder steigen aus dem Beruf aus. Es herrscht schweizweit ein grosser Lehrermangel. Also schauen wir doch gut zu unseren Lehrpersonen, damit sie noch lange und mit Freude hier in Thusis unterrichten wollen. Auch für die lernschwachen Kinder ist es ein Desaster, wenn sie in der Schule nur noch von nicht-pädagogisch ausgebildeten Schulassistenzen betreut anstatt gezielt und individuell gefördert werden.</p>
<p>Siehe auch Frage 3: Hoher Anteil an Ausländer/innen -> benötigen Unterstützung -> um soziale Kompetenz zu erhöhen für die spätere Ausbildung!</p>
<p>Die Integration von fremdsprachigen oder förderungsbedürftigen Schülerinnen und Schüler ist ein viel grösserer Gewinn als die CHF 28'000.- jährlichen Kosten.</p>
<p>Bei der Bildung zu sparen, ist unklug.</p>
<p>Die fremdsprachigen SuS sind die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Heute hier zu sparen führt zu starken wirtschaftlichen Einbussen morgen.</p>
<p>Assistenzen ersetzen keine qualifizierte Lehrperson und untergraben die Qualität der Bildung.</p>
<p>Eine unausgebildete Unterrichtsassistenz kann nie eine ausgebildete Lehrperson ersetzen.</p>

Eine Pensenanpassung hätte eine direkte Folge auf die Qualität der schulischen Bildung. Insbesondere bei Klassen mit vielen fremdsprachigen Kindern ist dies essentiell.

nein so etwas geht nicht, falscher Sparansatz....

Bei der Bildung sollte generell nicht gespart werden. Ansonsten ergeben sich andere Kosten.

Keine Antwort

Die Fragen 3 - 6, die müssen im Gesamtkontext angeschaut werden. Es ist wichtig, dass Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenzen erscheint mir als sinnvoll.

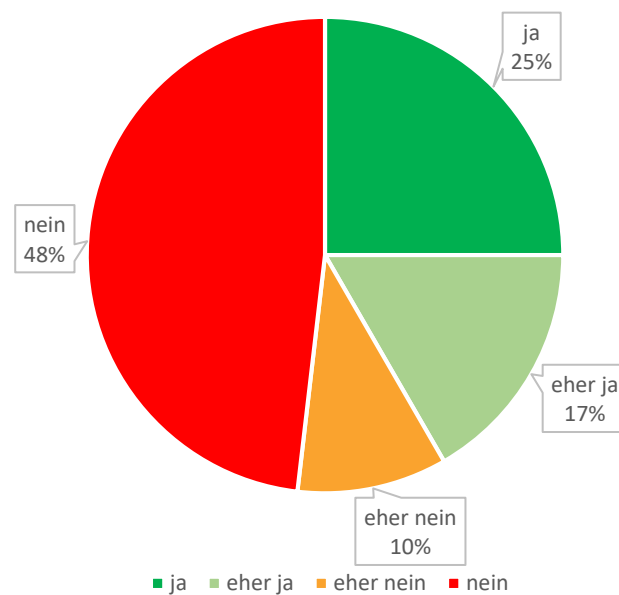
Die Fragen 3 -6 die müssen im Gesamtkontext angeschaut werden. Es ist wichtig, dass die Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenzen erscheint mir als sinnvoll.

Fragen 3 - 6: Die Grundhaltung der Partei ist, dass die gestellten im Gesamtkontext angeschaut werden müssen. Es ist wichtig, dass die Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenz erscheint für uns als sinnvoll.

Weniger fremdsprachige Schüler/Innen würden ebenfalls Kosten sparen

Diagramm Fragen 5

Bildung: Es wäre möglich, die Pensen der Schulischen Heilpädagogen im Kindergarten zu reduzieren. Damit würden jährlich Gehaltskosten von CHF 31'000 eingespart. Anmerkung: Diese Massnahme würde Förderung durch Betreuung ersetzen, welche durch Unterrichtsassistenten mit tieferen Gehaltskosten wahrgenommen würde. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Hier kann der Anspruch (anstelle Förderung lediglich Betreuung) problemlos reduziert und damit Kosten eingespart werden.

Heilpädagogen komplett abschaffen, gab es früher auch nicht und ich habe nicht das Gefühl, dass das schlechter war, eher im Gegenteil....

In diesem Bereich sind Einsparungen nach meiner Meinung möglich und gerechtfertigt.

Sehe Heilpädagogik im Kindergarten als nicht angebracht.

Schulischen Heilpädagogen im Kindergarten braucht es nicht.

eher ja

Das Bildungssystem der Volksschule und damit Lehrplan 21 und integrativer Unterricht ist grundsätzlich zu hinterfragen.

eher nein

Sparen bei den kleinsten Kindern verlagert Probleme in die Zukunft

Eine unausgebildete Unterrichtsassistenz kann nie eine ausgebildete Lehrperson ersetzen.

nein

Der Berufsauftrag von Lehrpersonen der Volksschule gibt klar vor, dass Kinder in der Schule ihrem Entwicklungsstand entsprechend gefördert werden sollen. De Facto ist die Umsetzung des Berufsauftrages durch diese Massnahme gefährdet (man beachte die grosse Heterogenität an der Schule Thusis). Dies mit Folgen für die Jüngsten, die Konsequenzen auch für die höheren Schulstufen mit sich ziehen (fehlt eine gute Basis, wird dies später bekanntlich kaum aufgeholt). Für die Schule Thusis würde dies einen Qualitätsverlust bedeuten.

kann man in Thusis im Kindergarten Skifahren oder mit dem Sackmesser umgehen ist man in der Minderheit. Es gibt einige Kindergärtner die üblichen sozialen Umgangsformen nicht kennen. Würde dies nicht durch Fachpersonen begleitet, häufen sich die Probleme in der Primarschule.

Bei der Frühförderung sollte erst recht nicht gespart werden. Auch hier sollte im Einzelfall sorgfältig entschieden werden. Die heilpädagogische Förderung im Kindergarten ist sehr wichtig. Durch eine gute frühe Förderung können oft spätere Schulprobleme vermieden werden. Verzichtet man auf diese frühe Förderung, fallen später garantiert höhere Mehrkosten an.

Durch frühzeitige Unterstützung können langfristige schulische oder soziale Schwierigkeiten oft vermieden werden. Kinder, die früh heilpädagogische Unterstützung erhalten, haben sehr wahrscheinlich eine grössere Chance, sich in der Schule und im sozialen Umfeld positiv zu entwickeln.

Die Förderung im Kindergarten kann später - aufgrund des Entwicklungsalters der Kinder - nicht mehr kompensiert werden. Wird darauf verzichtet, erfüllt die Gemeinde Thusis ihren Bildungsauftrag nicht mehr.

Für den Start in die Schule ist es wichtig, dass die heilpädagogische Förderung schon im Kindergarten beginnt und genug Ressourcen vorhanden sind, um frühzeitige Abklärungen zu treffen und die Kinder bestmöglich auf die Schule vorzubereiten.

Einmal mehr: Die Gemeinde macht unredliche Vorschläge, weil mit solchen Ideen einfach die Folgekosten (über welche dann nicht diskutiert werden kann...) ausgeblendet werden. Unverständlich!

Es ist besonders wichtig, Kinder schon in jungen Jahren gezielt zu fördern. Wenn dies versäumt wird, ist später ein erhöhter Förderbedarf erforderlich.

Nur gut ausgebildete Fachleute können eine gute Qualität gewährleisten, auf die wir in der Schweiz stolz sind.

<p>"Die hohe Bedeutung von Frühförderung ist wissenschaftlich nachgewiesen! Hier sollte auf gar keinen Fall gespart werden! Da viele Kinder in Thusis aus bildungsfernen Elternhäusern kommen, ist eine gute Förderung im Kindergarten durch qualifizierte Heilpädagoginnen unerlässlich."</p>
<p>Nein, denn wir brauchen kompetente und erfahrene Lehrpersonen.</p>
<p>Auf gar keinen Fall! Bei der Bildung sparen ist unmöglich.</p>
<p>Ich bin überzeugt, dass diese Massnahme eine Bumerang-Wirkung hätte. Wenn die frühe Förderung minimiert wird, werden auf den höheren Stufen Mehrkosten entstehen durch vermehrte Therapien usw...</p>
<p>Je früher die individuelle Förderung, desto besser der Erfolg -> wird sich in der Schule positiv auswirken!</p>
<p>Sparmassnahmen im Bildungsbereich sollten, wenn möglich, unbedingt vermieden werden.</p>
<p>Können durch gute Massnahmen im Kindergarten solchen Kindern der Start in die Schule verbessert werden, können viele dann in der Regelklasse ohne heilpädagogische Unterstützung mithalten. Oder andersherum gesagt. Wird im Kindergarten gespart, gibt es unweigerlich grössere Kosten für heilpädagogische Massnahmen in der Schule.</p>
<p>Förderung bei den Kleinsten ist am wichtigsten und effizientesten und spart Kosten in den höheren Klassen.</p>
<p>Ein Überlegungsansatz wäre zurück zu den Einführungsklassen und Kleinklassen und weg von der Integration.</p>
<p>Die schulischen Heilpädagoginnen legen das Hauptaugenmerk auf Kindern mit Förderungsbedarf. Ohne diese frühkindliche Förderung zieht sich der Förderbedarf durch die schulische Laufbahn, dies führt zu Mehraufwand seitens des Lehrpersonals in den folgenden Jahren.</p>
<p>Bei der Bildung sollte generell nicht gespart werden. Ansonsten ergeben sich andere Kosten.</p>

Keine Antwort

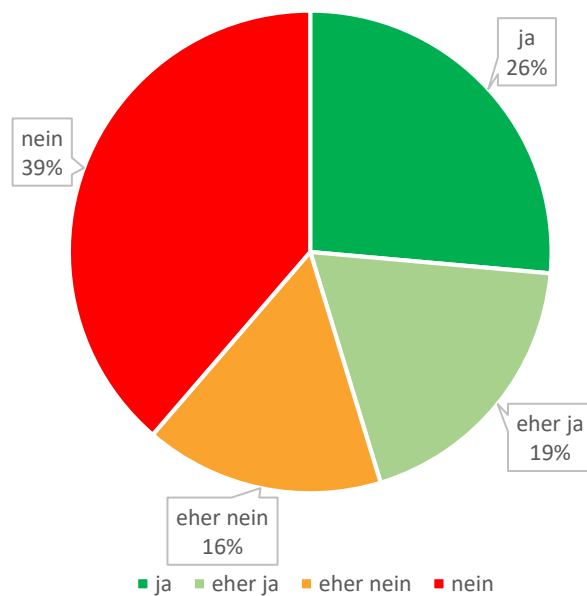
Die Fragen 3 - 6, die müssen im Gesamtkontext angeschaut werden. Es ist wichtig, dass Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenzen erscheint mir als sinnvoll.

Die Fragen 3 -6 die müssen im Gesamtkontext angeschaut werden. Es ist wichtig, dass die Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenzen erscheint mir als sinnvoll.

Fragen 3 - 6: Die Grundhaltung der Partei ist, dass die gestellten im Gesamtkontext angeschaut werden müssen. Es ist wichtig, dass die Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenz erscheint für uns als sinnvoll.

Diagramm Fragen 6

Bildung: Es wäre möglich, bei der Zusammenarbeit von Schulischen Heilpädagogen und Klassenlehrpersonen die Zeit über alle Stufen für die Zusammenarbeit zu reduzieren. Damit würden jährlich Gehaltskosten bei den Schulischen Heilpädagogen und den Klassenlehrpersonen von CHF 90'000 eingespart. Anmerkung: In der Schule Thusis erhalten rund 30 % der Schülerinnen und Schüler sonderpädagogische Unterstützung.



Ja

Sonderpädagogische Unterstützung nur dann anbieten, wenn "nötig" und "zielführend".

"Hier stellt sich die Frage, warum praktisch ein Drittel? Es ist nicht Aufgabe der Schule Defizite zu Lasten der Steuerzahler auszumergen. Tagtäglich sehe Väter und oder Mütter mit ihren Kindern unterwegs sind mit Fahrrädern, modernen Kinderwagen, Handys, etc. und garantiert keiner Tätigkeit nachgehen. Gesprochen wird in der Muttersprache. Für Depressionen ist die Gemeinde zuständig."

Der Austausch zwischen Schulischen Heilpädagogen und Klassenlehrpersonen muss trotzdem stattfinden und die dafür eingesetzte Arbeitszeit geht dann zu Lasten anderer Aufgabenbereiche.

Diese Position befürworte ich vollumfänglich.

Organisatorische Optimierung und Kosten sparen ist ein guter Ansatz

eher ja

Der Anteil ist eindeutig zu hoch! Früher hatten die Lehrer mehr Kompetenz, aber auch Unterstützung von Schule und Gemeinde gegen "gewisse" Massnahmen und Eltern.

Das Bildungssystem der Volksschule und damit Lehrplan 21 und integrativer Unterricht ist grundsätzlich zu hinterfragen.

eher nein

In welcher Firma werden Arbeitsabsprachen in der Freizeit gemacht?

Koordination in diesem Bereich ist wichtig. Je schlechter die Zusammenarbeit, desto geringer der Effekt des Einsatzes von Heilpädagogen

Auch wenn die wöchentliche Besprechungslektion zwischen Klassenlehrperson und SHP nicht mehr in der Stundentafel enthalten ist, muss die Absprache für einen effizienten Unterricht ja trotzdem unbedingt stattfinden. Das würde zur Folge haben, dass die Lehrpersonen anderen Zusatzaufgaben, wie z.B Weihnachtsfeiern, Projekttag usw. weniger Zeit widmen könnten. Das wäre für die SchülerInnen ein Verlust.

nein

Jeder dieser Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Unterstützung muss in der Praxis einzeln angeschaut werden. Heilpädagogen und Lehrpersonen definieren die Förderziele gemeinsam. Zudem wird ein Teil des Unterrichtsablaufs zusammen besprochen und geplant. Danz braucht es ein festgesetztes Zeitgefäss, so man sich bewusst Zeit für diese wichtige Aufgabe nimmt. Es ist sehr wichtig, dass der Einsatz von sonderpädagogischen Massnahmen sorgfältig besprochen wird, denn nur so können sie effizient und zielführend für die die Förderung der Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden.

Sämtliche Studien zu inklusiven Schulen betonen die Wichtigkeit der multiprofessionellen Zusammenarbeit. Wird einfach "nebeneinander" unterrichtet, wird gegen die Integration gearbeitet. Die Zusammenarbeit ist - neben einer klaren pädagogischen Ausrichtung - für die Bildungsqualität an Schulen essentiell.

So wird entweder davon ausgegangen, dass effektiv weniger zusammengearbeitet wird, was wiederum dazu führt, dass die teuren Lektionen der Heilpädagogen und -pädagoginnen nicht gleich gut geplant und genutzt werden. Wenn jedoch davon ausgegangen wird, dass dieselbe intensive Zusammenarbeit gepflegt werden soll, ist dies faktisch eine Lohnkürzung bei gleicher Arbeit. Bei einer Klassenlehrperson ist dies bei der Halbierung der Besprechungslektion bei einem Vollpensum eine Kürzung um 1,72%. Bei schulischen Heilpädagogen und -pädagoginnen ist es je nach Anzahl Klassen ein Vielfaches davon.

Ich spreche mich klar gegen die Reduktion der Zeit für die Zusammenarbeit zwischen Schulischen Heilpädagogen und Klassenlehrpersonen aus. Bildung ist, insbesondere hier in Thusis, von zentraler Bedeutung. Rund 30 % unserer Schülerinnen und Schüler erhalten sonderpädagogische Unterstützung, und gerade diese Kinder profitieren enorm von der engen Zusammenarbeit zwischen Lehrperson und Heilpädagogin. Die Planungsstunden sind essentiell für die individuelle Förderung und die gezielte Unterstützung der Kinder. Wird diese Zusammenarbeit eingeschränkt, leidet die Qualität der Förderung und somit die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler.

Einmal mehr, warum keine Anmerkung zu den Folgekosten???

Für eine optimale Unterstützung ist eine enge Zusammenarbeit und die damit verbundene sorgfältige Koordination unerlässlich.

Die Schule muss ein möglichst hohes Niveau haben, ansonsten verliert Thusis an Wohnattraktivität - nicht nur für weniger gut Betuchte.

Thusis war bei der Einführung der Integration Pilotprojekt-Gemeinde. Das Gefäss der gemeinsamen Besprechungslektionen ist ein Muss für die Gelingens Faktoren der Integration. Die Professionalität kann nur so gewährleistet werden.

Eine unabdingbare Voraussetzung für die gelingende, gesetzlich vorgeschriebene Inklusion.

Auf gar keinen Fall! Bei der Bildung sparen ist ein absoluter Trugschluss (bitte lesen Sie meine anderen Kommentare zum Thema Bildung)

Sehr wichtige individuelle Förderung für die Erwerbung von sozialen Kompetenzen und Fähigkeit zum Lernen -> wird sich positiv auf späteres Lernen in Oberstufe und Lehre auswirken!

Diese Zusammenarbeit ist unerlässlich für den Austausch und damit wichtig für die sonderpädagogischen Massnahmen.

Das ist auch gerechtfertigt, wenn man schaut, wie viele Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund und oder aus sozialschwachen Familien kommen. Das ist gut investiertes Geld.

Solange es die Integration gibt, ist es wichtig, dass alle Schüler/innen von Thusis weiterhin gut betreut werden. Dies ist ein Qualitätsmerkmal unserer Schule und spricht sich positiv im Kanton herum.

Die schulischen Heilpädagoginnen legen das Hauptaugenmerk auf Kindern mit Förderungsbedarf. Ohne diese frühkindliche Förderung zieht sich der Förderbedarf durch die schulische Laufbahn, dies führt zu Mehraufwand seitens des Lehrpersonals in den folgenden Jahren. Sie führen selber auf, dass 30% der Schüler betroffen sind!!!

Warum wieder bei Bildung der kleines sparen. Wenn dies gespart werden soll wer kümmert sich dann um die sonderpädagogische Unterstützung????

Bei der Bildung sollte generell nicht gespart werden. Ansonsten ergeben sich andere Kosten.

Keine Antwort

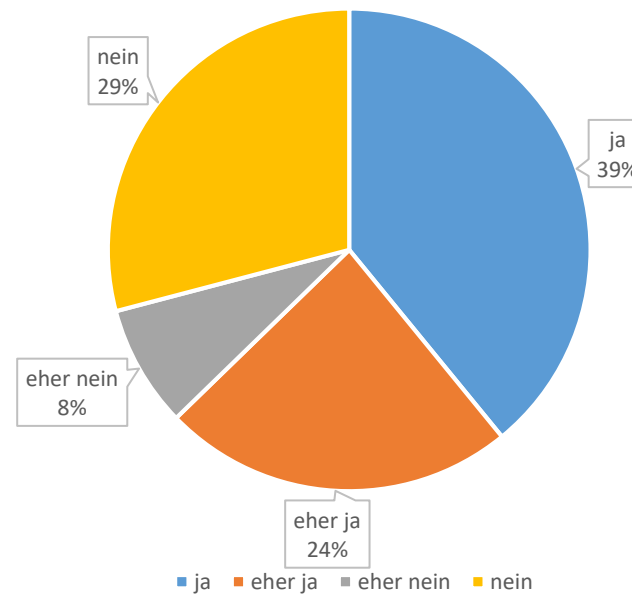
Die Fragen 3 - 6, die müssen im Gesamtkontext angeschaut werden. Es ist wichtig, dass Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenzen erscheint mir als sinnvoll.

Die Fragen 3 -6 die müssen im Gesamtkontext angeschaut werden. Es ist wichtig, dass die Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenzen erscheint mir als sinnvoll.

Fragen 3 - 6: Die Grundhaltung der Partei ist, dass die gestellten im Gesamtkontext angeschaut werden müssen. Es ist wichtig, dass die Personalressourcen möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden. Der Einbezug der Assistenz erscheint für uns als sinnvoll.

Diagramm Fragen 7

Bildung: Der Reinigungsturnus für die sieben Schulliegenschaften könnte reduziert und damit jährlich Kosten von CHF 6'000 eingespart werden. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Auch hier stehe ich für mehr Eigenverantwortung der SuS. Dort wo SuS selbst für die Sauberkeit der Schule verantwortlich sind, wird auch weniger Schmutz verursacht.

Werden die Schulliegenschaften von externen erledigt? Wenn nicht, würden Pensen von internen MA reduziert?

Die Lehrer könnten mithelfen, wenn sie mehr aufpassen würden.

eher ja

Es würde zwar das Schulklima negativ beeinflussen, wenn die Anlagen weniger gereinigt werden, aber es ist beeinflusst die Förderung der Kinder nicht, weshalb es vertretbar ist.

Hygiene ist zwar wichtig, besonders auch in der Schule.

Unklar was damit gemeint ist. So lange die hygienischen Bedingungen gewahrt sind, überlegenswert.

Die Beurteilung muss durch die Benutzer erfolgen, sehe da aber schon Potenzial

eher nein

Einsparung zu klein.

"Sauberkeit ist wichtig für die Gesundheit der Kinder. Kann es nicht beurteilen, weil der aktuelle Turnus nicht bekannt ist."

nein

Das Schulhaus ist jetzt schon nicht immer blitz sauber!

Die Sauberkeit in und um die Schulanlage ist sehr wichtig. Dies fördert letztendlich die Attraktivität einer Wohngemeinde.

Lächerlich

Die Pflege und Reinigung der Schulliegenschaften ist zentral und negative Auswirkungen und grössere Schäden zu verhindern!

Wenn wir dies einsparen, vor allem im Kindergarten, werden wir die Konsequenzen im Gesundheitswesen tragen müssen!

Ein Schulhaus wird auch von externen Personen genutzt und der Zustand der Liegenschaften ist eine Visitenkarte für die Gemeinde.

Da eine solch grosse Ansammlung von Kindern an einem zentrierten Ort ist, braucht es dort auch eine konzentrierte Reinigung. Ansonsten verbreiten sich Grippe, Krankheiten und sonstige Bakterien sowie Vieren viel besser und schneller. Dies dient weder den Kindern, den Lehrpersonen noch den Eltern.

Diese Einsparung ist unerheblich, würde aber die Schulqualität sehr gefährden. Ein gutes, ordentliches und sauberes Umfeld kann die Situation an der Schule sehr positiv beeinflussen. Wer in der Schule Schmutz verursacht, sollte den Abwarten zudem bei der Reinigung helfen. Dies hätte eine kostensenkende und erzieherische Funktion.

Wie sollen Kinder so etwas von Aufräumen und Ordnung lernen?

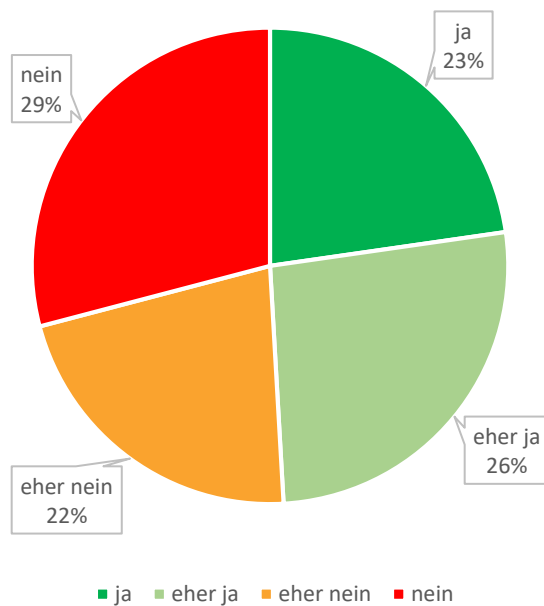
Ein regelmässigerer Unterhalt leistet einen Beitrag zur Verringerung von Folgekosten.

Keine Antwort

Wie wäre es, Ferienjobs für Schüler anzubieten. Z.B während den Sommerferien? Die Kosten könnten so au gesenkt werden?

Diagramm Fragen 8

Bildung: Die Unterhaltspauschale für die sieben Schulliegenschaften könnte reduziert und damit jährlich Kosten von CHF 14'000 eingespart werden. Anmerkung: Damit würde weniger präventiver Unterhalt erfolgen. Wären Sie damit einverstanden?



eher ja

Grundsätzlich "JA", aber ohne negative Auswirkungen auf die mittel-/langfristige Kostenentwicklung.

Nur, wenn damit nicht langfristig wieder höhere Unterhaltskosten entstehen.

Es würde zwar das Schulklima negativ beeinflussen, wenn man Dinge erst repariert, wenn sie schon eine Weile defekt sind, aber es ist beeinflusst die Förderung der Kinder nicht direkt, weshalb es vertretbar ist. Fraglich ist, ob die Reduktion des präventiven Unterhalts nicht später höhere Kosten zur Folge hat.

Kann mir vorstellen, dass dieser Vorschlag eher gerechtfertigt ist

Unklar was damit gemeint ist. Die Sicherheit der Schüler muss gewährleistet sein.

eher nein

Hätte dies nicht zusätzliche Kosten in der Zukunft zur Folge?

Dann wird es einfach später teurer.

Das Sparen bei Unterhaltsarbeiten bringt längerfristig grössere Kosten bei der Wiederherstellung der Anlagen und Infrastrukturen, weil deren Lebensdauer verkürzt wird.

Ein minimaler Unterhalt ist wichtig, damit in Zukunft nicht teure Reparaturen anfallen.

Würde langfristig eher mehr Kosten verursachen als kurzfristig eingespart werden würde.

Befürchte höhere Folgekosten, aber kritische Hinterfragung ist notwendig.

nein

Das bringt nichts, wenn nicht jährlicher Unterhalt durch Kontrolle erfolgen, ergibt das später nur Mehrkosten.

Nochmals: Die Folgekosten auf spätere Generationen abschieben, kann das der Sinn der Sachen sein? Wohl eher nicht!

Eine Schulliegenschaft braucht intensiven Wartungsaufwand, ansonsten sind die Folgekosten umso grösser.

Eine Schulliegenschaft bedarf ständiger Wartungsarbeiten.

Infrastruktur darf nicht vernachlässigt werden -> wie unter Frage 7 beschrieben, um grösseren Schäden vorzubeugen

Vorausschauend verhindert böse Überraschungen.

Wir wollen keine Schulhäuser mit Baumängeln. Das hatten wir bereits im Schulhaus Variel.

Ein guter Unterhalt verlängert die Lebensdauer der Einrichtungen und führt mittel- bis langfristig zu weniger Kosten.

Man sollte vielleicht mal überlegen wie man die Schulischen Strukturen zusammenlegen kann um Kosten zu sparen. In einem Schulhaus

Infrastruktur darf nicht vernachlässigt werden >Bumerang!

Ein regelmässigerer Unterhalt leistet einen Beitrag zur Verringerung von Folgekosten.

Schriftliche Eingaben Parteien

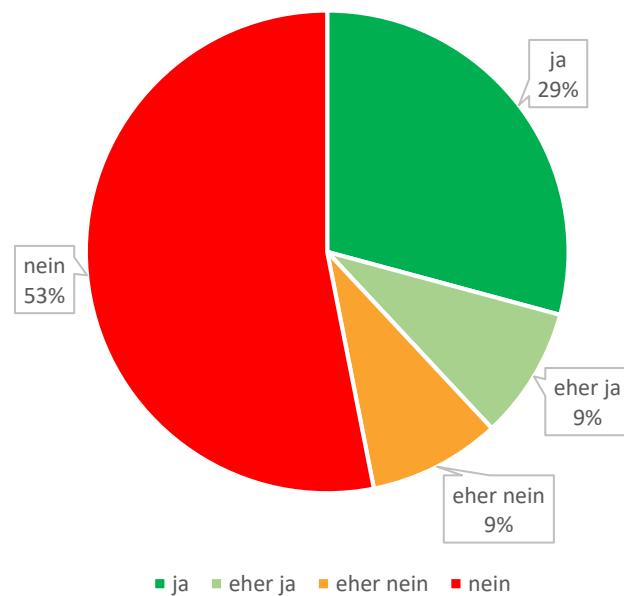
FDP Die Liberalen, Thusis

Mit Sorge beobachten wir die Kostenentwicklung im Gesundheits- und Bildungswesen. Das sind die relevanten Kostenfaktoren, die eine Gemeinde in die Knie zwingen können. In der aktuellen Diskussion um die Gesundheit Mittelbünden möchten wir den Gemeinderat aufmuntern, eine Lösung anzustreben, die die Grund- und Notfallversorgung im Ort und der Region sicherstellt. Das zukünftige Angebot muss die Grundbedürfnisse der grossen Mehrheit in der Bevölkerung abdecken und nicht einzelne Interessen bedienen. Nur so sind die Kosten für die Gemeinde auch langfristig tragbar. Das Gleiche gilt für das Bildungswesen. Hier dürfte der Gemeinderat kritischer gegenüber den Auswüchsen betreffend Schulraum, Integration und Sonderlösungen für Lehrpersonen sein. Störend ist, im Bildungs- wie

im Gesundheitswesen, dass die fiskalische Äquivalenz verletzt wird. Wer befiehlt soll auch Zahlen! Der Gemeinderat muss bei der Restrukturierung der Gesundheit Mittelbünden eine Lösung anstreben, die so gut wie nötig (Notfall- und Grundversorgung) und nicht so gut wie möglich ausgestaltet vorsieht. Die Kosten sind unbedingt massiv und nachhaltig zu reduzieren. Im Bildungswesen soll die gleiche Maxime angewendet werden: Nur so gut wie nötig und nicht so gut wie möglich. Hier sehen wir Einsparpotenzial. Aus unserer Sicht ist der Gemeinderat auf dem richtigen Weg, wenn er mit Augenmass und unter Berücksichtigung der allgemeinen Attraktivität der Gemeinde Leistungen reduziert und Ausgaben kritisch hinterfragt. Sparen bei den Investitionen ist ein zweiseitiges Schwert. Irgendwann holt dich die Realität ein. Und diese Tatsache ereilt nun die Gemeinde Thusis.

Diagramm Fragen 9

Kultur: Mit Kürzung der Beiträge an den Verein Kino-Theater Rätia um 10 % wäre eine jährliche Einsparung von CHF 2'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

wieso 10%? wäre allenfalls auch mehr möglich?

Allenfalls auch höher?

Die Kulturbeiträge der Gemeinde sind von Willkür geprägt. Also abschaffen.

Die vorgeschlagene Kürzung ist gerechtfertigt.

Wird von mir nicht genutzt

Abschaffen, der Verein Kino-Theater Rätia braucht keine Beiträge.

eher ja

In der aktuellen finanziellen Lage müssen auch unpopuläre Massnahmen getroffen werden.

Das Kino kann sich auch bei anderen Institutionen Fördergelder beantragen.

eher nein

Das Kino Rätia ist zentral wichtig für die kulturelle Identität von Thusis

nein

Das Kino Rätia ist für die Gemeinde ein wichtiger kultureller, sozialer Treffpunkt! Für das Leben einer Zentrumsgemeinde absolut wichtig, wie auch das Vorhandensein einer Bibliothek etc. Die jährliche Unterstützung der Gemeinde ist bescheiden - ein Betrieb welcher beinahe ganzjährig betrieben wird! Im Vergleich wird die 1. Augustfeier als einmalige Feier üppig finanziert!

Das Kino ist ein wichtiger Ort der "Zentrumsgemeinde" Thusis. Die Besucher und Besucherinnen gehen dann auch hier nachher in die Beiz. Oder will die Gemeinde unbedingt fördern, dass die Leute auf Chur gehen??

Wir wollen eine möglichst hohe Wohnqualität

Das lokale Kino steigert die Attraktivität des Wohnortes Thusis.

Portokasse

Nein, das Kino ist ein absolutes Bijou und generiert v.a. im Rahmen der Weltfilmtage sehr viel Mehrwert für die Gemeinde und Umgebung. Das Kino spielt für das kulturelle Leben der Gemeinde und der ganzen Umgebung eine zentrale Rolle!

Das Kino Rätia ist eine der wichtigsten Kulturinstitutionen in Thusis. Vielleicht könnte man bei anderen Gemeinden um finanzielle Unterstützung bitte, denn ganz viele Menschen aus dem ganzen Tal und anliegenden Tälern schätzen das Kino Rätia.

Bei Kultur darf nicht gespart werden - gehört zu einem Dorf wie Thusis - Standortvorteil, Attraktivität behalten!

Jeder von der öffentlichen Hand ausgegebene Franken für Kultur bringt ein Mehrfaches an Erträgen auf unterschiedlichsten Ebenen (verschiedene Studien belegen in der Schweiz Werte von ca. >2.5 Fr. Wertschöpfung pro Unterstützungsfranken). Die Teilhabe am kulturellen Leben ist auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Integration und die psychische Gesundheit der Individuen unschätzbar.

Zu kleiner Sparhebel.

Das ist lächerlich. Dieser Beitrag ändert nichts am Gemeindefizit.

Weil in der Schule immer mehr Wert auf die Mint-Fächer gelegt wird und Fächer der wirklichen Bildung (Kunsterziehung, Musik, Gestaltung, Religion) immer weiter aus dem Lehrplan verschwinden, ist eine Ausserschulische Bildung elementar. Der Spareffekt ist in diesem Bereich lächerlich klein. Die Folgen einer Kürzung wären hier sehr gross.

Es wäre schade, wenn wir dieses wertvolle Kulturprogramm verlieren würden. Wichtig ist die Mitbeteiligung aller Gemeinden im Domleschg und Heinzenberg!

Ja auf ein Budget von rund 30 Mio sind 2000 Fr sicher relevant!

"Muss nicht sein. Eine Frage beschäftigt mich: Kinder und Jugendliche aus den umliegenden Gemeinden erhalten eine verbilligte Saisonkarte für das Freibad. Alle diese Gemeinden haben tiefere Steuersätze. Wer bezahlt die Differenz? Thusis - das dürfte nicht sein. Wenn das Freibad subventioniert werden muss, gehört es geschlossen. Die Stadt Chur hat ein schönes Hallen- und Freibad. Die Saisonkarte in Obertschappina ist für uns auch nicht verbilligt."

Das Kino Rätia ist eins der wenigen kulturellen Angebote im Dorf und sollte unbedingt erhalten bleiben.

Dieses Angebot zeichnet Thusis aus.

Wichtiger Standortvorteil

Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

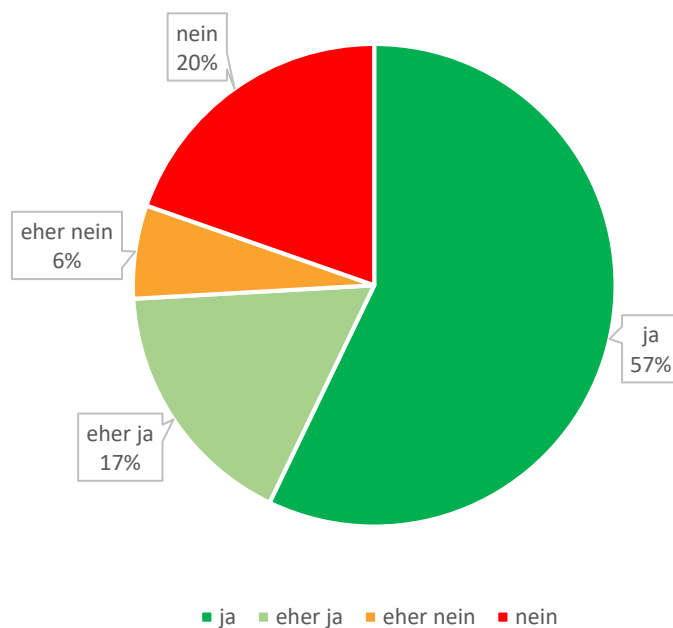
Ein Kinobetrieb und die 1. Augustfeier (wie auch das Thusner Fest und der Weihnachtsmarkt) sind wichtige Bewegungsmöglichkeiten für die Bevölkerung und deshalb beizubehalten. (Vorschlag: Der Gemeindevorstand setzt für die Organisation von sozialen Anlässen Freiwillige/Vereine aus der Bevölkerung ein und spart so Kosten).

FDP Die Liberalen, Thusis

Die angespannte Finanzlage basiert auf übermässigen Belastungen als Zentrumsort und des unterdurchschnittlichen Steuersubstrats. Auch die Finanzierungsmodalitäten der unterschiedlichsten regionalen Verpflichtungen und Zweckverbände benachteiligen die grossen Gemeinden und strapazieren den Solidaritätsgedanken. Sie übervorteilen die kleinen Gemeinden übermässig. Der Gemeinderat prüft, welche regionalen Verpflichtungen und Mitgliedschaften in Zweckverbänden welche Wirkungen auf die Gemeinde erzielen und welche notwendig sind. Die finanziellen Abflüsse in die Region sind dort wo angezeigt zu stoppen bzw. auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Hier gilt: Thusis First!

Diagramm Fragen 10

Kultur: Mit Verzicht auf die Durchführung von 1. Augustfeiern wäre eine jährliche Einsparung von CHF 10'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Wäre nur konsequent, da man das Feuerwerk schon abgeschafft hat. CC könnte ja dann via Livestream sprechen.

es ist nicht notwendig in diesem hohen finanziellen Ausmass die 1. August Feier zu finanzieren.

Diese Summe scheint mir absurd hoch zu sein für eine 1. Augustfeier. Das können wir gerne einsparen.

1. Augustfeiern sind nicht mehr zeitgemäss.

Gibts ja keine!

1. August Feier ist für Zusammenhalt in der Gemeinde nicht Wichtig!

Die Feier könnte allenfalls auch ein Verein übernehmen

Vor allem soll Feuerwerk verboten werden.

ganz klar!

Idee einen kleinen Unkostenbeitrag verlangen für die Leute die hingehen

Was wurde da gemacht in den letzten Jahren für 10k? Wäre eine Chance für eine Verein Geld zu verdienen.

eher ja

evtl. wäre zu prüfen, ob diese nicht von Vereinen übernommen werden könnte

Fand bereits im 2024 nicht statt. Evtl durch Tourismus oder private Institutionen organisieren lassen.

Es müsste evtl. ein anderes Gefäss für die 1. August Feier gefunden werden, in dem andere Akteure (z. B. Vereine) aus dem Dorf den Lead übernehmen, und die Gemeinde einen nicht-monetären Beitrag (z. B. Raum/Benützung Areal, Ansprache, usw.) zur Verfügung stellt.

eher nein

Vielleicht könnte man den Anlass günstiger organisieren (Freiwillige), aber die Begegnungsmöglichkeit trotzdem beibehalten.

Zusammenarbeit mit Vereinen ist essentiell - zur Erhaltung der Dorfgemeinschaft für ALLE Bewohner/innen aller Kulturen, auch für Familien!! Dient der Vereinsamung! Ist eine Chance für Kontakt untereinander.

Andere Formen suchen, Vereine? Verschiedene Kulturen?

nein

Die Nationalfeier sollte als kommunaler Anlass "als Treff und Meinungsaustausch" weiterhin stattfinden. Es muss ja nicht so teuer sein!

Ich bin sicher Thusis wäre die einzige Gemeinde der Schweiz!

Thusis wäre die einzige Gemeinde in der Schweiz ohne 1. Augustfeier.

Nur alle 2 Jahre durchführen, alternierend zum Dorffest

1. Augustfeier sehr schwach - eine so grosse Gemeinde, so kein Anlass

Eine Zentrumsgemeinde in der Grösse von Thusis sollte im Stande sein den Nationalfeiertag zu organisieren und in einem vernünftigen Rahmen zu finanzieren. Immerhin ist es der Tag der Erinnerung an den Bundesbrief von 1291, der als Gründungsdokument der Schweiz gilt.

Die schweizerische Kultur gerät überall unter Druck, hier auch noch zu sparen, wäre ein falsches Signal

Dies gehört meiner Meinung nach zur schweizerischen Identität.

"Für Thusis ist es eine Schande das es keine 1. Augustfeiern gibt. Der zuständige Gemeinderat soll die Finger rausnehmen, und endlich etwas bringen."

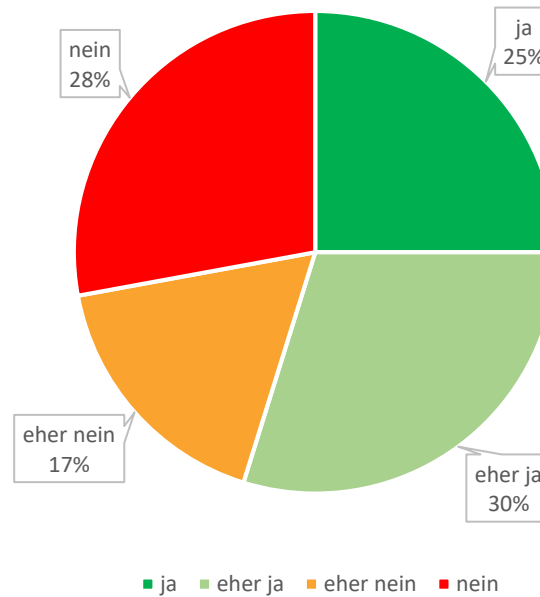
Schriftliche Eingaben Parteien

FDP Die Liberalen, Thusis

Die angespannte Finanzlage basiert auf übermässigen Belastungen als Zentrumsort und des unterdurchschnittlichen Steuersubstrats. Auch die Finanzierungsmodalitäten der unterschiedlichsten regionalen Verpflichtungen und Zweckverbände benachteiligen die grossen Gemeinden und strapazieren den Solidaritätsgedanken. Sie übervorteilen die kleinen Gemeinden übermässig. Der Gemeinderat prüft, welche regionalen Verpflichtungen und Mitgliedschaften in Zweckverbänden welche Wirkungen auf die Gemeinde erzielen und welche notwendig sind. Die finanziellen Abflüsse in die Region sind dort wo angezeigt zu stoppen bzw. auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Hier gilt: Thusis first!

Diagramm Fragen 11

Sport: Bei der Schwimmbadgenossenschaft Thusis könnten jährlich CHF 34'000 eingespart werden, wenn die Gemeinde Thusis diese Kosten für Wasser, Energie und Kehrrichtentsorgung nicht mehr übernimmt. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Die Badi ist ein regionales Angebot, dementsprechend sind auch die Kosten regional zu verteilen.

Soll eine AG werden und selbsttragend sein

Beteiligte Nachbargemeinden sollen sich an sämtlichen Betriebskosten des Schwimmbads beteiligen. Evtl. kann die Gemeinde Thusis das Wasser zu einem reduzierten Tarif verrechnen

Könnte auf die Eintrittspreise abgewälzt werden.

Ja den ein Verein sollte doch selbsttragend sein.

Die Schwimmbadgenossenschaft Thusis könnten auch die Eintrittspreise erhöhen.

eher ja

Ein Betrieb der Badi zu normalen Preisen darf dadurch nicht gefährdet werden.

die Kosten könnten mit den umliegenden Gemeinden geteilt werden.

"Unbedingt erhalten - sonst Gefahr der ""Verwahrlosung""
Badi soll unbedingt erhalten werden, mit der aktuellen Qualität und Reinigung!!"

Eher ja, jedoch besteht die Gefahr, dass die Eintrittspreise dadurch steigen und das Freibad weniger attraktiv wird, was im schlimmsten Fall sogar zur Schliessung führen könnte. Dies würde eine wichtige Attraktion unserer Gemeinde verlieren und die Lebensqualität der Bewohner beeinträchtigen.

Es muss einen Anreiz zum Sparen geben und die umliegenden Gemeinden müssen in die Pflicht genommen werden.

Nur wenn die anderen Gemeinden das Defizit übernehmen. Die Badi Thusis steht so oder so nicht sehr gut da.

Dieser Posten bedarf einer Überprüfung, um Kosten einzusparen. Das Konzept im Allgemeinen ist in diesem Fall zu hinterfragen und anzupassen. Als Insider frage ich mich, wieso die Gemeinde für diese Kosten geradestehen muss?
Übernimmt dies dann die Schwimmbadgenossenschaft? Das hätte wohl eine Erhöhung der Eintrittspreise zur Folge...
Muss unbedingt erhalten werden. Tolles Angebot! Kostenverteiler umliegende Gemeinden, Genossenschaft, etc. überprüfen

eher nein
Wer würde die Kosten dann übernehmen? Höhere Eintrittspreise?
Was passiert dann mit der Badi?
Das Schwimmbad ist für die Attraktivität Thusis als Wohnort sehr wichtig.
Das Schwimmbad Thusis ist unverzichtbar. Sehr viele Menschen auch aus umliegenden Gemeinden nutzen das Schwimmbad Thusis. Wäre es möglich, die umliegenden Gemeinden zur Mitfinanzierung zu bitten?
Nur wenn damit nicht der Betrieb des Schwimmbades als solches gefährdet ist.
Es kann durchaus darüber diskutiert werden, wie diese Fixkosten künftig verteilt werden. Aber möglicherweise ist dies der Preis, den eine Zentrumsgemeinde zu übernehmen hat.
Die Regionsgemeinden hätten sich an proportional an den Kosten des Schwimmbades zu beteiligen.
moderate Lösung möglich
Kommt auf die finanzielle Lage des Schwimmbades an. Wenn diese dann in finanzieller Schieflage sind, macht das keinen Sinn.
Bei der Waldbadi handelt es sich bei Einheimischen und Touristen im Sommer um ein gut genutztes Angebot. Diese Sparmassnahme wäre mit steigenden Kosten beim Eintritt verbunden, welche wohl trotzdem nicht diesen Betrag ausgleichen könnten ohne dass der Tarif unbezahlbar wird. Ist der Verlust von Einnahmen durch Campingbesucher und andere Touristen eingerechnet?

nein

Ein Affront für die anderen Gemeinden welche das Schwimmbad auch unterstützen!

Ohne Schwimmbad verliert Thusis an Wohnqualität.

Könnten für die Finanzierung auch andere Gemeinden miteinbezogen werden, wie das Domleschg und andere?

Der Bestand des Schwimmbades ist für viele Geringverdienende ein wichtiger Freizeit- und Ferienbestandteil, der auch Leben rettet. Die Coronazeit hat gezeigt, dass geschlossene Schwimmbäder höhere Todeszahlen durch Badeunfälle verursacht hat.

Das Schwimmbad ist sehr schön, wichtig und gut besucht. Ein wertvolles Bad

Das Schwimmbad ist ein wichtiges Freizeitangebot für Gross und Klein und soll für die Benutzenden kostengünstig bleiben.

Die Badi Thusis ist ein wichtiges regionales Angebot.

Keine Antwort

Die Gemeinden in der Region sollen sich ebenso am den Kosten des Schwimmbades beteiligen.

Die Gemeinden in der Region sollen sich ebenso an den Kosten des Schwimmbades beteiligen.

Ist damit die Existenz des Schwimmbads Thusis gefährdet?

Wünschenswert wäre es, wenn sich die umliegenden Gemeinden stärker an den Betriebskosten beteiligen würden.

Wer übernimmt dann diese Kosten?

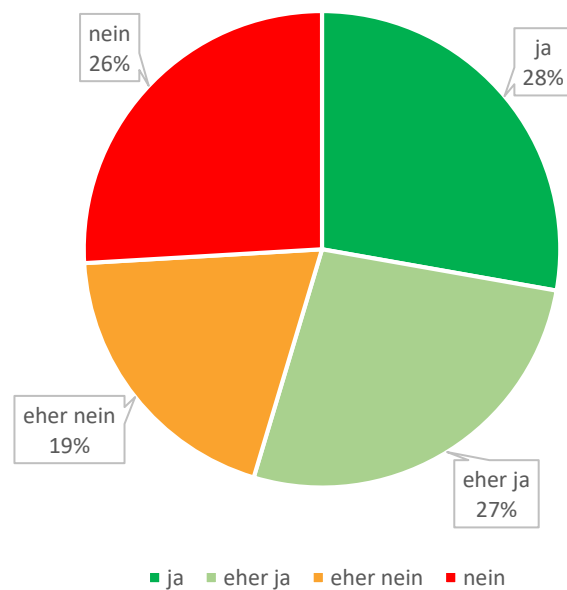
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Das Schwimmbad wie auch der Fussballplatz sind wichtige Sportstätten, die die Integration, Diversifizierung und Gesundheit der Bevölkerung fördern. Um die finanzielle Last der Gemeinde zu verringern, müsste stattdessen zwingend an die Solidarität der umliegenden Gemeinden appelliert werden.

Diagramm Fragen 12

Sport: Bei der Schwimmbadgenossenschaft Thusis könnten jährlich CHF 16'000 eingespart werden, wenn die Gemeinde Thusis den Kostenbeitrag von jährlich CHF 65'000 um 25 % kürzt. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Nur weil wir Standortgemeinde sind, müssen wir uns das nicht so viel kosten lassen.

Wenn das Bad nicht selbsttragend ist, ist es zu schliessen. Chur hat auch ein Bad.

Das Schwimmbad ist ein wichtiges Freizeitangebot für Gross und Klein und soll für die Benutzenden grundsätzlich kostengünstig bleiben. Verhandlungen mit umliegenden Gemeinden führen und Kostenbeiträge der anderen Gemeinden prüfen. Allenfalls Eintrittspreise für Auswärtige erhöhen (siehe Stadt Chur).

Ich denke, dass dieser Vorschlag sinnvoll und vertretbar ist.

50% kürzen.

eher ja

nur wenn die Badi trotzdem existieren kann

Sofern die Existenz des Schwimmbads Thusis nicht gefährdet ist

jedoch besteht die Gefahr, dass die Eintrittspreise dadurch steigen und das Freibad weniger attraktiv wird, was im schlimmsten Fall sogar zur Schliessung führen könnte. Dies würde eine wichtige Attraktion unserer Gemeinde verlieren und die Lebensqualität der Bewohner beeinträchtigen.

Anteilmässig gleicher Kostenbeitrag wie die Nachbargemeinden

Könnte auch auf den Eintrittspreis abgewälzt werden

Ich würde den Kostenbeitrag um 10 bis 20% kürzen. Je nach Kostenbeteiligung der anderen Gemeinden der Region. Das "Überleben" der Badi erachte ich aber als notwendig.

eher nein

Wer würde dann in die Lücke springen?
Das wäre schade um die vielen Menschen, die sich dort aufhalten können.
Das Schwimmbad Thusis ist unverzichtbar. Sehr viele Menschen auch aus umliegende Gemeinden nutzen das Schwimmbad Thusis. Wäre es möglich, die umliegenden Gemeinden zur Mitfinanzierung zu bitten?
Das Schwimmbad Thusis ist ein wichtiges Freizeitangebot. Das Schwimmbad muss gut geführt werden. Die Partei ist der Meinung, dass sich sämtliche Regionsgemeinden proportional an den Kosten des Schwimmbades zu beteiligen haben.
Ich denke das wird für die Badi nicht tragbar sein.
Nur mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Badi.
Bei der Waldbadi handelt es sich bei Einheimischen und Touristen im Sommer um ein gut genutztes Angebot. Diese Sparmassnahme wäre mit steigenden Kosten beim Eintritt verbunden, welche wohl trotzdem nicht diesen Betrag ausgleichen könnten ohne das der Tarif unbezahlbar wird. Ist der Verlust von Einnahmen durch Campingbesucher und andere Touristen eingerechnet?
Das Schwimmbad muss dringend attraktiver werden (Kurse, Events usw.), sonst geht bald niemand mehr da hin. Das Problem ist die Wassertemperatur, da ist ein Betrieb sehr schwierig.

nein

Das wäre ja dann vermutlich der Anfang vom Ende. Andere Gemeinden ziehen mit und dann kostet der Eintritt 23.--
Thusis - echt lebenswert: Das ist mit solchen Vorschlägen dann doch wohl eher ironisch gemeint.... Was wird bei solchen Vorschlägen überlegt?
Ohne Schwimmbad verliert Thusis an Wohnqualität.

Nochmals mit Gemeinde Domleschg verhandeln um einen Kostenbeitrag fürs Schwimmbad
Genossenschaft sollte mehr zusammenarbeiten mit umliegenden Gemeinden für Unterstützung!
Allenfalls wird der Betrieb damit gefährdet. Unbedingt umliegende Gemeinden um Solidaritätsbeitrag anfragen.
Wie Frage 11 Thusis ist eine Zentrumsgemeinde. Sie ist Standort eines öffentlichen Schwimmbades. Dies ist eine Sportanlage für alle. Sie ist Lebensqualität und auch ein touristisch attraktives Angebot.
Um das Weiterbestehen des Schwimmbads zu gewähren
Attraktivitätsfaktor von Thusis. >Wichtig!

Keine Antwort

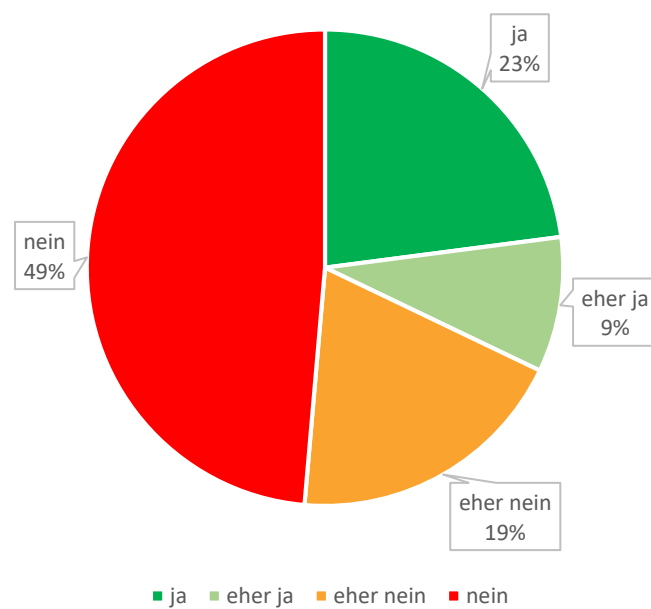
Wünschenswert wäre es, wenn sich die umliegenden Gemeinden stärker an den Betriebskosten beteiligen würden.

Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis Das Schwimmbad wie auch der Fussballplatz sind wichtige Sportstätten, die die Integration, Diversifizierung und Gesundheit der Bevölkerung fördern. Um die finanzielle Last der Gemeinde zu verringern, müsste stattdessen zwingend an die Solidarität der umliegenden Gemeinden appelliert werden.

Diagramm Fragen 13

Kultur, Sport: Mit Kürzung der Beiträge wie an private Organisationen, Vereine wäre eine jährliche Einsparung von CHF 5'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Nicht das Giesskannenprinzip anwenden, sondern Bedarfsgerecht unterstützen.

die Massnahme verhindert Willkür der Exekutive

Vereine sind nicht mehr Zeitgemäss und auch nicht wichtig für eine Gemeinde. Sieht man an der Beteiligung der Vereine am Thusner Dorffest.

eher ja

Das hängt stark davon ab, welche Vereine betroffen sind und welchen Zwecken sie dienen.

Die Beiträge sind entsprechend im Einzelnen zu prüfen und gestützt auf Unterlagen zu genehmigen.

Massvolle Kürzungen eher ja. Es ist zu bedenken, dass gerade Vereine immer mehr personelle und auch finanzielle Probleme haben. Wenn schon Kürzungen, dann nur dort wo vertretbar.

Erneut nicht klar, welche Vereine und kulturellen Organisationen gemeint sind.

eher nein

In einem Zentrumsort wie Thusis ist das sportliche und kulturelle Angebot essenziell für die Lebensqualität. Die Frage oben ist in Bezug auf die tangierten Institutionen jedoch zu wenig spezifisch ausformuliert, so dass sie so generell kaum beantwortet werden kann.

Einheimische Vereine sollten unterstützt werden

Solche Vereine tragen meist einen grossen Mehrwert für die Gesellschaft bei und sollte gefördert werden.

Ich finde, die Vereine sollte eine finanzielle Unterstützung der Gemeinde erhalten. Diese werten schliesslich das Angebot und Attraktivität in der Gemeinde auf.
Beim Sport sollten keine Einsparungen vorgenommen werden
Wichtig ist eine ausgewogene Unterstützung sei dies im Sport- als auch im Kulturbereich. Entscheidend ist auch welches Angebot die Vereine, Organisationen anbieten, sei dies lokal oder auch regional.
Verhältnis Potenzial-Wirkung sehr schlecht.

nein
Lächerlicher Betrag.
Thusis - echt lebenswert
Vereine und kulturelle Angebote bereichern unser Dorf. Thusis darf nicht ein total unattraktiver Ort werden!
Aufrechterhalten der Dorfgemeinschaft und verschiedenen Kulturen, Familienleben.
"Die recht kleine Einsparung hat grosse Verluste in Kultur- und Sport-Kreisen zur Folge. Jeder von der öffentlichen Hand ausgegebene Franken für Kultur bringt ein Mehrfaches an Erträgen auf unterschiedlichsten Ebenen (verschiedene Studien belegen in der Schweiz Werte von ca. >2.5 Fr. Wertschöpfung pro Unterstützungsfranken). Die Teilhabe am kulturellen Leben ist auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Integration und die psychische Gesundheit der Individuen unschätzbar."
5000 Franken für Kultur zur Unterstützung von Vereinen und Anlässen ist eine Unterstützung, das Thusner Kulturleben belebt und vielfältig macht. 5000 Franken von 1,2 Millionen um weniger Defizit zu haben, ist ein Tropfen Wasser, das auf einem heissen Stein verdampft.
Es ist eine Attraktivitätssteigerung der Gemeinde, wenn es ein grosses Angebot gibt und viele Kinder und Schüler nutzen dieses Angebot, weil es in Thusis ist.

Vereine tragen sehr viel zu gemeinsamen Erlebnissen bei und auch sehr wichtig für die Einwohner. Sehr viele Leute engagieren sich dafür und dies alles unbezahlt

Vereine tragen viel zum gesellschaftlichen Leben bei. In den Vereinen wird sehr viel wertvolle Freiwilligenarbeit geleistet.

Die Angebote von Unterricht-/Übungslokalen soll weiterbestehen um die Vielfalt in Thusis zu erhalten.

Wichtig für das Dorfleben

Keine Antwort

Die Beiträge sind entsprechend im Einzelnen zu prüfen und gestützt auf Unterlagen zu genehmigen.

Die Beiträge sind entsprechend im Einzelnen zu prüfen und gestützt auf Unterlagen zu genehmigen.

Welche privaten Organisationen sind hier gemeint?

Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

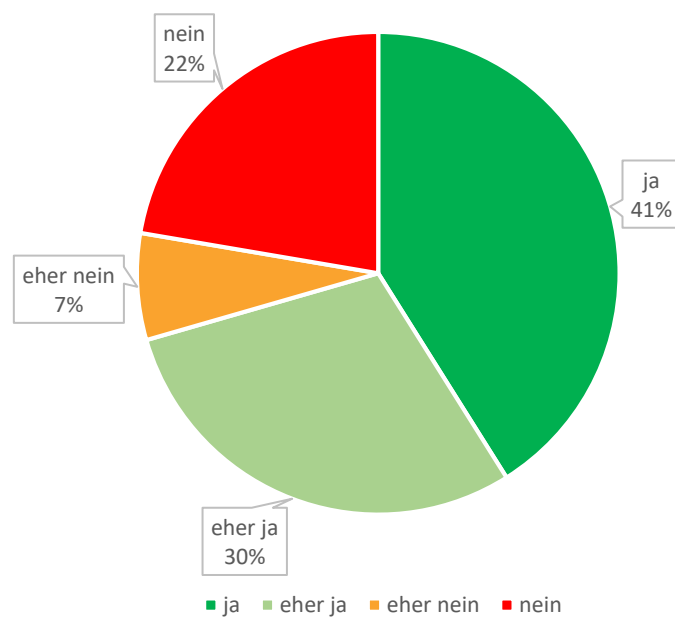
Beitragskürzungen für sportliche und kulturelle Vereine bzw. kostenpflichtige Schulräume/Turnhallenbenützung lehnen wir ab, da diese für den Dorfbzusammenhalt sorgen.

FDP Die Liberalen, Thusis

Die angespannte Finanzlage basiert auf übermässigen Belastungen als Zentrumsort und des unterdurchschnittlichen Steuersubstrats. Auch die Finanzierungsmodalitäten der unterschiedlichsten regionalen Verpflichtungen und Zweckverbände benachteiligen die grossen Gemeinden und strapazieren den Solidaritätsgedanken. Sie übervorteilen die kleinen Gemeinden übermässig. Der Gemeinderat prüft, welche regionalen Verpflichtungen und Mitgliedschaften in Zweckverbänden welche Wirkungen auf die Gemeinde erzielen und welche notwendig sind. Die finanziellen Abflüsse in die Region sind dort wo angezeigt zu stoppen bzw. auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Hier gilt: Thusis first!

Diagramm Fragen 14

Freizeit: Mit einer Anpassung des Auftrages für den Unterhalt des Fussballplatzes Thusis (Beispiel: Reduktion der Mähfrequenz) könnten jährlich CHF 5'000 jährlich eingespart werden. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Die Qualität darf nicht geschmälert werden - sinnvolle Kostenreduktion oder verursachergerechte Aufteilung.

Falls die Wiese dann nicht gesperrt wird, könnte m.E. weniger oft gemäht werden.

Sollte durch den Fussballclub getragen werden

Der FC kann ja auch selber mähen

Mähroboter möglich?

Generell ist interessant, dass die Gemeinde laut Budget fast 50000CHF in den Fussballplatz investiert. Werden Nutzungsgebühren erhoben?

eher ja

Hier könnte durch die Benutzer Frondienst geleistet werden

Ja, aber die Funktionalität und Qualität des Fussballplatzes müssen weiterhin gewährleistet sein. Andernfalls könnte ein Fussballfeld, das nicht ordnungsgemäss gepflegt wird, genauso gut komplett aufgegeben werden.

eher nein

"Gleiche Ausgangslage wie beim Schwimmbad: sehr viele Menschen auch aus umliegende Gemeinden nutzen den Fussballplatz. Wäre es möglich, die umliegenden Gemeinden zur Mitfinanzierung zu bitten?"

Mir fällt auf: die Gemeinde Thusis stellt sehr viel Infrastruktur zur Verfügung, die von den umliegenden Gemeinden mitbenutzt werden. Da müssten doch die anderen Gemeinden auch finanziell dazu beitragen?"

Sport ist zwar wichtig für Jung und Alt. Deshalb sind Einsparungen in dieser Sparte nicht unbedingt sinnvoll.

nein

Thusis hat schon einen der schlechtesten Fussballplätze verglichen mit anderen Gemeinden wie z.B Cazis oder Sils. Viele Schüler gehen bereits schon nach Sils zum Fussballspielen.

Fussball ist zentral für Gruppen, Peergruppen und deren Kontakt, für alle Kulturen

Es geht auch um ein Sportangebot für die Allgemeinheit.

Wieso heisst es Fussballplatz, es ist doch ein Sportplatz wo alle benützen dürfen.

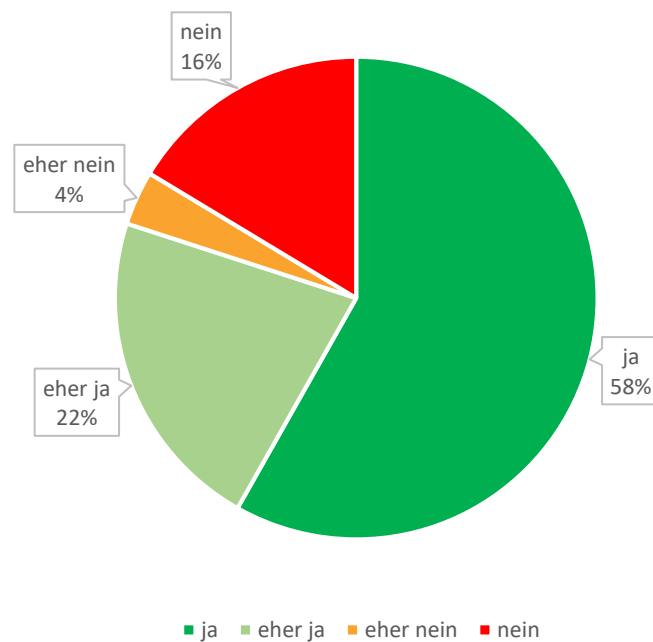
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Das Schwimmbad wie auch der Fussballplatz sind wichtige Sportstätten, die die Integration, Diversifizierung und Gesundheit der Bevölkerung fördern. Um die finanzielle Last der Gemeinde zu verringern, müsste stattdessen zwingend an die Solidarität der umliegenden Gemeinden appelliert werden.

Diagramm Fragen 15

Freizeit: Beim Unterhalt der Feuerstellen könnten CHF 5'000 jährlich eingespart werden, wenn die Gemeinde Thusis auf den Unterhalt der Feuerstellen Nollabrücke Masein und Oberrongellen, die ausserhalb des Gemeindegebietes sind, verzichtet. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Nur noch kommunale Anlagen auf Gemeindegebiet Thusis finanzieren.

Dieser Unterhalt könnte und sollte durch private Initiativen übernommen werden.

Ich hoffe, dass die Gemeinden, auf deren Gemeindegebiet sie stehen, sich um den Unterhalt kümmern werden.

Den Unterhalt soll die jeweilige Gemeinde selbst übernehmen.

"wenn die meisten Leute sowieso mit den Autos zufahren, ist es möglich zu verlangen, dass sie Abfälle abtransportieren. Weiter mache ich den Vorschlag, dass einmal im Jahr ein Aufräumtag mit Freiwilligen in einigen frequentierten Gebieten organisiert werden. Abgerundet mit einer Grillade. (Cervelat genügt und Brot:-)"

Rongellen und Masein einladen den Unterhalt zu übernehmen

Wieso werden bisher Feuerstellen auf anderem Gemeindegebiet unterhalten? Der Gemeindevorstand hat die Kompetenz hier unverzüglich zu handeln!

Würden da Stellenprozente der Gemeindemitarbeiter angepasst?

Eigenverantwortung oder schliessen.

eher ja

moderate Lösung möglich

Eine minimale Unterhaltung der Feuerstellen ist zu gewährleisten. Feuerstellen die nicht auf Gemeindegebiet von Thusis liegen, sind auch nicht durch Thusis zu unterhalten.

Was heisst genau Unterhalt für die Feuerstellen??

eher nein

"Gehört der Gemeinde, also soll diese auch den Unterhalt machen.
Wer würde es stattdessen machen?"

nein

Familien, Einheimische wie auch Ausländer nutzen die Feuerstellen - > sollen gepflegt sein um Attraktivität zu erhalten.

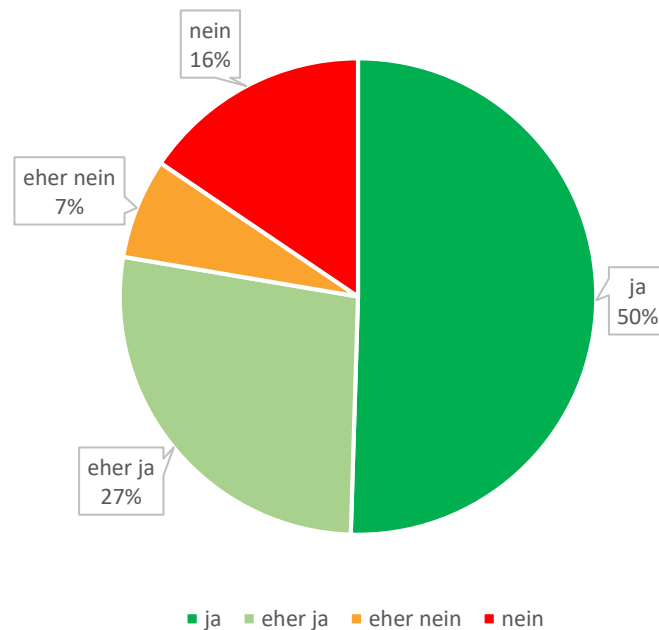
Das ist auch ein Beitrag für ein touristisch attraktives Thusis.

Diese Kosten sollten über die Tourismusförderung abdeckbar sein.

Den Erholungsgelegenheiten wie Grillplätze und Sitzbänkli sollen sorgfältig gepflegt werden

Diagramm Fragen 16

Gesundheit: Im Spital Thusis könnte mit einer Optimierung des Leistungsangebots (Beispiele: Verzicht auf Leistungsdiagnostik oder spezifische chirurgische und medizinische Eingriffe) eine jährliche Einsparung von CHF 150'000 erreicht werden. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Zur Sicherstellung des Spitalstandortes Thusis ist ein Leistungsabbau (im speziellen bei Spezialitäten) unumgänglich.

Die Geburtsstation soll nicht eingespart werden.

Und es wäre noch mehr möglich!

"Gesundheitszentrum etablieren/sichern: Ambulantes Zentrum und Notfallstation.
Sparpotential wäre wesentlich höher als Rettungsmassnahmen des spezialisierten Spitales"

Die Partei steht hinter dem Spitalstandort Thusis und ist daher der Meinung, dass Kosten gesenkt werden müssen, damit die Zukunft garantiert ist.

Spital Chur ist nahe

Das Spital Thusis ist hochdefizitär und wohl mit einem Hauptgrund für die schlechte Finanzsituation der Gemeinde. In der heutigen gesundheitspolitischen Landschaft ist der Betrieb eines Regionalspitals nicht kostendeckend möglich.

Völlig unnötiges Angebot, ich treibe sehr viel Sport und brauche ein solches Angebot auch nicht. Reiner Modetrend für Luxus Hobby Sportler.

Spital als ambulantes Notfall- und Gesundheitszentrum etablieren. So wäre das Sparpotential noch wesentlich höher.

Nur für das Spital Thusis würde sich rentieren eine Person anzustellen (Lohn von 150K/Jahr) die einfach jeden Rappen 2-Mal umdreht (Schön zu haben oder Muss) um solch eine desaströse Kostenübernahme von Minus 1Mio! Fr. zu vermeiden. Somit wäre die Gem. Thusis weiterhin im Plus mit einer Anstellung einer Person.
Wer entscheidet wer was macht?

"Der Auftrag des Spitals Thusis muss zwingend überprüft werden. Zudem wäre eine Kündigung des Vertrages der automatischen Defizitübernahme angebracht. Das ""Zels"" ist sehr fraglich. Im Gegenzug könnte die Geburtenabteilung beibehalten werden und würde sinnvoller finanziell Unterstützt. Generell meine ich, muss das Spital Thusis zukünftig eher als ""Notfallzentrum"" aufgestellt werden."

eher ja

Die Grundversorgung muss gewährleistet und gut sein. Spezialleistungen ausserhalb dieser könnten ev. ausgelagert werden.

Die Gemeinden haben sich zusammengerauft und wollen das Spital Thusis erhalten. Es gilt unbedingt ein attraktives Spital zu erhalten. Was es dazu braucht, kann ich als nicht Fachperson nicht beurteilen.

Einsparen nur bei Leistungsangeboten, die die Bevölkerung nicht betreffen. Zum Beispiel kann auf das ZELS verzichtet werden, auf die Geburtenstation hingegen nicht.

Die Leistungsdiagnostik ist nicht zwingend notwendig.

Die Spitäler müssen untereinander Synergien nutzen können.

Eine sorgfältige Prüfung des Angebots muss stattfinden. Zum Beispiel sollten seltene Operationen wie Bauchoperationen nicht im Spital Thusis angeboten werden. Vor allem wichtig wäre es, die Auslastung zu erhöhen, indem die Bevölkerung das Spital bevorzugt. Die Region muss zusammenhalten.

Dies ist sehr schwierig zu beantworten, da es allenfalls auf weitere Bereiche des Spitals negative finanzielle Folgen haben könnte.

Das Spital Thusis sollte im Bereich der Grundversorgung und Notfall unbedingt erhalten werden. Sehr spezifische Angebote sind dazu weniger relevant, wichtig wäre aber die Notfallstation, Hausarztpraxis und allgemeine, einfachere Spitalleistungen.

eher nein

es müsste genauer definiert werden, um was es sich handelt. Wenn es sich um Angebote der Grundversorgung geht, wie z. B. Geburtenabteilung, dann nein. Wenn es sich nicht um Angebote der Grundversorgung geht, was wahrscheinlich bei der Leistungsdiagnostik ist, dann ja.

Einsparungen im Gesundheitsbereich sind heikel. Optimierungen im Bereich Effizienz und dergleichen sind zu befürworten, um Kosten zu senken. Aus dem hohlen Bauch heraus ist in diesem Fall eine Meinung zu äussern recht problematisch.

Mit der Verbindung zum Kantonsspital in Chur ist die ganze Region Profiteur von kurzen Wegen und Behandlungen.

nein

Die hohe Qualität des Spitals darf nicht durch Einsparungen am Leistungsangebot geschmälert werden.

Sparmassnahmen im Gesundheitsbereich sollten nur als letzte Möglichkeit in Betracht gezogen werden und, wenn möglich, vermieden werden. Ein Spital mit eingeschränkten oder fehlenden Dienstleistungen mindert die Attraktivität der Gemeinde erheblich, was dazu führen könnte, dass die Bewohner abwandern oder sich gegen einen Zuzug entscheiden.

Keine Antwort

Das kann so nicht beantwortet werden.

Info Spital - aus meiner Sicht läuft dort ein guter Prozess - Sparpotential wird ebenfalls gesucht.

Die Kosten müssen gesenkt werden, damit die Zukunft garantiert ist.

Auch diese Frage ist m.E. zu unspezifisch; beispielsweise könnte das ZELS aus meiner Sicht geschlossen werden, die Geburtsstation dagegen nicht.

"Frage 16 kann nicht so undifferenziert beantwortet werden, wie sie hier steht.
Eine gute Grundversorgung muss gewährleistet bleiben. Geburtshilfe ist Grundversorgung. Leistungsdiagnostik nicht."

Thema Spital wird bis Oktober an anderer Stelle geklärt werden.

Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Einer Optimierung des Spital-Leistungsangebots stimmen wir klar zu.

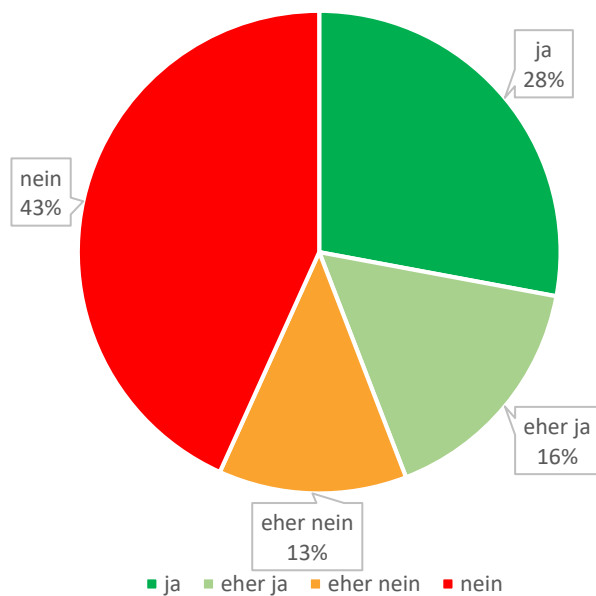
FDP Die Liberalen, Thusis

Mit Sorge beobachten wir die Kostenentwicklung im Gesundheits- und Bildungswesen. Das sind die relevanten Kostenfaktoren, die eine Gemeinde in die Knie zwingen können. In der aktuellen Diskussion um die Gesundheit Mittelbünden möchten wir den Gemeinderat aufmuntern, eine Lösung anzustreben, die die Grund- und Notfallversorgung im Ort und der Region sicherstellt. Das zukünftige Angebot muss die Grundbedürfnisse der grossen Mehrheit in der Bevölkerung abdecken und nicht einzelne Interessen bedienen. Nur so sind die Kosten für die Gemeinde auch langfristig tragbar. Das Gleiche gilt für das Bildungswesen. Hier dürfte der Gemeinderat kritischer gegenüber den Auswüchsen betreffend Schulraum, Integration und Sonderlösungen für Lehrpersonen sein. Störend ist, im Bildungs- wie im Gesundheitswesen, dass die fiskalische Äquivalenz verletzt wird. Wer befiehlt soll auch Zahlen! Der Gemeinderat muss bei der Restrukturierung der Gesundheit Mittelbünden eine Lösung anstreben, die so gut wie nötig (Notfall- und Grundversorgung) und nicht so gut wie möglich ausgestaltet vorsieht. Die Kosten sind unbedingt massiv und nachhaltig zu reduzieren. Im Bildungswesen soll die gleiche Maxime angewendet werden: Nur so gut wie nötig und nicht so gut wie möglich. Hier sehen wir Einsparpotenzial. Aus unserer Sicht ist der Gemeinderat auf dem richtigen Weg, wenn er mit Augenmass und unter Berücksichtigung der allgemeinen Attraktivität der Gemeinde Leistungen reduziert und Ausgaben kritisch hinterfragt.

Sparen bei den Investitionen ist ein zweischneidiges Schwert. Irgendwann holt dich die Realität ein. Und diese Tatsache ereilt nun die Gemeinde Thusis.

Diagramm Fragen 17

Sozialwesen: Mit einer Kürzung des jährlichen Finanzierungsbeitrages von CHF 54'000 an «Glais18» Jugendarbeit Thusis und Dörfer am Heinzenberg um 10 %, könnte eine jährliche Einsparung von CHF 5'400 erreicht werden. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Allenfalls auch höher?

Wenig über die Aktivitäten bekannt

noch mehr, 50%!

Man muss 50% einsparen.

eher ja

Auch Organisationen im Bereich Jugendarbeit müssen mit Sparmassnahmen umgehen können. Es darf aber keine negativen Auswirkungen auf deren Leistung haben.

Anteilmässig gleicher Beitrag wie die übrigen Gemeinden leisten.

Vielleicht gibt es Möglichkeiten effizienter zu werden, ohne das die Jugendarbeit in ein finanzielles Defizit gerät.

Es scheint, dass dieser Vorschlag vertretbar ist.

eher nein

Verhältnis Potenzial - Wirkung schlecht.

nein

Jugendarbeit ist wichtig und hat eine hohe präventive Wirkung. Keine Kürzung.

Es braucht ein sinnvolles Angebot für Jugendliche.

Jugendarbeit ist enorm wichtig, auch präventiv, da darf keinesfalls gespart werden.

Jugendarbeit ist wichtig für sozialen Zusammenhalt in verschiedenen Altersstufen! Beugt späteren sozialen Problemen vor, was wiederum Kostenfolgen hat.

Die durch "Glais18" geleistete Jugendarbeit ist für die jungen Leute am Übergang zum Erwachsenenalter sehr wichtig. Auch sie ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Integration und die psychische Gesundheit der Individuen unschätzbar.

Bei der Jugendarbeit zu sparen, ist nicht zukunftsgerichtet und die Einsparung zu klein.

Was wir heute an ausserschulischer Jugendarbeit sparen, werden wir morgen doppelt so teuer bezahlen.

Jugendarbeit ist wichtig, aus kultureller und integrativer Sicht.

Jugendarbeit ist wichtig. Vernachlässigung hat Kostenfolgen.

Junge Leute/Personen müssen unbedingt im Dorf oder am Berg gehalten werden. Das sind die Einnahmequellen der Zukunft.

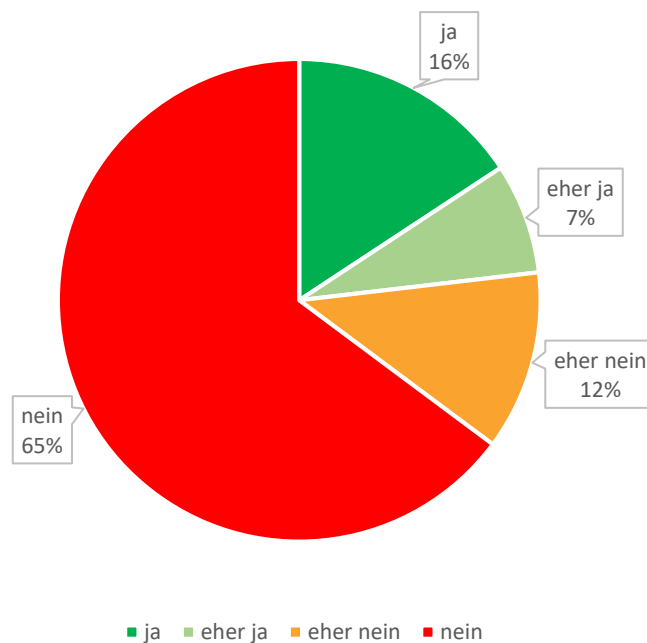
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Eine gute Jugendarbeit und eine Kindertagesstätte sind für eine Gemeinde unserer Grösse heutzutage ein Muss und sind zudem ein entscheidender Faktor für potentielle Neuzuzüger.

Diagramm Fragen 18

Sozialwesen: Mit dem Verzicht auf die Kindertagesstätte in Thusis könnte eine jährliche Einsparung von CHF 48'000 erreicht werden. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Ist es die Aufgabe der Gemeinde?

Ist es Aufgabe der Gemeinde?

Aus Sicht der Partei ist es nicht eine Aufgabe der Gemeinde. Sie stellt bereits im Rahmen der Schulgesetzgebung die Tagesstruktur sicher.

Kita und Hort nur wenn sie durch die Eltern zu 100% bezahlt werden.

Verursacherprinzip anwenden.

eher ja

Für "Alleinerziehende" ist das Angebot beizubehalten - für "Doppelverdiener" ist der finanzielle Anteil zu erhöhen.

Hier stellt sich die Frage, inwieweit die Gemeinde verpflichtet ist, ein solches Angebot anzubieten und was von den Eltern übernommen werden kann

Die Frage stellt sich, ob Eltern mit geringem Einkommen, die auf Doppelverdienst angewiesen sind, immer noch die Möglichkeit haben, ihre Kinder zur Betreuung zumindest stundenweise in Obhut geben können?

eher nein

Suche nach einer Lösung zwischen der aktuellen Finanzierung und dem totalen Verzicht.

Das Angebot ist wichtig zur Generierung von Steuersubstrat (z. B. doppelt berufstätige Familien).

nein

Arbeitsplätze sind auch attraktiv, wenn eine kompetente Kinderbetreuung im Ort möglich ist.

Kitas ermöglichen es Eltern, wieder in den Beruf einzusteigen oder Vollzeit zu arbeiten. Dies trägt zur wirtschaftlichen Sicherheit der Familien bei. In Kitas lernen viele Kinder Deutsch als Zweitsprache oder verbessern ihre Sprachkompetenzen. Sprachförderung ist besonders wichtig für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, die zu Hause eine andere Sprache sprechen."

Die Betreuung der Kinder ausserhalb der Schulzeit trägt zur Sozialisation und Erziehung der Kinder wesentlich bei.

Und wiederum: Die Folgekosten ausblenden! Und nochmals: Thusis - echt lebenswert? Mit solchen Massnahmen werden Familien mit gutem Einkommen (=Steuerzahler) wohl einen grossen Bogen um Thusis machen.

Keine Kita anbieten zu können, ist für eine Gemeinde nicht mehr zeitgemäss.

Ein Verzicht auf die Kindertagesstätte würde die Attraktivität der Gemeinde Thusis erheblich mindern, insbesondere für Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind und auf eine zuverlässige Betreuung angewiesen sind. Dies würde zudem der wichtigen politischen Zielsetzung entgegenwirken, die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt zu fördern, wodurch sie ein Einkommen erzielen und Steuern zahlen können.

Thusis sollte als Wohnort attraktiv bleiben.

Würde jeglicher aktuellen Stossrichtung in der Familienpolitik widersprechen

Dringend notwendig, wie die Auslastung zeigt. Das Angebot steigert zudem die Standortaktivität der Gemeinde Thusis.

Wichtig für die Standortattraktivität!

Wenn wir beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit ermöglichen und den Fachkräftemangel bekämpfen wollen, sind solche Institutionen absolut zentral! Mehr Erwerbstätige in der Gemeinde generieren auch mehr Steuereinnahmen für die Gemeinde!

Die Gemeinde Thusis würde sehr an Attraktivität verlieren.

Wo sollen denn die Kinder betreut werden? Nicht alle haben die Grosseltern als Betreuer zur Verfügung.

Thusis ohne KiTa - wer betreut dann die Kinder der erwerbstätigen Eltern, die Steuern zahlen? Wenn es keine KiTa mehr gibt, muss wohl ein Elternteil den Job aufgeben und das Gesamteinkommen der Familie wird kleiner, was wiederum bedeutet, dass die Familie weniger Steuern an die Gemeinde bezahlt. Im Endeffekt würden wohl auch einige Familien von Thusis wegziehen bzw. gar nicht mehr nach Thusis ziehen. Das macht dann Thusis nicht mehr "echt lebenswert".

Attraktivität für Familien erhalten - Familien verschiedener Einkommensstufen.

Nein, ich bin dagegen. Familien mit Kindern benötigen einen sicheren und zuverlässigen Ort, an dem sie ihre Kinder mit gutem Gewissen betreuen lassen können. Dies ermöglicht es den Eltern, ihrer Arbeit nachzugehen und zum Wohl der Gemeinde beizutragen. Gleichzeitig erhalten die Kinder in der Kindertagesstätte eine wichtige erste Vorbereitung auf ihre spätere Bildung, wie den Kindergarten. Solche Sparmassnahmen würden langfristig erhebliche negative Folgen mit sich bringen.

Sicher nicht! Viele Doppelverdiener sind darauf angewiesen. Zudem würden gerade vorwiegend Frauen wieder aus dem Arbeitsmarkt gedrängt und damit weniger steuerbare Einkünfte generiert.

Für junge erwerbstätige Familien und damit Steuerzahler wird Thusis damit völlig uninteressant. Hier müssten die Gemeinden mit herangezogen werden, aus denen die Kinder in der Tagesstätte kommen.

Thusis ist nur attraktiv, wenn es eine Kindertagesstätte hat. Dies holt Familien, die Steuern zahlen, hierher.

Aber eine lineare Kürzung von z.B. 10% wäre auch hier vertretbar.

Eine KiTa ist absolut notwendig für eine Gemeinde.

Die finanzielle Beteiligung an der Kinderbetreuung führt zu mehr Steuereinnahmen, da es Eltern ermöglicht zu arbeiten. Diese Einnahmen würden in direkter Konsequenz wegfallen, schätzungsweise übersteigen diese exponentiell den Anteil der gesparten Gelder und führen direkt zu einer weiteren Erhöhung der Defizites.

Ist damit die Kinderhüti NEMO gemeint? Dann nein

An der Kindertagesstätte darf nicht gespart werden! Sie sollte im Gegenteil ausgebaut werden damit Eltern angelockt werden und so die Kinder abgeben können sowie zu Mehreinnahmen in allen Bereichen führen.

Man spart wieder auf der Schulter der Kinder.

Keine Antwort

Aus meiner Sicht sollte das Angebot professionalisiert werden, damit das Angebot auch vom Kanton unterstützt wird. Tagesstrukturen sind in einer fortschrittlichen Gemeinde wichtig - kann entscheiden ob Familien, auch gute Steuerzahler, in unserer Gemeinde Wohnsitz nehmen.

Kommt darauf, wenn es einen Verein gäbe, welcher das übernimmt.

Eine Kindertagesstätte ist wichtig. Schade aber, dass das Pinocchio durch die Fusion so in Mitleidenschaft gezogen wurde

Könnte Problemlos von den Eltern getragen werden.!

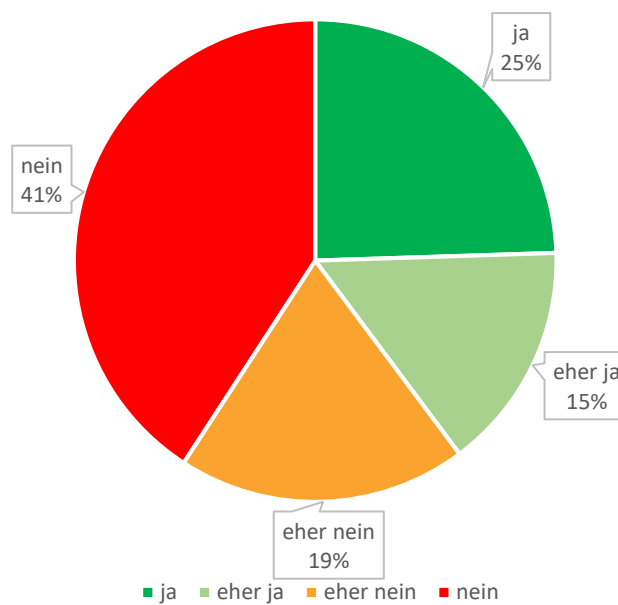
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Eine gute Jugendarbeit und eine Kindertagesstätte sind für eine Gemeinde unserer Grösse heutzutage ein Muss und sind zudem ein entscheidender Faktor für potentielle Neuzuzüger.

Diagramm Fragen 19

Verkehr: Mit dem Verzicht auf die Schneeräumung Stafel – Obermatten wäre eine jährliche Einsparung von CHF 25'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Die Schneeräumung auf Gemeindestrassen ist zu reduzieren! Entspr. Tafeln am Dorfeingang. Material- und Personalkosteneinsparung

Muss das fahrbar sein im Winter? Darf hinterfragt werden.

eher ja

Ja, vorausgesetzt, dass in Obermutten im Winter keine ständige Wohnbevölkerung lebt.

Nur wenn es die einheimische, ganzjährig wohnhafte Muttner Bevölkerung in ihrem Alltag nicht einschränkt.

Wieviele Personen wohnen denn dort oben?

Der Zusammenschluss der Gemeinde Mutten mit der Gemeinde Thusis konnte Betriebswirtschaftlich nie aufgehen und wird auch nie aufgehen. Darum, ist zu prüfen ob die ganze Übung wieder rückgängig gemacht werden kann.

Öffnungszeiten Hotel berücksichtigen.

eher nein

Wenn Obermutten ganzjährig bewohnt ist, muss auch geräumt werden.

In Obermutten gibt es ganzjährige Bewohner, die Strasse muss ganzjährig befahrbar bleiben

Dies könnte die Attraktivität von Obermutten erheblich beeinträchtigen. Eine Reduzierung der Schneeräumung könnte in Betracht gezogen werden, aber ein vollständiger Verzicht ist riskant und sollte nur im äussersten Notfall erfolgen. Die Erreichbarkeit muss auch im Winter gewährleistet bleiben, um die Sicherheit und Attraktivität der Region zu erhalten. Eine mögliche Lösung könnte darin bestehen, eine Vereinbarung mit einem lokalen Landwirt wie Herrn Wyss, der über einen Traktor verfügt, zu treffen, um die Schneeräumung kostengünstiger durchzuführen und so die Ausgaben zu reduzieren.

Schneeräumung und Unterhalt nur bis zum Parkplatz wäre sinnvoll und verhindert Schäden am Privateigentum
Reduzierter Winterdienst einführen
Die Schneeräumung braucht es für die regionale Bevölkerung

nein
Man wusste, was man sich mit Mutten anlacht. Jetzt dort einfach gewiss Service-Public-Aufgaben nicht mehr zu machen geht nicht.
"Die Siedlungen Stafel UND OBERMUTTEN müssen ganzjährig auf der Strasse erreichbar sein. Obermutten ohne Wintersaison (Skilift, Gasthaus, Tourismus, Erst- und Zweitwohnungen) ist zum Tode verurteilt."
Die Einstellung der Schneeräumung Stafel/Obermutten widerspricht den gesetzlichen Grundlagen, Raumplanungsgesetz des Bundes und des Kantons sowie der Bundesverfassung. Siehe dazu unser Schreiben vom 23. August 2024 an alle Vorstandsmitglieder!
Aus feuerpolizeilichen Gründen und Infrastrukturkontrollen, ist eine Schneeräumung vom Stafel nach Obermutten dringend erforderlich. In Obermutten wohnen ganzjährig Leute und zudem ist ein Gastbetrieb in Obermutten, der auch von der Öffnung der Strasse abhängig ist. Einsparungen könnten erfolgen durch eine "vernünftige" Arbeitsausführung bei allen Schneeräumungsarbeiten auf den Gemeindestrassen. Letztes Jahr wurde die Schneeräumung durchgeführt als wäre die Strasse nach Obermutten eine Nationalstrasse. Öffnen heisst nicht bei 5cm Schneefall mit Schneepflug und Schneefräse aufzufahren, das ist total übertrieben. Zudem wurde festgestellt, dass durch die Schneeräumung Gemeindegäule entlang der Strasse Obermutten und im Dorf Mutten durch die ausführende Unternehmung demoliert wurden. Man hofft, dass solche Reparaturkosten durch den Unternehmer erfolgen und nicht durch die Gemeinde. Weiter steht das Gemeindefahrzeug (Traktor) während mehreren Monaten im Jahr unbenutzt entlang der Strasse nach Obermutten. Dies hat zur Folge, dass gemäss Fachpersonalaussagen Witterungsschäden an dem Fahrzeug entstehen und somit mit grossen Folgekosten gerechnet werden muss.
macht keinen Sinn - und wäre ein schlechtes Signal gegenüber Mutten
Ist Fusionsfraktion - diese hat Anspruch auf Service!
Der Standort Mutten gilt es ebenso zu unterhalten, wie andere Gemeindestrassen.

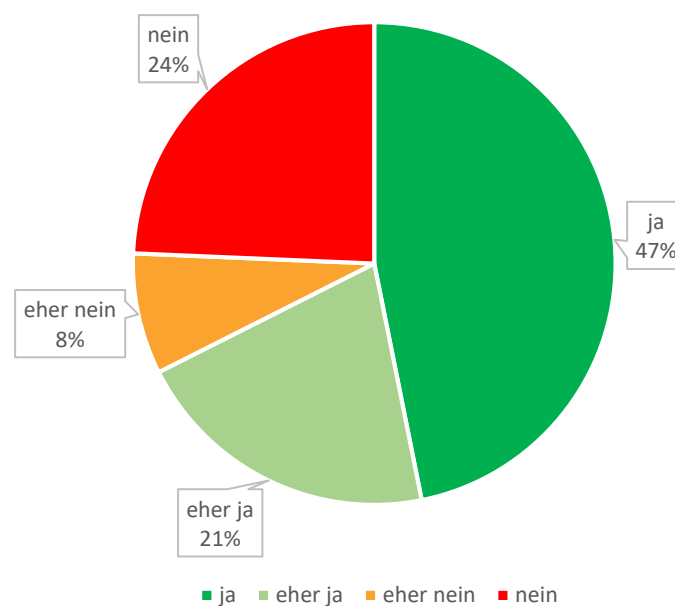
Gehört dem Steuerzahler zu
Der Verzicht auf die Schneeräumung hätte Konsequenzen für den Betrieb des Hotels / Restaurant und auf die Postautoverbindungen nach Obermutten.
Damit würde man das dortige Restaurant und die Skilifte benachteiligen.
Es ist doch ein Widerspruch, wenn man einerseits Obermutten touristisch fördern will und andererseits im Winter die Zufahrt faktisch schliesst. Das Gasthaus und der Skilift wird damit geopfert!
Fusionspartner hat Anspruch auf entsprechenden Service
Da wir in Obermutten wohnen, empfinden wir nur schon die Frage eine absolute Frechheit.
Mit Schreiben vom 28.07.2024, möchten 66 Unterzeichnende die Gemeinde Thusis auffordern nicht auf die Schneeräumung zwischen Stafel und Obermutten zu verzichten: Wir sind klar der Meinung, dass die Schneeräumung der Strasse nach Obermutten auch in Zukunft beibehalten werden muss. Würde die Strasse im Winter nicht mehr geräumt werden, hätte dies gravierende Nachteile für alle Hauseigentümer in Obermutten zu Folge. Die Zufahrten zu den Häusern würden stark eingeschränkt, der Hotel- und Restaurantbetrieb könnte kaum mehr aufrechterhalten werden, die regelmässigen Postautoverbindungen wären nicht mehr möglich und die Zufahrt für Feuerwehr und Rettung sind nicht mehr gewährleistet.

Keine Antwort

Die Menschen in Obermutten dürfen nicht von der Umwelt abgeschnitten sein. Ich weiss allerdings, ob die Schneeräumung dafür notwendig ist.
Als Thusner kann ich das nicht beantworten, dazu kenne ich die Bedürfnisse der Muttener zu wenig. Aber ich sehe es als schwierig, ein Dorf einzugemeinden und dann dort Leistungen zu kürzen.
Wer macht dann diese Räumung?

Diagramm Fragen 20

Verkehr: Eine jährliche Einsparung von CHF 10'000 wäre möglich, wenn auf die Miete eines Reserveschneeräumungsfahrzeuges für die Trottoirräumung verzichtet würde. Anmerkung: Bei Ausfall des Schneeräumungsfahrzeuges würde die Trottoirräumung länger dauern. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Muss es ein Ersatzfahrzeug "auf Reserve" sein? Können nicht vorhandene Fahrzeuge mit geringen Investitionen für solche Einsätze nachgerüstet werden?

Ja, ich wäre damit einverstanden. Die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls ist gering, und die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass wir immer weniger Schnee haben. Daher können diese Kosten eingespart werden. Im schlimmsten Fall müssten wir etwas länger auf die Räumung warten, aber ich bin zuversichtlich, dass auch die Bürger oder lokale Unternehmen mit ihren eigenen Maschinen der Gemeinde unterstützend zur Seite stehen könnten. Letztendlich besteht die Gemeinde nicht nur aus den gewählten Personen und den Mitarbeitern in den orangen Ankleidungen, sondern aus dem gesamten Dorf!

Mit diesen Massnahmen geht man bewusst ein Risiko ein, welches aber in Anbetracht der Eintretens Wahrscheinlichkeit verkraftbar ist.

Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden möglich?

Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden forcieren

eher ja

Die Schneeräumung der Trottoirs wird 3-5x/Jahr benötigt, dafür 10000CHF Miete erscheinen im Vergleich hoch.

eher nein

Ich schlage vor, die Trottoirräumung der Strassenräumung vorzuziehen

Die Schneeräumung im Zentrum muss gewährleistet sein. In den letzten Jahren gab es immer wieder starke Niederschläge mit dementsprechend viel Schnee. Die Schneeräumung muss funktionieren.

Das nicht- oder verspätete Räumen der Trottoirs würde zu negativen Diskussionen und Kritik an die Adresse der Gemeinde führen, so die gemachten Erfahrungen. Deshalb ist eher auf diese geringen Einsparungen zu verzichten.

nein

Sobald die Gemeinderäte ums Rathaus selber Schnee räumen, bin ich damit einverstanden. Keine oder verspätete Räumung des Trottoirs ist für die Neudorfstrasse schlecht.

Trottoir muss geräumt sein

"Stand jetzt wird sowieso schlecht geräumt, im Vergleich zu anderen Gemeinden und Berggemeinden. Das Trottoir ist bei viel Schnee, kaum passierbar."

Dauert jetzt schon sehr lange

Die Sicherheit im Winter ist für alle zu gewährleisten: Kinder, Ältere, Mobilitätseingeschränkte

Die Sicherheit der Passanten würde nicht gewährleistet sein resp. die Priorität hat ebenso, dass Trottoire wie die Strassenräumung auch. An der Neudorfstrasse, zum Bahnhof/Spital/Altersheim sowie den Schulweg muss eine speditive Räumung gewährleistet sein!

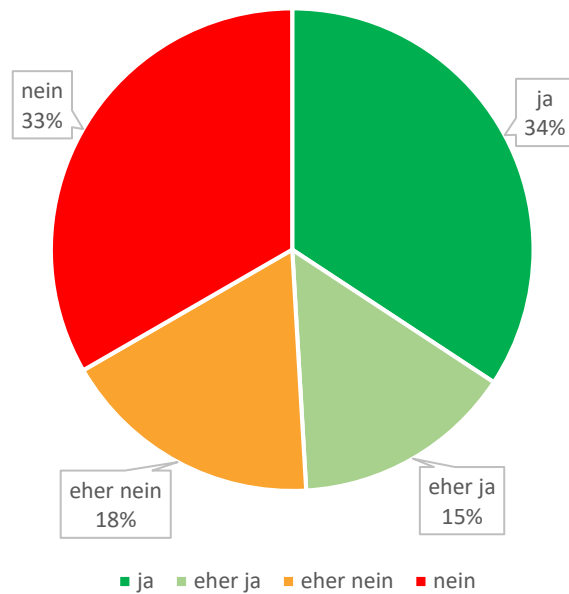
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Hingegen befürworten wir den Verzicht auf ein Reserveschneeräumungsfahrzeug wie auch auf die Miete von Notstromaggregaten.

Diagramm Fragen 21

Verkehr: Mit der Streichung des Nachtbusses Freitag und Samstag von 01:00 – 03:00 Uhr würde eine jährliche Einsparung von CHF 10'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Es mag hart erscheinen, aber durch die Streichung des Nachtbusses könnten die Jugendlichen, die in den Ausgang möchten, im Dorf bleiben, was den lokalen Unternehmen zugutekommen würde.

Zu Taxi Zeiten bessere Alternativen

Hätte auch den Vorteil, dass die Jungen in Thusis bleiben würden

eher ja

Die Kostenaufteilung soll Benutzer gerecht aufgeteilt werden.

Nicht mit einem Stunden Rhythmus --> Reduzierter Rhythmus

Darauf kann man nach meinem Wissenstand verzichten, da die Benützung ohnehin gering ist.

eher nein

Gemeinde soll zusätzlich prüfen, ob der Kostenverteiler der anderen Gemeinden gerecht ist...Bestehen allenfalls Alternative Modelle?

Gemeinde soll zusätzlich prüfen, ob der Kostenverteiler der anderen Gemeinden gerecht ist... Bestehen allenfalls Alternative Modelle?

Die Thusner Jugend muss diese Möglichkeit haben

Dann würde der Privatverkehr wieder Vorrang haben

Es ist sicherer und besser, wenn die Jugendlichen mit dem ÖV statt mit dem PW fahren.

Gemeinde soll zusätzlich prüfen, ob der Kostenverteiler der anderen Gemeinden gerecht ist. Bestünden darüber hinaus allenfalls alternative Modelle?

nein

Ich befürchte, dass durch die Streichung des Nachtbusses mehr Menschen alkoholisiert Autofahren würden. Das will ich nicht.

Sicherheit der Jungen unterstützen, um hier wohnen zu können auch während Ausbildung -> sie sind unsere Zukunft

Unsere Jugendliche brauchen nach Chur eine gute Anbindung.

Das wäre ein grosser Nachteil für die Thusner Jugend. Ein Ausweichen auf den Individualverkehr ist hier nicht erstrebenswert.

Je nach Nutzung des Busses. Finde es aber grundsätzlich ein wichtiges Angebot.

Es ist dringend notwendig, dass unsere Jugendlichen und sonstigen Einwohner sicher nach Hause kommen können.

Dies würde die Attraktivität der Gemeinde für Familie und junge Menschen senken.

Es ist wichtig, dieses Angebot aufrechtzuerhalten, sonst besteht die Gefahr, dass vermehrt Fahrzeuge in fahruntüchtigem Zustand benutzt werden.

Die Jungen sind unsere Zukunft!

Einsparungen bei den Nachtbussen führt zu vermehrten Verkehrsunfällen wegen Trunkenheit. Ebenfalls vertreibt es junge Personen aus dem Dorf.

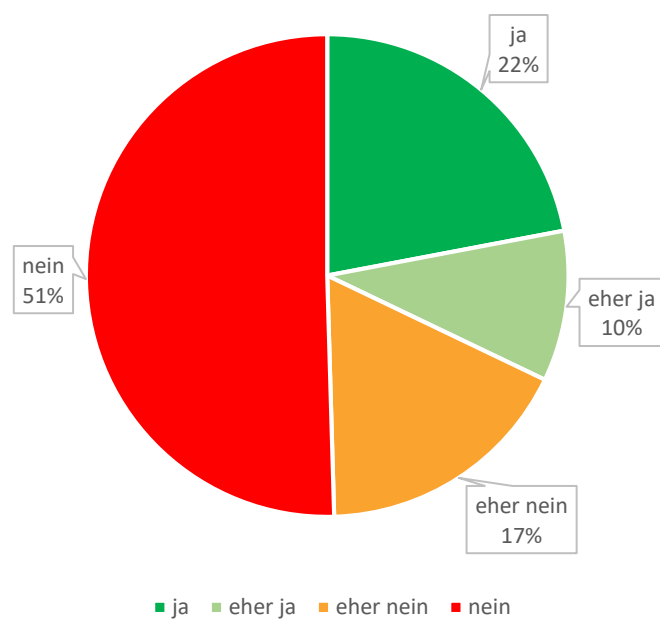
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Im Bereich der Serviceleistungen der Gemeinde ist vom Schneeräumungsverzicht in Mutten abzusehen (Gemeindestrasse!!), ebenfalls von der Streichung des Nachtbus und des Studentaktes am Heinzenberg.

Diagramm Fragen 22

Verkehr: Mit der Abschaffung des Studenttaktes beim Busbetrieb der Linie Heinzenberg wäre eine jährliche Einsparung von CHF 4'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Kundenfreundliches ÖV-Angebot "JA" aber nicht übertrieben.

Diese Leistung kommt den Gemeinden am Heinzenberg zugute. Nicht das Problem von Thusis

Soll durch die Gemeinden am Heinzenberg getragen werden

Fahren auf Anfrage, dynamischer gestalten

eher ja

Warum müssen wir überhaupt diesen Betrieb mitfinanzieren? Beteiligt sich der Heinzenberg auch beim Schwimmbad, Kino Rätia etc.? Dies ist Verhandlungssache.

Kommt auf die Frequenzen an. Grundsätzlich sollte es nützliche Verbindungen geben.

Wenn die Frequenzen es zulassen, ist diese Einsparung gerechtfertigt.

eher nein

Welche Gemeinden der Region haben ein grösseres Interesse am Stundentakt als Thusis? Ist der Kostenverteiler innerhalb der Region korrekt?

Welche Gemeinden der Region haben ein grösseres Interesse am Stundentakt als Thusis? Ist der Kostenverteiler innerhalb der Region korrekt?

Welche Gemeinden der Region haben ein grösseres Interesse am Stundentakt als Thusis? Ist der Kostenverteiler innerhalb der Region korrekt? Trotz allem sehen wir von einer Streichung des Stundetaktes ab.

nein

"In diesen Zeiten, in welchen wir gefordert sind, endlich Verantwortung zu übernehmen, und den Privatverkehr zu vermindern, ist dieser Vorschlag nicht angemessen!!!!"

Je weniger Busse, desto mehr Autos werden (wieder) benutzt --> Umweltschutz beachten!

Damit würde man den ÖV schwächen.

Dies wäre ein Rückschritt der Gemeinde Thusis. Wieder würden Familien mit Kindern und die ältere Bevölkerung darunter leiden.

Diese Einsparung ist unerheblich und würde die Region weniger gut vernetzen.

Bereits der Stundentakt ist eine tiefe Frequenz, und wird von der Bevölkerung genutzt und ist insbesondere im Winter auf Teil des touristischen Angebotes.

Keine Antwort

Die Menschen in Obermutten dürfen nicht von der Umwelt abgeschnitten sein. Ich weiss allerdings, ob die Schneeräumung dafür notwendig ist.

Als Thusner kann ich das nicht beantworten, dazu kenne ich die Bedürfnisse der Muttener zu wenig. Aber ich sehe es als schwierig, ein Dorf einzugemeinden und dann dort Leistungen zu kürzen.

Wer macht dann diese Räumung?

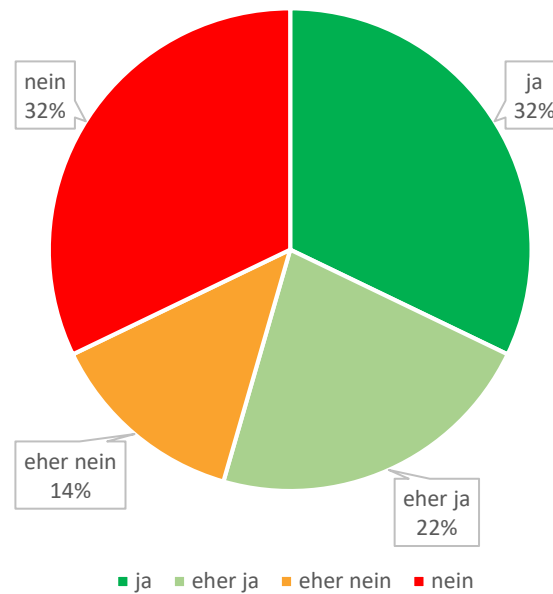
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Im Bereich der Serviceleistungen der Gemeinde ist vom Schneeräumungsverzicht in Mutten abzusehen (Gemeindestrasse!!), ebenfalls von der Streichung des Nachtbus und des Stundentaktes am Heinzenberg.

Diagramm Fragen 23

Umweltschutz und Raumordnung: Mit der Reduktion der Anzahl Brunnen könnten beim Betrieb und Unterhalt jährlich CHF 20'000 eingespart werden? Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Dorfbrunnen sind wohl schön, aber unnötig

Wie viele Brunnen wären betroffen?

eher ja

"An Orten bei denen die Brunnen keine Wirkung erzielen (Ortsbild, Wasserspende zur Abkühlung, Landwirtschaft,) kann durchaus reduziert werden.
Brunnen in Untermatten, welche mit Überlaufwasser versorgt werden und nur geringe Reinigungskosten verursachen, dürfen von dieser Sparmassnahme nicht tangiert werden."

Vielleicht könnte dadurch auch Wasser gespart werden. Ev. könnte man auch Freiwillige für die Reinigungsarbeiten finden. Einige Brunnen sollten aber in Betrieb bleiben.

Eher ja. Ich bin der Meinung, dass es nicht notwendig ist, alle 200 Meter einen Brunnen zu unterhalten. Eine Reduzierung ist durchaus sinnvoll. Zudem prüfe ich derzeit ein System, das die Brunnen nur zu bestimmten Zeiten aktiviert, wodurch zusätzlich Wasser- und Abwassergebühren eingespart werden könnten.

Hier könnte man nicht CHF 20'000 einsparen. Jedoch wäre es möglich hier einen kleineren Betrag einzusparen ca. CHF 5-10k CHF wenn die Durchflussgeschwindigkeit und die Menge massiv reduziert würde ohne Einbuse der Brunnen.

eher nein

Ich kann nicht abschätzen, was das für langfristige Auswirkungen hat.

Mir scheint, dass Thusis und Matten bereits jetzt lediglich eine moderate Anzahl Brunnen hat. Vielleicht könnte der Unterhalt pro Brunnen noch etwas reduziert werden?

Brunnenreduktion nein, evtl könnte man aber die Unterhaltsarbeit an den Brunnen auf ein Minimum reduzieren. Oder die Bevölkerung einbinden und einen gemeinsamen Brunnenputztag organisieren?

Wir haben schon fast keine schönen Brunnenplätze mehr!

Unser Trinkwasser ist ein kostbares Gut und ich schätze es, dass es an öffentliche Brunnen frei zur Verfügung steht! Ob zur Abkühlung oder als Durstlöscher.

nein

Mögliche Sparmöglichkeiten sind zu prüfen, es ist jedoch zu achten, dass die Brunnen sauber gehalten werden.

Mögliche Sparmöglichkeiten sind zu prüfen, es ist jedoch zu achten, dass die Brunnen sauber gehalten werden.

Brunnenunterhalt machen, evtl. mit Freiwilligeneinsatz.

"Brunnen tragen zur Wohnqualität und Attraktivität der Gemeinde bei!
Idee: Freiwilligenarbeit einbeziehen für Reinigung und Pflege!"

Mögliche Sparmöglichkeiten sind zu überprüfen, es ist jedoch zu achten, dass die Brunnen saubergehalten werden.

Diese sind für Wanderer; Velofahrer und Tiere gerade auch in heissen Sommern wichtig. Die Tourismusabgabe, die eher eine Wirtschaftsförderung sein sollte, sollte dies leisten können.

Brunnen gehören zum Ortsbild und auch zum übrigen Gemeindegebiet. Brunnen haben auch einen ökologischen Wert, z.B. für die Vogelwelt und anderes mehr.

Freiwilligenarbeit, Senioren einbeziehen, etc.

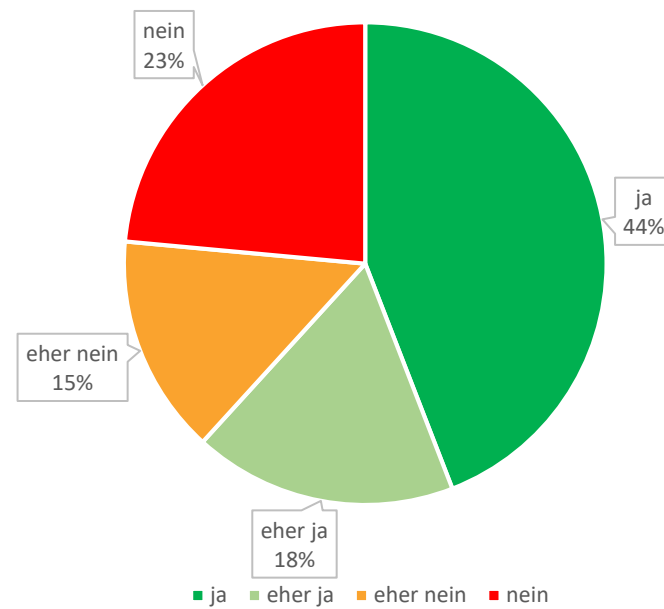
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Für die Brunnenreinigung könnte allenfalls auf Initiative des Gemeindevorstandes eine Gruppe von Freiwilligen gewonnen werden.

Diagramm Fragen 24

Umweltschutz und Raumordnung: Mit dem Verzicht auf die Miete von Notstromaggregaten für den Einsatz bei Strommangellagen wären jährliche Einsparungen von CHF 22'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Nur dann in Betracht ziehen, wenn sich wirklich eine Mangellage abzeichnet und sich keine anderweitigen Lösungen abzeichnen.

Kerzen sollten in jedem Haushalt vorhanden sein. Ähnlich wie das Schneeräumfahrzeug wird dieses Gerät wohl eher selten genutzt und verursacht hohe Kosten.

Das Thema Strommangellage ist Geschichte, deshalb auch keine NEA mehr notwendig

eher ja

Eher ja. Eine Einsparung in diesem Bereich ist sicherlich vorteilhaft, aber es ist wichtig, dass Fachleute die Konsequenzen genau prüfen. Ein Stromausfall würde von den Bürgern sicherlich nicht gut aufgenommen werden, daher muss die Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben.

Wo müssen diese Aggregate eingesetzt werden? Wasserversorgung? Wäre mit diesem Betrag kein eigenes Aggregat finanzierbar?

eher nein

Ich kann nicht abschätzen, was das für langfristige Auswirkungen hat.

Ein Stromausfall hätte weitreichende Folgen für Dienstleister und Wirtschaft.

nein

Die Sicherheit der Gemeinde ist zu gewährleisten.

Notstromaggregate sind für eine Gemeinde unverzichtbar, falls es einmal zu Stromausfällen kommen sollte.

Warum sind den keine fixen Notstromaggregate vorhanden?

Keine Antwort

Schwierig von aussen zu beurteilen: Wie oft treten Mangellagen ein? Gewisse sensible Betriebe müssen wohl trotzdem funktionieren (Spital, Pflegeheim. ...). Für Entscheidung mehr Info nötig.

Wie gross sind die Risiken?

Wäre kaufen statt mieten auf die Länge nicht billiger?

Dieser Betrag wurde bisher noch gar nicht ausgegeben, also kann er Folge dessen nicht eingespart werden.

Für was braucht man denn dies Aggregate?

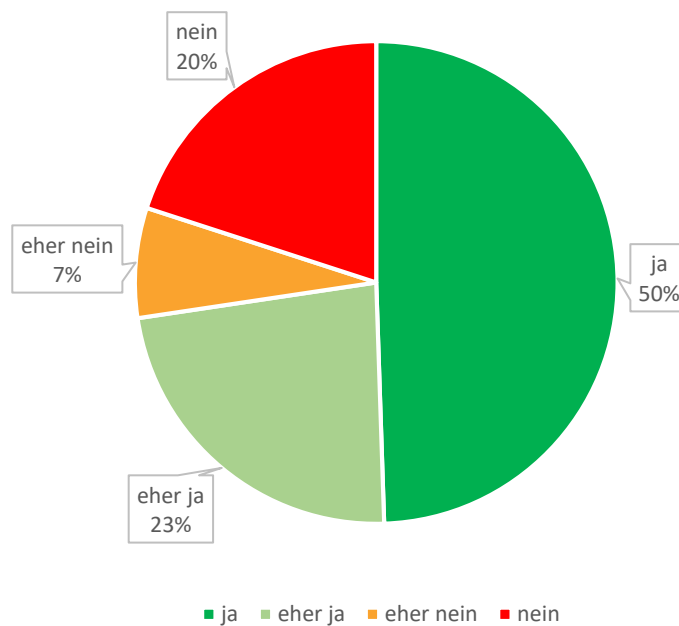
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Hingegen befürworten wir den Verzicht auf ein Reserveschneeräumungsfahrzeug wie auch auf die Miete von Notstromaggregaten.

Diagramm Fragen 25

Volkswirtschaft: Bei der Waldbewirtschaftung wären mit der Reduktion des Hiebsatzes (jährlich nachwachsendes Holz auf der Waldfläche der Gemeinde Thusis) von 3'200Tfm (Tariffestmeter, stehendes Holz inklusive Astvolumen) um 20 % jährlich Einsparungen von CHF 14'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Wenn möglich sicher ja. Aber wie sollen wir Laien das wirklich beurteilen können?

"Auch das als gewöhnliche Bürgerin zu beurteilen ist schwierig, zu wenig konkret.
Wenn es nicht gebraucht wird, finde ich den Vorschlag jedoch sinnvoll."

Man sollte sowieso nicht so viel Bäume fällen, vor allem nicht mit schweren Maschinen, welche Waldboden kaputt machen. Alte Wälder sollten gefördert werden.

eher nein

Das kann so global nicht gesagt werden. Können im Nichtschutzwald ökologisch wertvolle Bestände durch verminderte Holznutzung gestärkt werden, soll das gemacht werden. Doch ist im Schutzwald eine optimale Pflege und Nutzung durchzuführen, damit die Schutzwirkung auch langfristig bestehen bleibt.

nein

Die Waldpflege (Natur, Naherholungsraum, CO₂-Speicher, Energierohstoff) darf nicht vernachlässigt werden!

Eine nachhaltige Nutzung und Pflege sind wichtig, damit unser Wald seine vielfältigen Funktionen auch in Zukunft übernehmen kann!

Ich unterstütze eine fachkundige und sachgerechtere Waldbewirtschaftung. Daher keine Einsparung.

Die Waldpflege ist wichtig. Dies sollten die Fachleute entscheiden.

Es ist wichtig, dass der Wald im bisherigen Umfang schonend genutzt und bewirtschaftet wird.

Keine Antwort

Keine Ahnung, was das bedeutet

Kann ich nicht beurteilen. Dazu benötige ich mehr Infos.

Dies ist durch den Förster zu beurteilen, welche Auswirkungen dies über die Jahre hätte.

Kann ich nicht beurteilen.

Ich finde diese Entscheidung obliegt dem Förster. Zumal die Waldnutzung und Waldbewirtschaftung auf vielen verschiedenen Faktoren beruht.

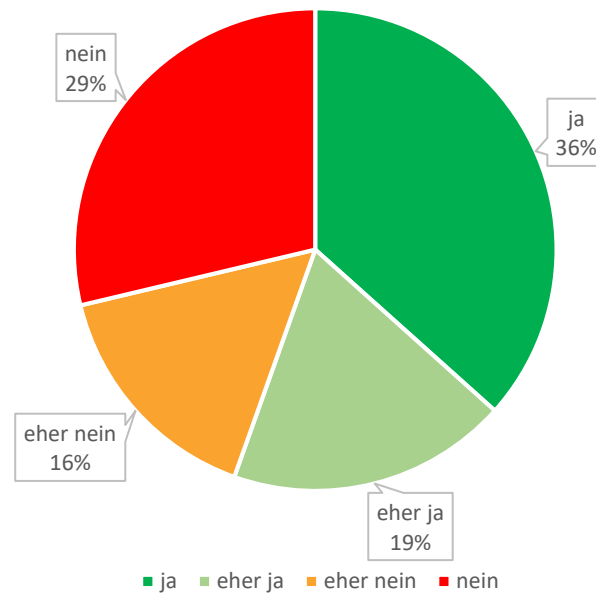
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Mit der Reduktion des Hiebsatzes sind wir einverstanden.

Diagramm Fragen 26

Öffentliche Ordnung und Sicherheit: Mit der Kündigung des Vertrages mit der Kantonspolizei Graubünden können jährlich CHF 100'000 eingespart werden? Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Welche Mehrleistung haben wir durch diesen Vertrag gegenüber anderen Gemeinden ohne einen solchen Vertrag?

Die Kantonspolizei ist ein kantonales Organ und ist im gesamten Kantonsgebiet zuständig. Wieso also müssen wir die Dienstleistung bezahlen? Zumal man am Telefon die Antwort bekommt, dass leider keine Patrouille verfügbar ist.

Als ehemaliger Kantonspolizist sprach ich mich stets gegen die Übernahme von gemeindepolizeilichen Aufgaben durch den Kanton aus. Das sind Aufgaben die die sog. niedrige Polizei erledigen soll und nicht die Kantonspolizei.

Die machen ja nichts und sonst müssen sie ja kommen...

Persönliche Erfahrung: Bei einem Polizeianruf (117!) hiess es (trotz Polizeistützpunkt Thusis) die Anfahrt daure ca. 30min. Nach Eintreffen der Patrouille aus Chur war die Entschuldigung für die Zeit, dass der Polizeistützpunkt Thusis in der Nacht nicht besetzt war zu dem Zeitpunkt.

eher ja

Eher ja, aber ich bin mir der Konsequenzen nicht sicher. Wie wird die Sicherheit dann gewährleistet? Werden die Sicherheitskräfte im Ernstfall deutlich später am Tatort eintreffen, oder wie soll ich mir das vorstellen? Diese Fragen müssen geklärt werden, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

moderate Lösung möglich

Die Gemeinde ist zuständig für Sicherheit und Ordnung. Die Frage die sich stellt, ob dies mit reellen Einsparungen verbunden ist oder später zu Mehrkosten führt, wenn die Gemeinde sich wieder dessen annehmen muss.

Varianten aufzeigen, andere Möglichkeiten prüfen

Konsequenzen schwierig abzuschätzen.

Wäre eventuell eine kürzere oder andere Präsenz denkbar?

eher nein

Ich befürchte, dass die Sicherheit der Bewohner nur noch eingeschränkt gewährleistet ist
Wer übernimmt dann diese Aufgaben?
Wichtig, dass sich die umliegenden Gemeinden entsprechend beteiligen.
Welche Aufträge hat die Kantonspolizei ausgeführt? Ich denke es wird wohl nicht möglich sein ein günstigeres Angebot von privaten Sicherheitsunternehmen zu erhalten.

nein

Unsicherheit und negative Erfahrungen senken Attraktivität! Sicherheit und Kontrollen sind zentral!
Wenn man diese kündigt, muss man vermutlich eigene Polizisten anstellen. Das wäre bestimmt teurer als CHF 100'000 (Lohnkosten, Sozialversicherung, Koordination)
Unklar ist, welche Konsequenzen das hätte. Was tun bei Delikten, Bedrohungen etc.
Bei so vielen neu zugezogenen, in der Gemeinde wohnhaften Ausländern wäre dies absolut nicht zu empfehlen.
Wer sorgt dann für Ordnung?
Aber dann sollen sie auch für Ordnung besser sorgen! Die Sicherheit ist wichtig.
Die Sicherheit der Gemeinde reduzieren das ist doch nicht richtig
Sicherheit/Sicherheitsgefühl für die Bevölkerung wichtig.

Keine Antwort

...und das würde bedeuten??

Offenbar wird die Kantonspolizei recht häufig benötigt. Man müsste aufzeigen, wie oft und bei welchen Vorfällen die Gemeindepolizei genügt, wie oft/bei welchen Vorfällen die Kantonspolizei nötig ist.

Unklar, was dieser Vertrag beinhaltet und welche Nachteile uns durch die Kündigung entstehen würden.

Was würde das konkret bedeuten? Dass wir in Thusis zukünftig keinen Polizeiposten oder keine Polizeipräsenz mehr hätten?

Ich kann diese Frage nicht beantworten, da ich die Konsequenzen der Kündigung nicht kenne. Was würde das im Detail bedeuten?

Was hätte das für Folgen für die Sicherheit in Thusis?

Die Sicherheit muss gewährleistet sein. Wer würde die Aufgaben der Kapo übernehmen? Wie könnte Hilfe angefordert werden?

Was wären die Folgen?

Bitte dazu mehr Informationen!

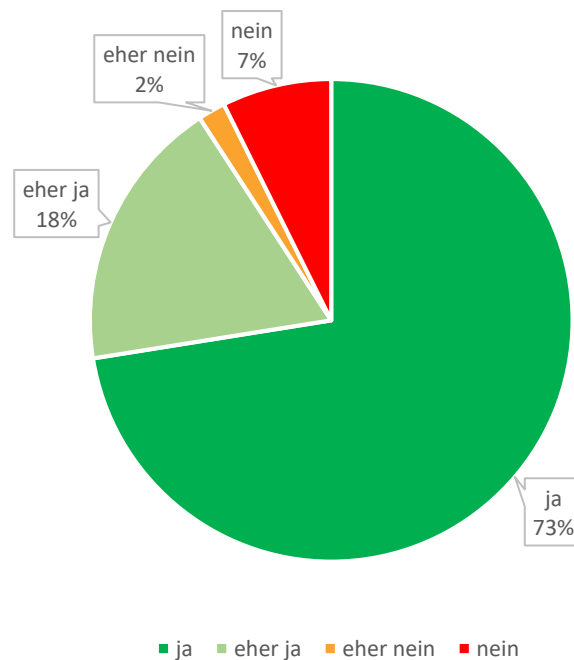
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Eine Kündigung des Vertrags mit der Kapo GR lehnen wir aus Sicherheitsgründen kategorisch ab.

Diagramm Fragen 27

Umweltschutz und Raumordnung: Mit dem Unterhalt der Hydranten durch eigenes Personal und Optimierung in anderen Bereichen könnten jährlich CHF 5'000 eingespart werden. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Wieso hinterfragt Ihr nicht mal, was Eure ganzen Berater kosten? Wir haben z.B. eine gewählte, 5-köpfige Baubehörde, welche ab 3 Personen beschlussfähig ist. Trotzdem leisten wir uns (also wer bestimmt das eigentlich?) einen externen, teuren Bauberater, welcher der Behörde alles vorkaut. Für mich absolut unverständlich. Das eine oder andere Abschaffen. Entweder beschäftigen wir Profis in Vollzeit oder wir vertrauen unseren gewählten Leuten.

Arbeiten, welche durch eigenes Personal ausgeführt werden können (günstiger als extern und ohne Erhöhung der Stellenprozente), sollten auch durch dieses erledigt werden.

Das könnte auch den gemeindeeigenen Werkbetrieb stärken.

Welche "Optimierungen in anderen Bereichen" sind konkret gemeint?

Optimierungen in allen Bereichen erachte ich als laufende Aufgabe des Gemeindevorstandes und sollte in allen Bereichen laufend durchgeführt werden. Darunter auch die Frage betreffend Fluktuationen von Gemeindeangestellten.

Unterhalt Hydranten könnte doch auch die Feuerwehr übernehmen?

eher ja

Gehwege nicht mehr reinigen lassen (Verantwortung Bürger und Geschäfte)

Falls dies in fachlicher- und personeller Hinsicht möglich ist, soll das eigene Personal dies erledigen.

eher nein

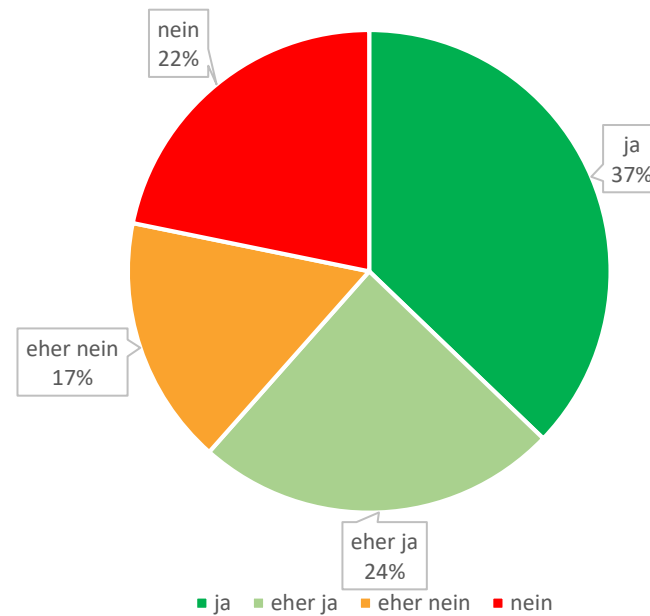
Für den Brandschutz braucht es einen optimalen Unterhalt der Hydranten. Wahrscheinlich ist der durch spezialisierte Leute preiswerter gemacht wie durch angelerntes eigenes Personal.

Funktionierende Hydranten sind bei grossen Bränden enorm wichtig.

Mehreinnahmen

Diagramm Fragen 1

Finanzen: Die Gemeinde besitzt nicht betriebsnotwendige Baulandparzellen und Immobilien, welche verkauft werden könnten. Mit dem Erlös könnte eine Rückstellung von ca. CHF 3 Millionen gebildet werden. Wären Sie damit einverstanden?



eher ja

"Die Verkaufserlöse dürfen keinen kurzfristigen Effekt (z.B. Erhöhung der Liquidität) auslösen - ""nicht verpuffen""!
In der Fraktion Mutten ist das Gemeindehaus mit den Verkaufserlösen (Schulhaus, Rosenkehrhaus) zu sanieren und der Öffentlichkeit (Treffpunkt, Veranstaltungen, Wohnung) zur Verfügung zu stellen."

muss im Detail geprüft werden, welche Liegenschaften vorwiegend Kosten generieren und (auch künftig) keinen Nutzen mehr für die Gemeinde haben

Mitsprache durch die Gemeindeversammlung vor dem jeweiligen Verkauf wäre wichtig.

Kein Verkauf von Baulandparzellen. Die Parzellen im Baurecht abgeben. Falls nicht benötigte Liegenschaften (insbesondere die Waldhütten) verkauft werden, sind diese gestaffelt öffentlich auszuschreiben und dem Höchstbietenden zu verkaufen.

Dies bedarf einer individuellen Betrachtung im Einzelfall.

Vermieten oder verpachten wäre auch eine Möglichkeit?

Mehr Details bezüglich was und wo wäre hier gut.

Nichtbenötigt Baulandparzellen sollen in diesem Fall verkauft werden. Bei den Immobilien sollen nur diejenigen Objekte veräußert werden dürfen, die tatsächlich auch langfristig nicht gemeindeintern gebraucht werden. Beispiel: Das Rosenkehrhaus in Untermutten ist zu veräußern. Hingegen das Gemeindehaus nicht und das Schulhaus nur mit verbindlichen Auflagen.

Das ist Kapitel was man nur im äußersten Notfall abgeben sollte

eher nein

Die Gemeinde sollte die entsprechenden Parzellen im Baurecht abgeben aber nicht verkaufen.

Wenn abgeben, dann im Baurecht, das ist nachhaltig.

Ein Verkauf ist schnell durchgeführt, aber die Gemeinde sollte vorher die Möglichkeiten einer Vermietung prüfen. So könnten regelmäßige Einnahmen generiert werden, ohne das Eigentum dauerhaft aufzugeben.

Eine Mehrheit der Partei ist der Meinung, dass bestehende Parzellen in der öffentlichen Hand zu behalten seien, da ein allfälliger Erlös nicht langfristig entlastet. Im Grundsatz ist die Abgabe im Baurecht zu prüfen. In Einzelfällen ist zu prüfen, ob Verkäufe sinnvoller sind.

Das Tafelsilber sollte nicht verscherbelt werden

nein

Bauland sollte im Baurecht abgegeben aber keinesfalls verkauft werden. Immobilien vermieten bringt auch Einnahmen und schafft dringend nötigen Wohnraum.

Abgabe im Baurecht - z.B. Genossenschaft

Hier stellt sich eindeutig die Frage nach der langfristigen Zweckmässigkeit.

Nur im Baurecht. Das ist viel zu wertvoll.

"Sicher im Besitz behalten - unbedingt abgeben im Baurecht - mit Auflagen für günstigen Wohnraum, z.B Wohnbaugenossenschaften
Spekulation verhindern"

Diese Parzellen oder Immobilien könnten evtl. in Zukunft einmal für kostengünstiges Wohnen verwendet werden.

Eine Gemeinde sollte grundsätzlich kein Land verkaufen, sondern es nur im Baurecht abgeben. So sind langfristige Einnahmen garantiert. Alle anderen Gemeinden machen das so. Nur Thusis bevorzugt das schnelle Geld.

Es bräuchte keinen Verkauf. Ich würde diese Grundstücke lediglich im Baurecht abgeben. Damit behält sich die Gemeinde längerfristig das Eigentum und kann ehe Planungen vornehmen.

Es bräuchte keinen Verkauf. Ich würde diese Grundstücke lediglich im Baurecht abgeben. Damit behält sich die Gemeinde längerfristig das Eigentum und kann ehe Planungen vornehmen.

Baulandparzellen sind das Gold der Zukunft und müssen unbedingt im Besitz der Gemeinde bleiben.

Man verkauft um diese Zeit keine Bauparzellen und Immobilien

Keine Antwort

Um welche Baulandparzellen und Immobilien handelt es sich? Keine Antwort möglich, da ich die Details nicht kenne

Das müsste differenziert betrachtet werden.

"Wenn diese an Einheimische verkauft werden würde, wieso nicht.
Was ist mit den Maiensässen ""Saissa""? Wären diese auch angedacht, zu verkaufen? (diese waren bis anhin zur Miete)."

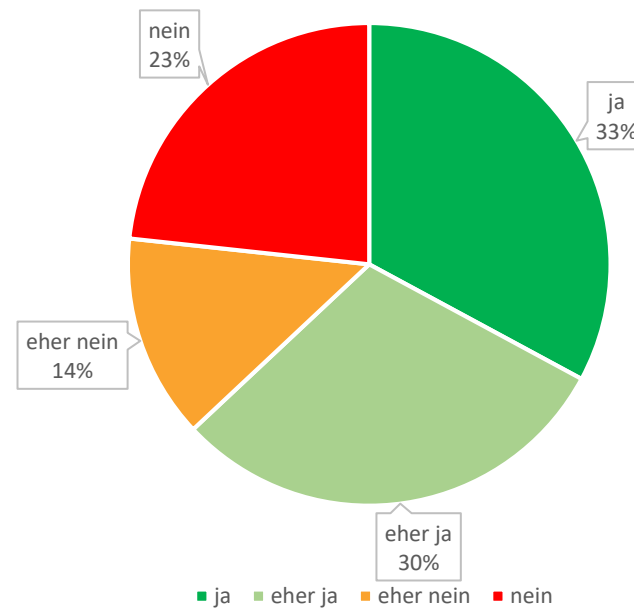
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Baulandparzellen und Immobilien sollen auf keinen Fall verkauft, sondern mit Auflagen im Baurecht oder für genossenschaftliches Wohnen abgegeben werden. (Verkauf zudem finanziell nicht nachhaltig.)

Diagramm Fragen 2

Finanzen: Die Grundlagen für die Erhebung von Gebühren für Leistungen der Gemeinde Thusis könnten so angepasst werden, dass jährliche Mehreinnahmen von CHF 40'000 erzielt werden. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Alle Leistungen über dem Grundangebot sollen kostenpflichtig werden.

Der Gebührenkatalog ist einer laufenden Prüfung zu unterziehen. Gebühren sollen verursachergerecht berechnet sein.

"Die Gemeinde Thusis hat bereits heute schon höhere Gebühren z.B. Bei den Abfallsäcken. Vermutlich auch bei Wasser, etc. Es aber anzustreben, jedes Potenzial auszuschöpfen."

eher ja

Der Gebührenkatalog ist zu überprüfen und soll verursachergerecht ausgestattet sein.

Der Gebührenkatalog ist zu überprüfen und soll verursachergerecht ausgestaltet sein.

Erhöhungen mit Augenmass könnten gemacht werden.

Welche Gebührenerhöhung für welche Zwecke?

Die Belastung soll nicht einfach auf den Mittelstand abgewälzt werden!

Kommt etwas darauf an was für Dienstleistungen das sind.

Was für Gebühren würden hier erhöht werden?

eher nein

Gebühren und Abgaben werden schon jetzt überall und in recht hohem Ausmass erhoben. Deshalb sind weitere Erhöhungen - auch für Leistungen der Gemeinde, eher zu verneinen.

Was ist damit genau gemeint?

nein

"Müsste differenziert werden.
Kommt drauf an wann die letzte Erhöhung war"

Keine Antwort

Details?

Welche Gebühren sind gemeint, zu wenig präzisiert!

Auch diese Frage kann ich so nicht beantworten. Der Text ist zu undifferenziert.

Auch diese Frage ist zu wenig differenziert/spezifisch, so dass sie kaum beantwortet werden kann.

Ohne genaue Angaben kann ich diese diese Frage nicht beantworten.

Hier wird nicht weiter eingegangen auf welche Leistungen der Gemeinde Gebühren verrechnet werden sollen.

Was sind das für Leistungen. Wir bezahlen sowieso zu viele Gebühren.

Diese Frage impliziert, dass alle Gebühren jeweils bis an die obere Grenze der entsprechenden Verordnungen erhöht werden. Dies kann nicht allgemein beantwortet werden. Es gibt sicher punktuell noch Raum, aber nicht allgemein. Frage müsste spezifischer gestellt werden, z. B. Einführung einer Gebühr für Grünabfuhr.

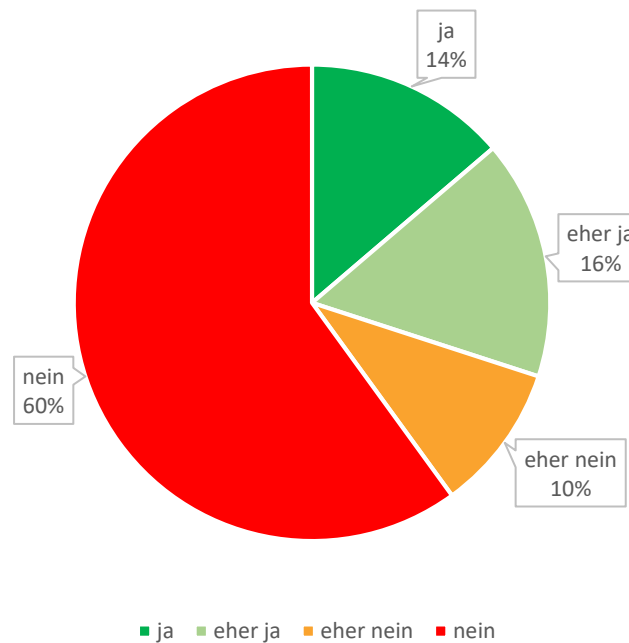
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Einer Erhöhung der Gebühren für Leistungen der Gemeinde stimmen wir zu (sofern diese aktuell nicht kostendeckend sind), ebenso der erhöhten Parkierungsgebühren.

Diagramm Fragen 3

Finanzen: Mit der Erhöhung des Gemeindesteuerfusses für natürliche Personen um 5 % von aktuell 115 % auf 120 % könnten jährliche Mehreinnahmen von CHF 225'000 erzielt werden. Wären Sie damit einverstanden?



eher ja

Wenn Einsparungen und andere Mehreinnahmen nicht ausreichen, dann "JA"

5% sind zu viel, auch 2% sind unangenehm, aber wohl noch erträglich (90'000.-). Warum nur natürliche Personen? Auch juristische sollen beitragen. Alle.

Negative Wirkung auf allfällige Neuzuzüger ist das Risiko

Steuerfuss ebenfalls auch für juristische Personen erhöhen.

Da die finanzielle Situation der Gemeinde Thusis sehr angespannt ist, beantworte ich diese Frage mit "eher ja". Ich finde einen Steuerfuss von 120% aber schon sehr hoch. Daher sehe ich es nur als temporäre Lösung, d.h. dass man den Steuerfuss für eine bestimmte Anzahl Jahre (zB 5 Jahre) erhöht, dann wieder senkt.

Allenfalls könnte das als temporäre Lösung in Erwägung gezogen werden (z.B. über einen befristeten Zeitraum von 5 Jahren).

Nur unter der Bedingung, dass auch juristische Personen entsprechend höher besteuert werden.

eher nein

Die Steuern in Thusis sind bereits sehr hoch. Noch höhere Steuern könnte die Abwanderung von wichtigen Steuerzahlern bedeuten.

Alle anderen Gemeinden senken den Steuersatz

Solange das nachhaltige Sparpotential nicht ausgeschöpft ist, und verbindliche Sparziele nicht festgelegt und umgesetzt werden, kann eine Steuererhöhung nicht effektiv sein.

nein

Die Gemeinde trägt mit dem Spital eine erhebliche regionale Last. Es ist zu prüfen, dass die Lasten durch Hilfe vom Bund / Kanton gesenkt werden können.

Die Gemeinde trägt mit dem Spital eine erhebliche regionale Last. Es ist zu prüfen, dass die Lasten durch Hilfe vom Bund / Kanton gesenkt werden können.

Kein Thema, wenn die Steuern nicht auch für juristische Personen erhöht werden!

Höhere Steuern treiben Gutverdienende in andere Gemeinden und dann gibt es überhaupt kein Einkommen mehr. Der aktuelle Steuerfuss ist schon hoch genug im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton

Höhere Steuern treiben Gutverdienende in andere Gemeinden und dann gibt es überhaupt kein Einkommen mehr. Der aktuelle Steuerfuss ist schon hoch genug im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton

"- Gemeinde wäre nicht mehr attraktiv! Würde sich negativ auf Fachkräftemangel auswirken. - (s. auch Steuersenkungen des Kantons für Familien)"

Definitiv nein. Eine Erhöhung des Gemeindesteuerfusses würde die bereits steuerzahlenden Bürger nur zusätzlich belasten und könnte dazu führen, dass sie abwandern. Die Gemeinde sollte stattdessen zuerst die Sozialfälle prüfen und dafür eine Lösung finden. Ein Steuerfuss von 115 % ist bereits hoch im Vergleich zu anderen Regionen, insbesondere im Vergleich zur Agglomeration!

Eine Steuererhöhung senkt die Attraktivität einer Gemeinde. Wir sind uns bewusst, dass die Gemeinde eine erhebliche regionale Last zu tragen hat. Es ist zu prüfen, dass diese Lasten regional als auch kantonal gerechter verteilen zu können.

Der Steuersatz von 115% ist hoch genug

Das macht Thusis nur unattraktiver für neu Zuzüge die Steuern bezahlen.

Dies wäre ein Schritt in die falsche Richtung! Im Gegenteil. Die Steuern müssen sinken, dass neue, vor allem einkommensstarke Personen nach Thusis ziehen. Bei einer Steuererhöhung besteht die Gefahr, dass gute Steuerzahler abwandern. Die meisten Gemeinden im Kanton haben tiefere, bis sehr tiefe Steuersätze. KMU's braucht es hier. Nötig wäre aber ein grosser Betrieb, der auch entsprechende Steuer abliefert."

Der Steuerfuss ist heute schon zu hoch. Mit einer weiteren Erhöhung wird man noch unattraktiver für potentiell gute Steuerzahler. Der Steuerfuss sollte im Gegenteil baldmöglichst gesenkt werden.

Eine weitere Erhöhung des Steuerfusses würde eine echte Gefahr von Abwanderung von guten Steuerzahlern mit sich bringen.

Das darf auf keinen Fall geschehen! Tendenz ist, dass der Steuerfuss für natürliche Personen gesenkt wird. Eine Erhöhung in der heutigen Zeit würde ein schlechtes Licht auf die Gemeinde werfen. Gute Steuerzahler würden Thusis verlassen, resp. sich nicht in Thusis niederlassen. Diejenigen die sowieso keine Steuern zahlen würden bleiben und nehmen noch zu. Schlussendlich würde eine Steuererhöhung für natürliche Personen das Gegenteil bewirken sowie mittel- und langfristig weniger Einnahmen aus Steuergelder zur Folge haben.

Thusis hat bereits einen sehr hohen Steuersatz!

Damit wird Thusis noch unattraktiver!

Wir bezahlen schon jetzt viel zu viel Steuern, ich finde man sollte bei der sozialen Wohlfahrt sparen, das Potential ist riesig. Wenn man durchs Dorf läuft wird es einem immer wieder bewusst, dass man doof ist, wenn man einer Arbeit nachgeht.

Keine Antwort

"Ja, wenn den juristischen Personen auch zur Kasse gebeten werden!!"

Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Mit einer Erhöhung der Gemeindesteuer um 5% sind wir nur einverstanden wenn auch zwingend juristische Personen erhöht besteuert werden!

FDP Die Liberalen, Thusis

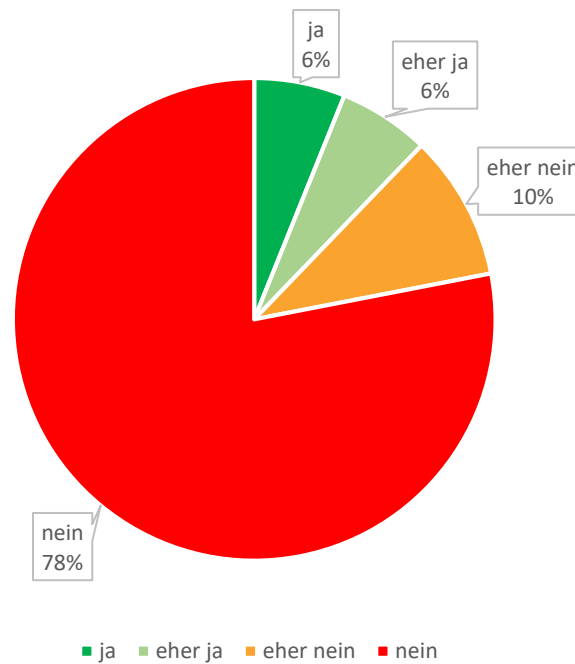
In den Zeiten, wo auf kantonaler, wie auch mancherorts auf kommunaler Ebene Steuersenkungen zur Attraktivitätssteigerung vorgenommen werden oder zumindest geplant sind, scheinen die vorgesehenen Erhöhungen der Steuersätze auf breiter Front

kontraproduktiv. Die angedachten Erhöhungen treffen genau diejenigen, die bereits heute den Grossteil der Steuerlast tragen. Wir bezweifeln, dass mit diesen Rahmenbedingungen das gewünschte qualitative Wachstum zustande kommt. Wir befürchten eher Wegzuger und Rückgang von Investitionen. Der Standort Thusis als attraktiver Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsraum wird darunter leiden. Wo werden Anreize geschaffen? Die Steuererhöhungen können kurzfristig mehr Geld in die Kassen spülen, langfristig werden sich negative Folgen daraus entwickeln.

Die angedachten Steuererhöhungen auf breiter Front sind kritisch zu überdenken. Bestenfalls sind dort, wo Nachteile im kantonalen Finanzausgleich entstehen könnten, Anpassungen vorzunehmen. Gebühren sind voll und ganz auf das Verursacherprinzip auszurichten und der einzige Standortvorteil, der tiefe Strompreis, darf unter keinen Umständen ruiniert werden.

Diagramm Fragen 4

Finanzen: Mit der Erhöhung des Gemeindesteuerfusses für natürliche Personen um 10 % von aktuell 115 % auf 125 % könnten jährliche Mehreinnahmen von CHF 445'000 erzielt werden. Wären Sie damit einverstanden?



eher nein

Die Steuern in Thusis sind bereits sehr hoch. Noch höhere Steuern könnte die Abwanderung von wichtigen Steuerzahlern bedeuten.

nein

Maximal 5% sind genug.

Die Gemeinde trägt mit dem Spital eine erhebliche regionale Last. Es ist zu prüfen, dass die Lasten durch Hilfe vom Bund / Kanton gesenkt werden können.

Die Gemeinde trägt mit dem Spital eine erhebliche regionale Last. Es ist zu prüfen, dass die Lasten durch Hilfe vom Bund / Kanton gesenkt werden können.

"Ja, siehe oben die Bemerkung. Wo bleibt die Besteuerung der juristischen Personen?"

Definitiv zu hoch

"- Gemeinde wäre nicht mehr attraktiv! Würde sich negativ auf Fachkräftemangel auswirken. - (s. auch Steuersenkungen des Kantons für Familien)"

Definitiv nein. Eine Erhöhung des Gemeindesteuerfusses würde die bereits steuerzahlenden Bürger nur zusätzlich belasten und könnte dazu führen, dass sie abwandern. Die Gemeinde sollte stattdessen zuerst die Sozialfälle prüfen und dafür eine Lösung finden. Ein Steuerfuss von 115 % ist bereits hoch im Vergleich zu anderen Regionen, insbesondere im Vergleich zur Agglomeration!

Eine Steuererhöhung lehnt die Partei aus obgenannten Gründen ab.

Der Steuersatz von 115% ist hoch genug

Das macht Thusis nur unattraktiver für neu Zuzüge die Steuern bezahlen.

Die Ausgaben im Sozialwesen müssen reduziert oder vom Kanton mehr unterstützt werden, nicht durch den Steuerzahler

Nein und nochmals nein. Der Wohnungsmarkt ist attraktiv auszubauen und Thusis mit seinen guten Infrastrukturen als idealer Wohnort zu präsentieren. Beste und schnelle Verbindungen nach Chur oder Landquart.

Der Steuerfuss ist heute schon zu hoch. Mit einer weiteren Erhöhung wird man noch unattraktiver für potentiell gute Steuerzahler. Der Steuerfuss sollte im Gegenteil baldmöglichst gesenkt werden.

Die Anpassung bei natürlichen Personen führt letztlich zu einer Entmischung. Wichtiger wäre die Wirtschaftsförderung anstatt die Tourismusförderung zu betreiben. Ein unternehmerfreundliches Umfeld zu betreiben, Gewerbe, Handwerk und Selbstständige von Bürokratie zu entlasten und Ihnen möglichst gute Chance zu bieten, sollte das Ziel sein um Einnahmen zu generieren. Dabei sind niedrige Energiekosten der Gemeinde ein Schlüssel, wie eine gute IT Anbindung, Wäre es nicht möglich in Thusis ein Businesscenter aufzubauen, welches insbesondere die Nähe zum italienischen Sprachraum um zum Silicon Valley der Schweiz, dem Tessin nutzt? Viele Firmen im Tessin und Italien sind auf internationale Vernetzung und Handel spezialisiert. Wäre es möglich diese Standorte besser zu vernetzen? Ein grosser Vorteil von Thusis ist die Nähe zu diesem Wirtschaftsraum: Eine ausgleichende Schwachstelle sind mangelhafte verkehrstechnische Vernetzungen im Personen und Güterverkehr. Aus die ganzjährige Anbindung an Chiavenna könnte Thusis einen Nutzen bringen.

Das macht die Gemeinde Thusis völlig unattraktiv für den Zuzug gutverdienender Personen, es kommen nur noch Sozialhilfeempfänger.

Solange das nachhaltige Sparpotential nicht ausgeschöpft ist, und verbindliche Sparziele nicht festgelegt und umgesetzt werden, kann eine Steuererhöhung nicht effektiv sein.

Das sowieso nicht! Begründung siehe Ziffer 3.

Schriftliche Eingaben Parteien

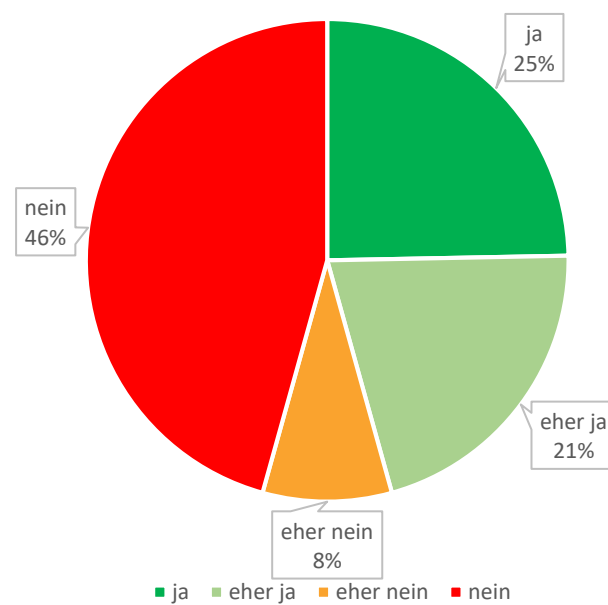
Sozialdemokratische FDP Die Liberalen, Thusis

In den Zeiten, wo auf kantonaler, wie auch mancherorts auf kommunaler Ebene Steuersenkungen zur Attraktivitätssteigerung vorgenommen werden oder zumindest geplant sind, scheinen die vorgesehenen Erhöhungen der Steuersätze auf breiter Front kontraproduktiv. Die angedachten Erhöhungen treffen genau diejenigen, die bereits heute den Grossteil der Steuerlast tragen. Wir bezweifeln, dass mit diesen Rahmenbedingungen das gewünschte qualitative Wachstum zustande kommt. Wir befürchten eher Wegzüge und Rückgang von Investitionen. Der Standort Thusis als attraktiver Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsraum wird darunter leiden. Wo werden Anreize geschaffen? Die Steuererhöhungen können kurzfristig mehr Geld in die Kassen spülen, langfristig werden sich negative Folgen daraus entwickeln.

Die angedachten Steuererhöhungen auf breiter Front sind kritisch zu überdenken. Bestenfalls sind dort, wo Nachteile im kantonalen Finanzausgleich entstehen könnten, Anpassungen vorzunehmen. Gebühren sind voll und ganz auf das Verursacherprinzip auszurichten und der einzige Standortvorteil, der tiefe Strompreis, darf unter keinen Umständen ruiniert werden.

Diagramm Fragen 5

Finanzen: Mit der Erhöhung der Liegenschaftssteuer um 0.5 ‰ von aktuell 1.5 ‰ auf den Maximalsatz von 2.0 ‰ könnten jährliche Mehreinnahmen von CHF 380'000 erzielt werden. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Bis 2021 war die Liegenschaftssteuer im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden sehr tief, deshalb erneute moderate Erhöhung vertretbar. Etliche Liegenschaftsbesitzer in Hand von Institutionen (wie Pensionskassen, etc.)!

eher ja

Man könnte auch nur auch 1.75 erhöhen.

nein

Wäre es denkbar, die Liegenschaftssteuer nur für Hausbesitzer zu erhöhen, die mehrere Häuser in der Gemeinde Thusis besitzen?

Diese wurde bereits vor wenigen Jahren erhöht. Man kann nicht immer nur dieselben Einwohner (hier Eigentümer) zur Kasse bitten.

Nein, 1.5 ‰ ist bereits gut, wenn nicht sogar zu hoch angesetzt! Eine weitere Erhöhung würde die Belastung für Liegenschaftsbesitzer unnötig steigern und die Attraktivität von Thusis als Standort für Immobilienkäufe verringern.

Nochmals, die Sozialkosten sind das Problem. Mit mehr Steuern ziehen dir besserverdienenden um (wandern ab). Man ist nicht mehr bereit, diese Sozialkosten mitzufinanzieren. Dies Geld fehlt zudem bei Investitionen in die Liegenschaften. Führt am Ziel vorbei.

In Thusis werden schon heute hohe Steuern bezogen. Rentner könnten sich eine eigene Wohnung gar nicht mehr leisten oder sinken unter die Armutsgrenze.

Gerade die Grundstückbesitzer bezahlen sonst schon die meisten Steuern in Thusis. Eine weitere Erhöhung macht Thusis für gute Steuerzahler noch unattraktiver.

Die Liegenschaftssteuer wurde erst im Jahr 2021 um 0,5 % erhöht. Es ist nicht fair, die Liegenschaftsbesitzer schon wieder zur Kasse zu bitten.

Steuererhöhungen sind grundsätzlich schlecht! Begründung siehe Ziffer 3.

"Man sollte nicht zu viele erhöhen zusammen veranschlagen. Warum hat man den nicht schön eher daran gearbeitet zu sparen"

Die Hausbesitzer bezahlen in der Gemeinde genug. Es können auch mal die Mieter etwas übernehmen.

Keine Antwort

Ich kenne mich zu wenig mit Liegenschaftssteuern aus um die Auswirkungen voraussehen zu können.

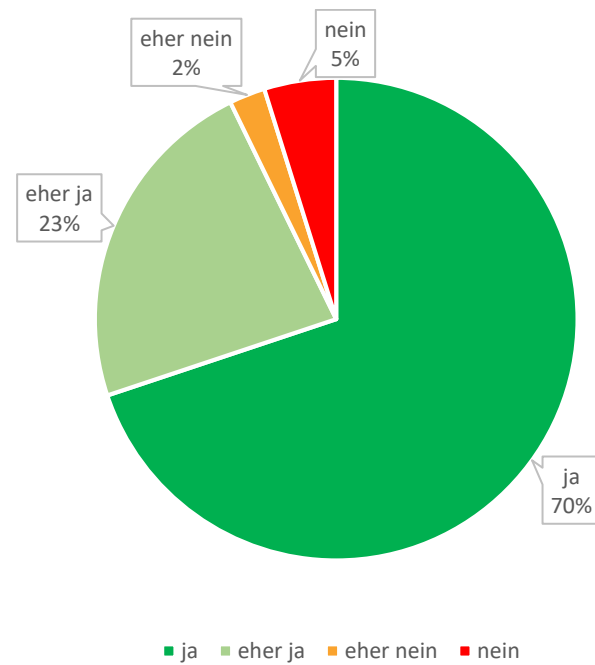
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Mit einer Erhöhung der Liegenschaftssteuer sind wir einverstanden, ebenso mit der Erhöhung der Schulbeiträge Masein/Oberheizenberg.

Diagramm Fragen 6

Bildung: Durch die Überarbeitung der Vereinbarung der Schule Thusis mit der Gemeinde Masein und dem Schulverband Oberheinzenberg mit Anpassung der Pauschale pro Schülerin und Schüler sind jährlich Mehreinnahmen von CHF 175'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Die Vereinbarung ist zwingend zu überprüfen und wenn möglich anzupassen.

Die beteiligten Gemeinden sollten sich kostendeckend an den Ausgaben beteiligen. Bei den Kosten ist mitzubedenken, dass die Infrastruktur der Gemeinde Thusis mitbenutzt wird und daher auch in Rechnung gestellt werden soll.

Im Gegenseitigen Gespräch effektive Kosten berechnen!

Ja, solange dies möglich ist und keine Feindschaften mit den anderen Gemeinden entsteht, spricht nichts dagegen.

Ja, wenn es die wirklichen Kosten pro Schüler/in abbildet - es muss fair sein.

Die Partei begrüsst eine laufende Überprüfung der bestehenden Vereinbarungen mit anderen Gemeinden/Verbänden. Die Pauschalen haben sich an der aktuellen Situation zu richten und sind daher zu überprüfen und wenn nötig anzupassen.

Die Nachbargemeinden müssen die verursachten Kosten (Vollkosten) übernehmen. Die Gemeinde Thusis darf sich jedoch auch nicht daran bereichern.

Ich sehe keine Grund, dass die Gemeinde Thusis die Gemeinden am Berg unterstützt

Nicht nur bei der Schule, sondern allen möglichen Belangen ist mit den umliegenden Gemeinden zusammen zu arbeiten. Alles was Personal und andere Kosten spart, ist anzustreben.

Wir müssen auch mehr Schulräume erstellen

eher ja

Wenn diese Gemeinden das finanziell tragen können, ja.

Ist zu hoffen, dass diese Schulgemeinden nicht zu Cazis wechseln

Wichtig scheint mir, dass die Gemeinden sich kostendeckend an den Schulkosten beteiligen.

Darüber sollen mit der Gemeinde Masein und dem Schulverband Gespräche geführt, um berechnete Mehreinnahmen zu generieren.

Wie realistisch ist das? Dem müssten die anderen Gemeinden ja zustimmen.

"Was ist damit gemeint. Wie schaut die neue Vereinbarung aus?"

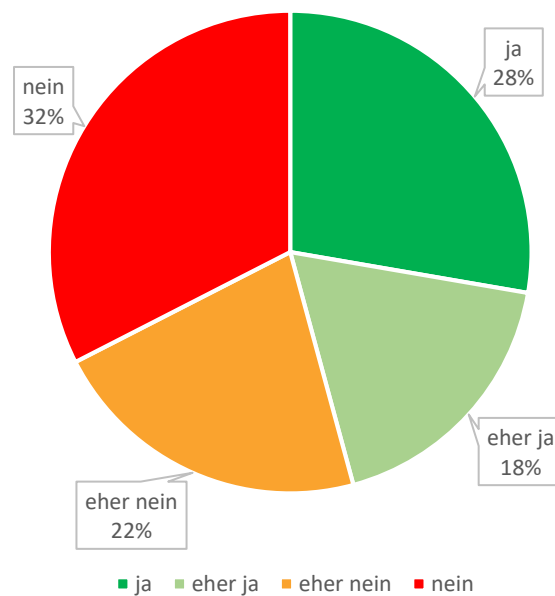
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Mit einer Erhöhung der Liegenschaftssteuer sind wir einverstanden, ebenso mit der Erhöhung der Schulbeiträge Masein/Oberheinzberg.

Diagramm Fragen 7

Bildung: Durch die Anpassung des Reglements für die Benutzung von Schulzimmern, Turnhallen, Aula und Mehrzweckhalle mit Einführung von Nutzungsgebühren könnten jährlich Mehreinnahmen von CHF 10'000 realisiert werden. Anmerkung: Damit würde die Benutzung der Infrastrukturen auch für Klubs, Vereine, Organisationen und Institutionen kostenpflichtig. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Im speziellen regionale Organisationen sollen unsere Infrastrukturen nicht kostenlos benützen dürfen.

Jeder Franken zählt.

Einheimische Vereine sollten jedoch weiterhin die Turnhalle kostenlos benutzen dürfen. Auswertige sollten einen Beitrag zahlen.

eher ja

Die Ortsansässigen Vereine sollen nicht zusätzlich belastet werden. Es ist eine Anpassung der Gebühren für auswärtige Vereine / Clubs zu prüfen.

Die Ortsansässigen Vereine sollen nicht zusätzlich belastet werden. Es ist eine Anpassung der Gebühren für auswärtige Vereine/Clubs zu prüfen.

Auswärtige, also nicht in Thusis ansässige Vereine und Personen, die die Räume nutzen wollen, sollen für die Nutzung der Räumlichkeiten zu Kasse gebeten werden. In Thusis ansässige und gemeinnützige Vereine hingegen sollen die Räumlichkeiten kostengünstig oder gratis mieten können (sie bezahlen ihren Beitrag bereits über die Steuern)

Die Partei möchte die ortsansässigen Vereine/Institutionen nicht zusätzlich belasten. Die Anpassung des Gebührenkataloges ist primär für auswärtige Vereine/Clubs zu prüfen.

Man dürfte eine symbolische Miete verlangen.

eher nein

Allenfalls eine Gebührenordnung, welche unterschiedliche NutzerInnen-Kategorien vorsieht, so dass Vereine, die z.B. Jugendförderung betreiben oder andere sozial wichtige Aufgaben wahrnehmen und auch kein Geld haben, ausgenommen sind.

Für Klubs, Vereine, Organisationen und Institutionen, welche in der Gemeinde Thusis angesiedelt und im Sinne des Gemeinwohls tätig sind, sollte die Nutzung kostenlos oder zumindest sehr günstig möglich sein. Auswertige hingegen können verstärkt zur Kasse gebeten werden.
Jeder von der öffentlichen Hand ausgegebene Franken für Kultur bringt ein Mehrfaches an Erträgen auf unterschiedlichsten Ebenen (verschiedene Studien belegen in der Schweiz Werte von ca. >2.5 Fr. Wertschöpfung pro Unterstützungsfranken). Die Teilhabe am kulturellen Leben ist auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Integration und die psychische Gesundheit der Individuen unschätzbar.
Die Einsparungen sind gering, wenn man den administrativen Aufwand mit einbezieht. Deshalb ist eher davon abzusehen.
Verhältnis Nutzen - Wirkung schlecht.
Einheimische Vereine sollen unterstützt werden

nein
"Bei kommerziellen Nutzung Gebühren einführen ok! Bei einheimischen Vereinen nicht!"
Eher nein. Dies könnte dazu führen, dass einige Vereine die zusätzlichen Kosten nicht mehr tragen können und möglicherweise schliessen müssen. Das wäre ein Rückschritt für die Gemeinde und würde das Vereinsleben erheblich beeinträchtigen.
Die Arbeit von Vereinen und Organisationen ist wichtig für den Zusammenhalt im Dorf und sollte nicht noch erschwert werden.
Dieser Service Public stärkt uns als Zentrumsgemeinde und bringt auch Geld hierher (Restaurants, Einkäufe, Verbundenheit mit dem Ort Thusis)
Vereine bereichern das Dorfleben.
"Sport und Aktivitäten sollten in der Regel kostenlos bleiben. Wenn aber ein Verein übermäßig Gewinn macht dann könnte dies eine Möglichkeit sein"

Hat keinen Sinn wenn man da Gebühren verlangt, und am anderen Ende fragen sie nach Beiträgen. Die Vereine machen eine hohen Beitrag an die Kinder und Jugendlich Förderung.

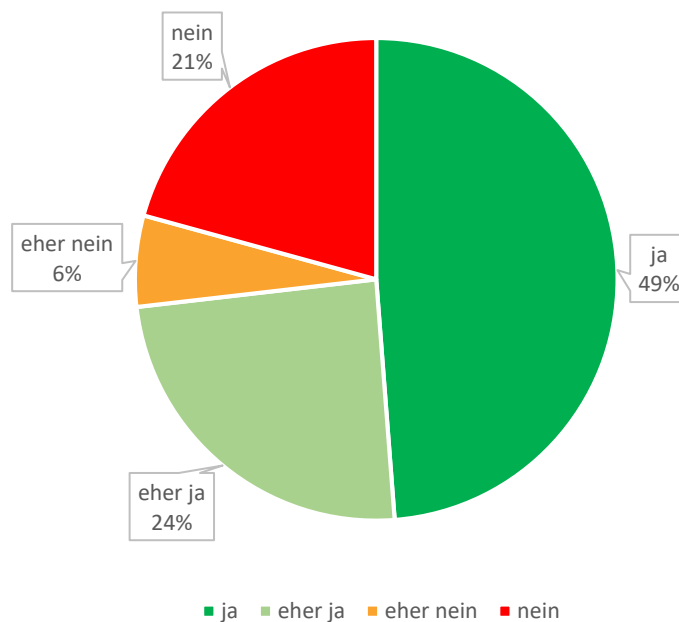
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Beitragskürzungen für sportliche und kulturelle Vereine bzw. kostenpflichtige Schulräume/Turnhallenbenützung lehnen wir ab, da diese für den Dorfbzusammenhalt sorgen.

Diagramm Fragen 8

Verkehr: Bei der Parkierung wären mit der Anpassung der Gebühren sowie der örtlichen und zeitlichen Ausweitung der Gebührenpflicht jährlich Mehreinnahmen von CHF 20'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

"Wenn ich beim Bikepark sehe, dass Autos Nummernschildern aus anderen Kantonen gebührenfrei parken und unsere Infrastrukturen auch kostenlos benutzen, während ich immer und überall zur Kasse gebeten werde. Wer Mi dem Auto ins Freibad kommt, kann auch Parkgebühr entrichten."

eher ja

Prüfen, ob an Markttagen gebührenfreie Parkplätze angeboten werden sollen. Die freie Halbstunde an der Neudorfstrasse soll allerdings weiterhin möglich sein.

Prüfen, ob an Markttagen gebührenfreie Parkplätze angeboten werden sollen. Die freie Halbstunde an der Neudorfstrasse soll allerdings weiterhin möglich sein!

Gebührenpflicht während Märkten ist unbedingt einzuführen. Die freie halbe Stunde an der Neudorfstrasse wäre aus meiner Sicht aber beizubehalten.

Eher ja. Es wird zwar für die Bürger etwas ärgerlich sein, aber wer ein Fahrzeug nutzt, ist sich auch der damit verbundenen Kosten bewusst. Die 30 Minuten Gratisparkzeit bleiben weiterhin erhalten, daher ist diese Anpassung durchaus vertretbar.

Eher ja. Es wird zwar für die Bürger etwas ärgerlich sein, aber wer ein Fahrzeug nutzt, ist sich auch der damit verbundenen Kosten bewusst. Die 30 Minuten Gratisparkzeit bleiben weiterhin erhalten, daher ist diese Anpassung durchaus vertretbar.

Überlegungen in dieser Richtung sind sinnvoll.

eher nein

Das heutige Parkierungskonzept mit den geltenden Gebühren funktioniert gut

nein

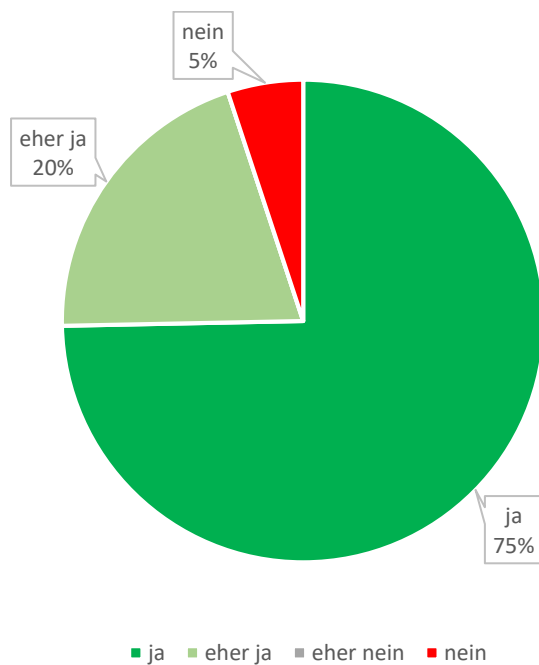
"Versucht man hier nun zum 3. Mal, z.B. die 30 Minuten gratis in der Kernzone zu kippen? Das war damals ein Mehrheitsentscheid und muss m.M.n nicht noch einmal diskutiert werden. Stichwort PP: Wohin gehen die Einnahmen vom mittlerweile komplett zugeparkten ""Pausenplatz""? Und: Wer kann das einfach so entscheiden, dass das neu nicht mehr Pausenplatz, sondern Parkplatz ist? Zusatzidee: Gratisparkkarten z.B. von Personen im Rathaus sind per sofort zu streichen - es gibt absolut keinen Grund, wieso z.B. Gemeinderäte in Thusis gratis parkieren sollten."

Unser Parkierungskonzept ist gut wie es ist.

zu viele Erhöhungen auf einmal sind nicht gut.

Diagramm Fragen 9

Volkswirtschaft: Wenn in den Gebieten Aclasura und Nolla eine Fläche von 149 Hektaren des Waldes der Gemeinde Thusis zu einem Naturwaldreservat mit entsprechendem Klimaschutz würde, in dem sich der Wald weitgehend ohne menschliche Eingriffe entwickeln darf, wären für den Zeitraum von 50 Jahren Mehreinnahmen von insgesamt CHF 600'000, CHF 12'000 jährlich möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Das sind Mehreinnahmen ohne Einschränkungen!

Das finde ich eine sehr interessante und vielversprechende Idee!

Das wäre ein interessantes und vielversprechendes Experiment!

Ja das wäre mir ein Anliegen.

Ja, mit Ausnahme das der Fluss Nolla links und rechts 75m von der Flussmitte ausgeschlossen ist von dem Naturwaldreservat sowie bei allfälligem bauten am Fluss die Zufahrt gewährleistet ist.

eher ja

Falls dadurch keine Gefahren (Wasser, Rutschungen) für die Gemeinde(n) entstehen, könnte das ein Mehrwert für das Gemeindegebiet sein.

Wer bezahlt diesen Betrag von CHF 600'000? Der Bund?

nein

Solche Projekte bringen viel Aufwand und wenig Ertrag. Verdienen tun am Ende vor allem Planungsbüros und Mitglieder der Projektgruppen. Für die Gemeinden bleibt wenig.

Reservate in dieser Art sind grundsätzlich abzulehnen.

Diese Einnahmen halte ich für theoretisch, sicher aber nicht für zeitnah realisierbar. Im Übrigen ist Kulturwald sehr anfällig auf Schädlinge und kann nicht einfach sich überlassen werden.

Keine Antwort

Das wird ja auch div. Haken haben. Da muss zuerst mehr darüber bekannt sein.

Diese Entscheidung sollte vom Förster in Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald getroffen werden.

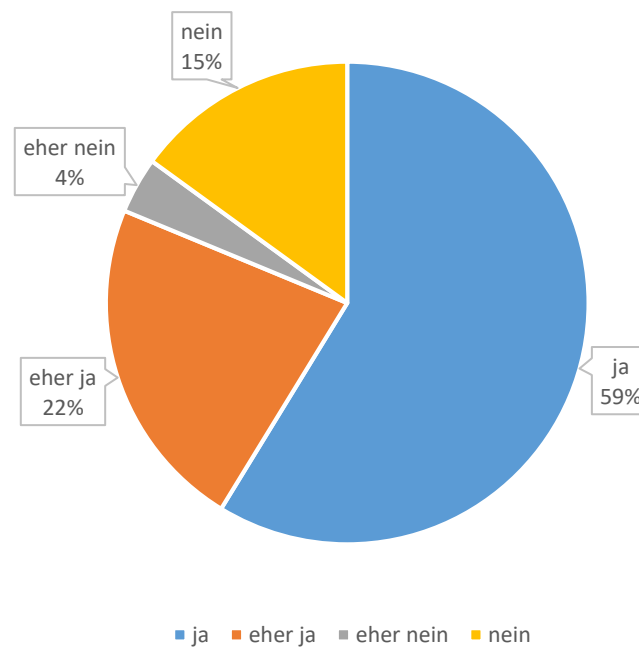
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Einem Naturwaldreservat stimmen wir ebenfalls zu.

Diagramm Fragen 10

Volkswirtschaft: Die Zunahme von privaten Elektroladestationen hat Kosten für die Netzverstärkung (zusätzliche Leitungen, Grabarbeiten) zur Folge. Mit der Revision des kommunalen Energiegesetzes soll ermöglicht werden, dass diese Kosten auf den Verursacher/Energiebezüger abgewälzt werden können. Damit wären jährliche Mehreinnahmen von CHF 35'000 möglich. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Verursachergerechte Abwälzung von den Aufwendungen.

Warum soll die Gemeinde Thusis private Ladestationen subventionieren?

Es wäre nur fair, wenn der Benutzer auch die Kosten mittragen würde.

Absolut.

"Es gibt die Abgaben an den Bund und Kanton. Es gibt weiterhin die Abgaben an die Swissgrid. NEU seit 2023/24 sind die Abgaben für die Winterreserve die vom Bund vorgeschrieben wurden.
Mein Vorschlag da die Swissgrid das eingenommene Geld vom Netztarif nicht Kostenneutral (Einnahmen = Ausgaben) wieder in die Infrastruktur der Schweiz investiert sollen diese Kosten (Abgaben an Swissgrid) eigenmächtig gekürzt werden und auf ein Sperrkonto für genau solche Investitionen an der Netzinfrastruktur eibezahlt werden. Ähnlich dem Mieterkonto bei Mängeln. Dies solange bis die Netzinfrastruktur der Gem. Thusis TOP ausgebaut und für die nächsten 10+ Jahre ausgebaut ist.
Weiter könnten die Kosten für den Energiebezug, nicht Strom, um 0.5 Rappen temporär und terminiert für eine bestimmte Zeit von z.B. 5 Jahren angeboten werden für die Einwohner und das Gewerbe der Gemeinde Thusis. Diese Mehreinnahmen von mehreren 100k CHF können nicht als ""Steuern"" eingenommen werden sondern sind für eine Gebunden Investition wie z.B. ""Abbau der Schulden"" ähnlich wie es mit dem MwSt Satz gehandhabt wurde von 7.7% auf 8.1% einzusetzen. Dies müsste Rechtlich erlaubt sein da es terminiert ist und für einen Zweck eingesetzt werden würde."

eher ja

Dieser Vorschlag macht Sinn.

eher nein

Die Kosten für die Netzverstärkung sind vom Netzbetreiber(KHR) zu übernehmen.

nein

Die E-Mobilität sollte gefördert und nicht durch unwesentliche Mehreinnahmen erschwert werden.

Die Energiewende ist Tatsache. Thusis soll sich da nicht entgegenstellen und den bereits stark belasteten Immobilienbesitzern noch mehr auflasten.

Da steht auch eine Gemeinde in der Pflicht dies zu fördern

Als Präsident des Vereins Viamala E-Mobility Circle möchte ich Thusis als Vorreiter im Bereich Mobilität sehen. Dazu gehört auch ein kleiner Beitrag der öffentlichen Hand an den entsprechenden Netzausbau. Die Kosten für die "grossen" Eingriffe im Bereich des Transitverkehrs (z. B. Raststätte) wurden ja bereits durch private Investitionen getragen.

Keine Antwort

Die Mehreinnahmen dünken mich sehr tief. Solche Arbeiten sind doch ziemlich teuer. Es setzt die falschen Anreize.

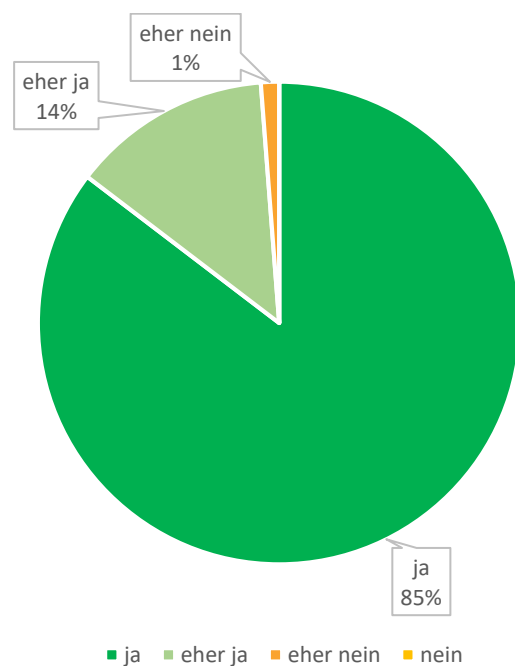
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Gegenüber einem Verursacher-Prinzip bez. Elektroladestationen sind wir grundsätzlich offen, jedoch gibt es noch zu viele unbeantwortete Fragen.

Diagramm Fragen 11

Volkswirtschaft: Grosse Elektroschnellladestationen wie bei der Raststätte Viamala benötigen sehr viel Strom. Beim Energieverkauf kann die Gemeinde Thusis beim Betreiber 6 Rappen je Kilowattstunde als Abgabe an das Gemeinwesen in Rechnung stellen. Wenn auch solche Grosskunden die Abgabe an das Gemeinwesen bezahlen, können jährliche Mehreinnahmen von CHF 50'000 erzielt werden. Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Jeder Strombezüger soll gleich behandelt werden.

Wieso sollten Grosskunden nicht bezahlen??

Die Preise sollen marktgerecht gestaltet sein.

Ist nicht Aufgabe der Gemeinde den Verkehr zu subventionieren

Ich finde es dringend notwendig die Abgabe in Rechnung zu stellen. Da es ein Verursacherprinzip ist und wir mit unseren Steuergeldern nicht den Storm der Durchreisenden finanzieren sollten.

"Ich stelle verwundert fest, dass das bis jetzt offensichtlich nicht der Fall war. Es ist zu Überprüfen und so schnell als möglich in die Wegezuleiten, dass in allen Belangen auch Grosskunden/Vielverbraucher Abgaben wie normale Einwohner der Gemeinde zu entrichten haben."

Hier müsste sich ein anderes Model etablieren welches bereits bei andern EW's im Einsatz ist. Es muss als erste Instanz mit Dynamischen Preismodellen für Grösste und Grosskunden gearbeitet werden. An schönen Tagen wenn der Strompreis an den Internationalen Strombörsen im Minus! ist (Man erhält Geld für die kurzfristige Stromabnahme als Grossbezüger!), soll der Strom GRATIS bezogen werden können. Wiederum soll an bewölkten oder Schlechtwetter Tagen der Strompreis von den Internationalen Strombösen genommen werden und Plus 200% Aufgeschlagen werden. Dies führt zu rigorosen Einnahmen: Gratis Stromabgabe bei Überproduktion des Stroms plus eine Einnahme bei der Raststätte, und Einnahmen von +200% des normalen Stroms bei bewölktem Wetter. Ein Nachteil, die Leistung müsste bereits jetzt ausgebaut werden und es kann zu schlechter Publicity führen wegen Wucherpreisen bei bewölktem Wetter. Wiederum kann der ganze Strom als Ökostrom verkauft werden.

eher ja

Auch dieser Vorschlag macht Sinn.

Aber nur wenn dieses Geld in gezielt Projekte laufen die der Gemeinde zugutekommen z. B- Kinderbetreuung

eher nein

Siehe Bemerkung bei der vorgängigen Antwort. Frage: Bezahlen Elektroladestationen denn heute keine Abgabe an das Gemeinwesen?

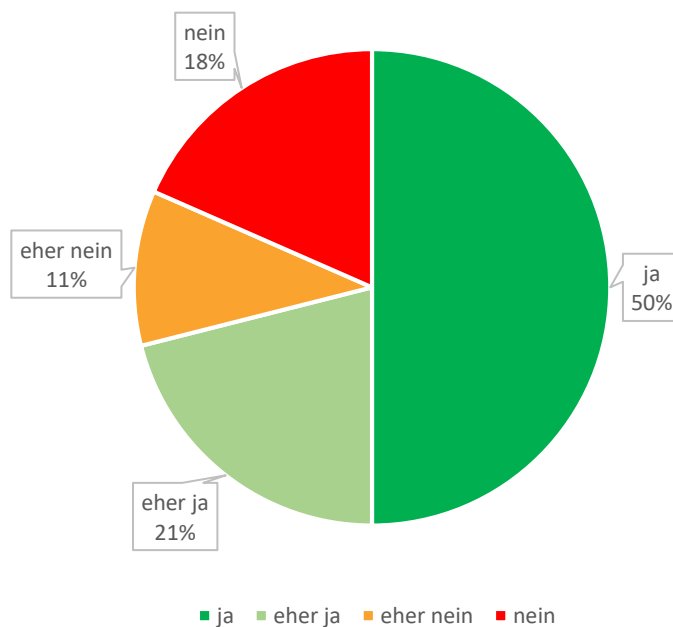
Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Selbstverständlich sollen auch Grosskunden wie die Raststätte Viamala ihre entsprechenden Abgaben bezahlen.

Diagramm Fragen 12

Volkswirtschaft: Gemäss gültiger Gesetzgebung ist die klassische Verrechnung von Zählermieten nicht mehr zulässig. Stattdessen können sämtliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Energierechnung (eingesetzte Hard- und Software, Datenaufbereitung, Systemdienstleistungen) dem Verbraucher in Rechnung gestellt werden. Mit dieser neuen, für die Gemeinde kostendeckenden Verrechnungsmethodik könnten jährliche Mehreinnahmen von CHF 100'000 erzielt werden? Wären Sie damit einverstanden?



Ja

Das "Stromgeschäft" darf für die Gemeinde Thusis nicht defizitär sein.

Es ist jedoch darauf zu achten, dass Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich mehrbelastet werden.

Energiepreise könnten auf Niveau von EWZ und so weiter angepasst werden. (25Rp/KWH). Würde weitere Einnahmen generieren

eher ja

Um wieviel steigen die Stromkosten dadurch für die VerbraucherInnen?

Wasserzins erhöhen

Wobei darauf zu achten ist, dass die Stromrechnungen nicht noch schwerer zu verstehen sind.

eher nein

Die Gemeinde schöpft mit den 6 Rappen schon genug ab.

wieder Kosten zulasten der Eigentümer

Diese Methode gibt keinen Anreiz für die Gemeinde, sparsam umzugehen, weil ja alles überwältzt werden kann...

Infolge Weitsicht früherer Entscheide hat Thusis bis auf Weiteres noch günstigen Strom. Dies wird sich in einigen Jahren ändern, bzw. der Strom wird um einiges teurer. Deshalb ist von zusätzlichen Gebühren und Abgabe eher abzusehen.

nein

Nein, die Kosten sollten zwar gedeckt werden, aber sie müssen selbsttragend bleiben, ohne die Verbraucher zusätzlich zu belasten.

Mit den neuen Smart-Metern müsste die Abrechnung eigentlich günstiger und nicht noch teurer werden!

"Bitte um weitere Erklärung wie diese 100k CHF zustande kommen sollen. (Evtl. lassen sich ein Anbieter Wechsel von Encontrol auf ein Inosolv Energy in Betracht ziehen (Trotz Investitionen eine Verminderung der Wiederkehrenden Kosten einsparen) sowie daraus Bündner Arbeitsplätze (Steuereinnahmen) erhalten und ausbauen?!?!"

Keine Antwort

"Interessant ist, wie die BewohnerInnen der Gemeinde Kontrolle über all diese Ausgaben hat. Wer bestimmt bzgl Software usw."

Wie viel würde das den einzelnen Haushalt kosten? Ich finde es schwierig diese Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen, denn die Einwohner/innen hatten bei der Umrüstung gar keine Wahl.

Eher nein, denn es bestand ja keine Wahl bei der Umrüstung. Welche Kosten würde dies für einen einzelnen Haushalt bedeuten?

Es werden ja laufend neue Zähler montiert. Wie viel verdient die Gemeinde mit Stromverkauf, und wie lange noch(Heimfall)?

Schriftliche Eingaben Parteien

Sozialdemokratische Partei Thusis

Einer Erhöhung der Gebühren für Leistungen der Gemeinde stimmen wir zu (sofern diese aktuell nicht kostendeckend sind), ebenso der erhöhten Parkierungsgebühren.